31/7.13

Nummer 31 Hamburg, den 2. August 1913 26. Jahrgang

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ₰ für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet.

Die bevorstehenden Kämpfe um den Zolltarif.

I.

Alsbald nachdem vom Reichstage die Wehrvorlage und die Deckungsgesetze erledigt worden waren, hat sich die Oeffentlichkeit mit der Zukunft der deutschen Zoll- und Handelspolitik zu beschäftigen begonnen. Es werden nun auf den verschiedensten Seiten Betrachtungen darüber angestellt, ob und inwieweit die Parteigruppierung, die sich bei den letzten Abstimmungen im Parlament vollzog, von Dauer sein und auf die Neugestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande einen Einfluß ausüben wird. Wir tun aber gut daran, uns nicht auf den Weg der Kombinationen zu begeben und vor allen Dingen aus der Stellung der Parteien zu der Vermögenszuwachssteuer keine weitgehenden Schlußfolgerungen auf ihr Verhalten bei den kommenden wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu ziehen. Aber es ist ohne Zweifel notwendig, daß auch die Arbeiterschaft ihr Augenmerk recht frühzeitig auf die neuen Kämpfe richtet und sich für sie mit dem nötigen Rüstzeug versieht. Deshalb soll hier zunächst in großen Zügen ein Bild von der Situation gegeben werden.

Im Dezember des Jahres 1902 ist nach einem sehr heftigen Ringen und unter einer schweren Verletzung des Rechtes der Geschäftsordnung der gegenwärtig geltende Zolltarif vom Reichstage angenommen worden, und wie zum Hohn für die unterlegene Minderheit erhielt das Gesetz am ersten Weihnachtstage die Sanktion durch die kaiserliche Unterschrift. Dieser Zolltarif ist die Grundlage der Handelsverträge, die inzwischen mit einer Reihe für unsern Handel wichtigen Staaten abgeschlossen worden sind.

Den Mittelpunkt der Abmachungen, oder besser gesagt, ihr Rückgrat bilden die Tarifverträge, das heißt jene Abkommen, in denen Deutschland und seine Partner die Sätze ihrer beiderseitigen Zolltarife für eine bestimmte Reihe von Jahren binden, und die dann, soweit Deutschland in Frage kommt, zur Grundlage auch für die zum Teil anders gearteten Abmachungen mit andern Staaten gemacht werden. Solche Tarifverträge haben wir mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz, Rumänien, Serbien, Rußland, Portugal, Schweden, Japan und Griechenland, und auf ihren Sätzen bauen sich die einfachen Meistbegünstigungsverträge mit Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika auf.

Von den Tarifverträgen sind die hauptsächlichsten am 31. Dezember 1916 auf den 31. Dezember 1917 und so fort jährlich kündbar; für den mit Oesterreich-Ungarn ist außerdem die Kündigung vorbehalten am 31. Dezember 1914 auf den 31. Dezember 1915. Der Reichstag muß sich also in absehbarer Zeit darüber schlüssig werden, wie sich das Verhältnis zu diesen Ländern nach dem 31. Dezember 1916 gestalten soll. Dabei gibt es mehrere Möglichkeiten: Deutschland kann, nachdem die Kündigung von der einen oder andern Seite ausgesprochen ist, auf den Abschluß neuer Verträge überhaupt verzichten; es kann weiter an die Stelle der Tarifverträge einfache Meistbegünstigungsverträge treten lassen; es kann die alten Abmachungen ohne Kündigung von Jahr zu Jahr weiterlaufen lassen, und es kann endlich neue Verträge abschließen, wobei dann zu entscheiden ist, ob sie von dem unveränderten oder umgestalteten alten oder völlig neuen Zolltarif ausgehen sollen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß einer von den zuerst erwähnten Wegen beschritten wird, ist nun nicht übermäßig groß. Das System der Tarifverträge als Rückgrat unserer gesamten auswärtigen Handelspolitik hat sich eingelebt, und die Gegnerschaft in den Kreisen der Hochschutzzöllner wird ihm kaum gefährlich werden können, zumal da die ausgesprochenen Freihändler, solange sie die völlige Beseitigung der Zölle nicht durchzusetzen vermögen, für eine vertragsmäßige Herabsetzung der Sätze des autonomen Tarifs und für die Bindung dieser so reduzierten Zölle auf eine Reihe von Jahren eintreten. Der Streit wird sich also im wesentlichen darum drehen, ob man sich bei den neuen Abmachungen an den alten Tarif anschließen oder an seine Stelle einen andern setzen soll.

Nach Aeußerungen, die der Staatssekretär des Innern bei den diesjährigen und vorjährigen Etatsdebatten im Reichstage gemacht hat, scheint die Regierung in der Hauptsache an dem gegenwärtigen Tarif festhalten und nur einige Aenderungen in Vorschlag bringen zu wollen. Aber damit ist nicht gesagt, daß sich die Parteien des Reichstages dieselbe Zurückhaltung auferlegen. Im Gegenteil, man darf sicher damit rechnen, daß im Parlament Anträge auf eine sehr weitgehende Umgestaltung der Grundlagen unserer Handelspolitik gestellt werden.

Zunächst von der agrarischen Rechten. Obwohl im Jahre 1902 die landwirtschaftlichen Zölle sehr stark erhöht wurden, und insbesondere festgesetzt wurde, daß in den neuen Handelsverträgen die Getreidezölle nicht unter einer Linie bleiben dürften, die beträchtlich über den Sätzen der Caprivischen Handelsverträge lag, stimmten doch die radiateren Vertreter des Bundes der Landwirte im Deutschen Reistage gegen den Zolltarif. Ob sie allerdings diese Haltung eingenommen haben würden, wenn sie hätten befürchten müssen, dadurch eine Mehrheit für die Ablehnung herbeizuführen, ist eine Frage für sich. Jedenfalls aber stellten sie sich auf den Standpunkt, daß der den agrarischen Produkten gewährte Schutz bei weitem nicht ausreiche und verlangten besonders eine Uebertragung des bei den Getreidezöllen durchgeführten Prinzips der Festsetzung einer Mindestgrenze für die Verträge auf alle Agrarzölle. Sie forderten ferner eine Erhöhung des Minimalzolles für alle Getreidearten auf ℳ 7,50 pro Doppelzentner an Stelle der vorgesehenen ℳ 5,50 für Weizen, ℳ 5 für Roggen und Hafer, ℳ 4 für Malzgerste und ℳ 1,30 für Zuckergerste, und sie prophezeiten, als ihre Wünsche unerfüllt blieben, den Zusammenbruch der deutschen Landwirtschaft. In dem vom Bunde der Landwirte herausgegebenen Agrarischen Handbuch konnte man in der Auflage von 1904 lesen: „Der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen auf solcher Grundlage .... dürfte den Ruin der Landwirtschaft vollenden."

Nun wird auch der gewissenloseste Agrarier heute von einem Ruin der Landwirtschaft nicht zu reden wagen. Er muß zugeben, daß sich dieses Gewerbe zurzeit in einer sehr günstigen Lage befindet, und wenn er weitsichtig und außerdem ehrlich ist, wird er sich auch nicht gegen die Erkenntnis sträuben, daß die schwerste Gefahr für die Landwirtschaft gerade in der Zollpolitik liegt, die die Preise des Grund und Bodens künstlich in die Höhe treibt und so die Neuerwerber von vornherein in eine ungünstigere Position bringt. Nichtsdestoweniger aber bestehen die Bündler auf ihrem Schein. Sie verlangen auch jetzt noch die ℳ 7,50-Zölle und darüber hinaus den sogenannten lückenlosen Zolltarif, das heißt einen Tarif, der die heute noch zollfreien landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit einer Abgabe belegt und den Zoll der bereits geschützten auf die Höhe schraubt, die den Agrariern als zweckdienlich erscheint. In erster Reihe denken sie dabei an Gemüse, Obst und Milch. Gegenwärtig sind beispielsweise von den Gemüsen die Möhren und Feldrüben noch zollfrei; ferner vom Obst: Aepfel, Birnen und Quitten in der Zeit vom 25. September bis 25. November, Hagebutten und Bananen ständig. Andere Obst- und Gemüsesorten unterliegen verhältnismäßig geringen Abgaben. Hier soll die bessernde Hand im agrarischen Sinne angelegt werden. Zollfrei ist zurzeit auch noch frische Milch und Rahm. Auch diese Lebensmittel will der Bund der Landwirte belasten, nachdem seine Versuche, mit Hilfe von angeblich im Interesse der Gesundheit notwendigen Maßnahmen die Einfuhr dänischer Milch zu verhindern oder zu erschweren, fehlgeschlagen sind.

Diese Forderungen werden nicht nur absolut mit den Bedürfnissen der Landwirtschaft begründet, sondern man setzt sie auch in Beziehung zu den im Tarif festgelegten Industriezöllen. Man erklärt, daß die Industrie 1902 gut weggekommen sei, während Regierung und Reichstag die Landwirtschaft stiefmütterlich behandelt hätten. Das sei erstens ungerecht und zweitens entziehe die bevorzugte Industrie der Landwirtschaft immer mehr Arbeitskräfte, und für diese Schädigung müßte ihr ein Ersatz eben durch Schaffung der „Zollparität" gewährt werden. Das Ganze ist eine sehr künstliche Konstruktion, da es natürlich einfach unmöglich ist, eine wirkliche Gleichgewichtslage zwischen den Agrar- und Industriezöllen herzustellen. Richtig an den Darlegungen des Bundes der Landwirte ist nur, daß der Industrie, vor allen Dingen der schweren, bodenständigen Industrie durch den Tarif von 1902 vielleicht eine noch ergiebigere Rente auf Kosten der Allgemeinheit garantiert worden ist als der Landwirtschaft.

Die Kartelle.

Innere Kämpfe. — Trustbildung. — Staat und Militarismus.

Die Kartelle sind schon infolge ihrer Jugend und wegen des Fehlens einer juristischen festen Unterlage innerlich noch nicht so gefestigt, daß sie ohne innere Kämpfe wirken können. Solange die Kartelle noch nicht in die Trustform übergegangen sind, solange der einzelne Unternehmer noch immer in seiner Fabrik schaliet, sucht er neben den durch das Kartell abgesetzten Warenmengen andere Waren, und zwar zu einem hinter den Kartellpreisen zurückbleibenden Preis, zu verkaufen. Derartige Fälle sind sicherlich weit häufiger, als sie bekannt werden. Hieraus ergeben sich Zwistigkeiten, Mißtrauen, peinliche Kontrolle, Schwierigkeiten in Hülle und Fülle. Manches Kartell ist auf diese Weise stark geschwächt worden, manches auseinandergefallen.

Die Kartelle sind in der Regel auf bestimmte Zeit gegründete Unternehmungen, sie setzen für die einzelnen miteinander in Verbindung tretenden Produktionsstätten prozentuelle Anteile am Gesamtgewinne fest. Diese zugunsten der einzelnen Vertragschließenden zu verschieben, ist das lebhafte Streben jedes einzelnen Kartellteilnehmers. Der Kampf um die Beteiligungsquote hat zum Beispiel das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat öfters in Frage gestellt. Auch innerhalb des Kartells sehen wir die Gegensätze der größten und der verhältnismäßig kleinen Mitglieder. Die größten beherrschen das Kartell, sie bilden die Kartelleitung. Von ihnen fühlen sich die Beamten des Kartells beaufsichtigt. Man glaubt, daß sie größere Freiheiten haben, daß sie sich Eigenmächtigkeiten zuschulden kommen lassen, daß sie das Kartell zu ihrem besonderen Vorteile ausnutzen und die kleineren Teilnehmer schädigen wollen. Man kann auch den „Kleinen", die man sich trotzdem als Millionäre vorstellen darf, drohen, daß man sie aus dem Kartell ausschließen und dann mit den Mitteln niederkonkurrieren werde, die die Kleinen aus den Kämpfen gegen die Außenseiter sehr wohl kennen. Auch in den Regionen des Riesenkapitals hört der Kampf des großen mit dem kleinen Kapital nicht auf. Das Kartell bietet nicht einer Kapitalgröße die Sicherung, daß sie nicht von der größeren zuletzt doch noch verschlungen wird.

Immer geringer erscheinen die Möglichkeiten, die Selbständigkeit innerhalb des Kartells aufrechtzuerhalten. Immer weniger Wert darf auf diese Selbständigkeit gelegt werden, immer weniger Sicherheit bietet diese Selbständigkeit. Diese Selbständigkeit mit ununterbrochenen Kontrollen und Inspektionen, mit Büchereinsicht und mit der Gefahr, von den eigenen Beamten der Kartelle denunziert zu werden, nimmt dem bisher so stolzen Kapitalisten die Freude an der Selbständigkeit seiner Stellung. Er, der sich so stark gewehrt hat, seine Selbständigkeit aufzugeben, ist froh, wenn er all die Sorgen und Mühen des privaten Unternehmers oder Großaktionärs, der die Aktiengesellschaft leitet, aufgeben kann. Er erklärt sich zuletzt bereit, besser gesagt genötigt, persönlich vollständig zurückzu-

treten, sein Unternehmen ganz in die Verwaltung der fusionierten Industrie zu geben, er verpflichtet sich dann, die Aktien einem Komitee von Trustees (Treuhändlern) zur Verwaltung zu übertragen. Dieses Komitee hat dieses Zugeständnis von allen Unternehmungen bekommen; es wird zum Beherrscher der ganzen Industrie, zum Anordner in allen Angelegenheiten von Produktion und Absatz. Die Vorbesitzer, die Aktiengesellschaft, der Großaktionär, der Direktor, die aus dem privaten Unternehmen hervorgegangen waren, haben vollständig aufgehört, Machtfaktoren, Widersprecher, Einredner zu sein. Sie haben nur noch den arbeitslosen Gewinn einzuziehen und zu genießen.

Nun hat diese Form des Trustes mancherlei Anfeindungen und gesetzgeberische Angriffsflächen geboten. Deswegen hat man die Trusts zum Teil in Riesenaktiengesellschaften umgewandelt, oft mit stark verwässertem Kapital, um die Höhe der Gewinne dem gewöhnlichen Volke nicht klar erscheinen zu lassen. Man hat Formen gefunden, um den Besitzern besonderer Aktienarten die Herrschaft über die vertrustete Industrie zu verschaffen. Diese werden so Herren nicht nur über ihr eigenes Kapital, sondern über gewaltige fremde Kapitalien. Petroleum, Zucker, Tabak, Spiritus, Bier, Straßenbahnen, Elektrizitäts-, Gas- und Wassergesellschaften, Eisen und Stahl, die Eisenbahnen, fast alle Metalle sind heute in den Vereinigten Staaten vertrustet, sind zu vollkommenen oder fast vollendeten Monopolen geworden. Diese Entwicklung kommt nicht zum Stillstande, sie geht immer rascher ihren Weg, weil die Riesengewinne der monopolisierten Industrie den Ausdehnungstrieb des Kapitalismus auf das stärkste anpeitschen und zu immer neuen Geldanlagen treiben, die wieder nur in der Monopolisierung der Industrien ähnlich reiche Aussichten besitzen können.

Daß starke Kräfte auch in Europa in der gleichen Richtung wirken, lehrt uns im Deutschen Reiche der Blick auf die Kohlen- und die Eisenindustrie, auf die Glas- und die Porzellanindustrie, auf zahlreiche andere hohe Konzentrationen. In Oesterreich sehen wir im Eisenkartell einen Trust fast vollendet, nicht nur das Beispiel, sondern die Macht der amerikanischen Trusts wirken auf Europa zurück. Wir sehen den amerikanischen Schiffahrtstrust in England einen großen Teil der Schiffahrt beherrschen, auf die beiden größten deutschen Schiffahrtsgesellschaften, auf den Bremer Lloyd und auf die Hapag, ebenso wie auf die österreichische Austro-Americana und auf zahlreiche andere Schiffahrtsgesellschaften der Welt bestimmenden Einfluß ausüben. Der amerikanische Tabaktrust hat in den Vereinigten Staaten und auf Kuba und Portorico die Tabakindustrie fast vollständig monopolisiert; er hat in England eine herrschende Stellung in der Tabakindustrie; ein großer Teil der in Deutschland fabrizierten Zigaretten wird in seinen Fabriken hergestellt und auf der Balkanhalbinsel ist er der größte Einkäufer der hochwertigen Zigarettentabake. Das ist immer nur das, was man weiß, weit mehr bleibt uns verborgen. Die Konzentration, die nachweisbar ist, ist erheblich geringer als die tatsächlich bestehende. Der Kapitalismus hat nicht das Interesse, die Neider gegen sich aufzubieten, er sucht sich kleiner zu machen als er ist, aber niemals unterläßt er es, seine tatsächliche volle Gewalt auszuüben.

Der Kampf gegen die Kartelltendenzen erwächst aus den schweren Schädigungen von Außenseitern und Konsumenten, von Staat und Arbeitern. Die Kartelle haben deshalb mit großer Feindschaft zu rechnen. Trotz dieser und trotz der Kräfte, die in ihnen selbst die Kartelle zu zersprengen drohen, sehen wir, daß sie alle gesetzgeberischen Versuche und Mittel, die zu ihrer Eindengung wie zu ihrer Kontrolle versucht wurden, zu überwinden verstanden. Sie haben sich der staatlichen Regelung entziehen und sich machtvoll entfalten können. Es fehlt den Kartellen eigentlich jede Rechtssicherheit und Rechtsgrundlage. Viele Kartellabmachungen entbehren des klagbaren Rechtes, und trotzdem haben diese Kapitalskonzentrationen fest zusammengehalten und alle Anfeindungen überwunden. Man hat die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen oder die wucherische Ausbeutung bezwecken, nichtig sind, gegen die Kartelle anwenden wollen; aber man ist damit nicht durchgedrungen. Die theoretischen Juristen haben die Nichtigkeit der Kartellverträge aus der mangelnden Klagbarkeit der Verträge nachweisen wollen, aber man hat den Gerichten nicht die Möglichkeit gegeben, zu derartigen Urteilen zu gelangen.

Eine reiche Musterkarte von Gesetzen besitzen die Staaten der amerikanischen Union gegen die Kartelle, ohne ihre Entwicklung im mindesten hemmen zu können. In andern Staaten hat sich die Gesetzgebung immer wieder von neuem versucht, den Kartellen beizukommen, aber es war vergeblich. Man hat die Anzeigepflicht der Kartelle und die offene Rechnungslegung erzwingen wollen; aber man ist nicht einmal zur sicheren Umschreibung des Begriffes der Kartelle gelangt. Man hat Kartellämter einführen wollen, man hat den Kartellen durch eine Zoll- und Eisenbahntarifpolitik beizukommen gesucht; aber man hat immer wieder die Hände in den Schoß fallen lassen, nicht einmal einen Hemmschuh hat man den Kartellen anzulegen vermocht. Und warum alle diese Mißerfolge? Die Kartelle sind naturnotwendige Entwicklungserscheinungen des zur höchsten Entfaltung gelangten Kapitalismus. Naturnotwendigen Entwicklungserscheinungen vermag keine Gesetzgebung beizukommen. Zu groß sind auch die wirtschaftlichen Mächte, die in den Kartellen wirken! Unsere staatliche Gewalt ist auch nur der Machtausdruck der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Deshalb vermag sie sich nicht in ernsthaften Gegensatz gegen die höchsten Formen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu stellen. Es hieße den Charakter von Staat und Gesellschaft, die Beziehungen von Macht und Recht, von wirtschaftlicher Grundlage und politischem Ausdruck verkennen, wollte man eine wirksame Gesetzgebung gegen die sich in den Kartellen entfaltenden Kapitalskonzentrationen für wahrscheinlich halten.

Doch ist dauernder Widerspruch von Staat und kartellierter Industrie nicht ganz ausgeschlossen. Immer größer werden die Anforderungen des Staates, vor allem infolge der ins Unendliche wachsenden militärischen Kosten. Die Erschöpfung aller Steuermöglichkeiten wegen der unbegrenzten Steigerung der Kosten von Heer und Flotte ist eine der kennzeichnenden Erscheinungen unserer Zeit. Die Gewinnung von Einnahmequellen für diese Bedürfnisse des Militarismus und Marinismus scheint auf dem bisherigen Wege ausgeschlossen zu sein. Das lehren die Experimente, die im Jahre 1913 zur Deckung überraschend hoher Bedürfnisse der Militärverwaltung vorgeschlagen wurden. Bismarck hat schon alle Anstrengungen gemacht, den Tabak zu monopolisieren. Im Jahre 1913 stand die Frage des Petroleummonopols des Reiches als Kampfmittel gegen den amerikanischen Petroleumtrust auf der Tagesordnung. Auch Kartellierungen im eigenen Lande können eine Vorarbeit sein für die Ueberführung großer, in wenigen Händen vereinigter, überaus ertragreicher Industrien in den Betrieb des Reiches. Die großen Unternehmervereinigungen haben gegen das Petroleummonopol Widerspruch eingelegt, weil es ihnen ein gefährlicher Schritt auf dem Wege zu weiteren Monopolen erschien.

Wohl widersprechen sie den innigen Beziehungen zwischen Reich und höchstem Kapitalismus, wohl stehen sie im Widerspruch mit der Berücksichtigung der wirklichen oder vermeintlichen Interessen der größten Industrie auf dem Gebiete der Handelspolitik und Zollpolitik, der Kolonialpolitik und der gesamten Gesetzgebung. Aber auch der Militarismus, so sehr er vielfach befruchtend auf einige der größten Industrien wirkt, wenn er auch hauptsächlich durch die imperialistischen Bedürfnisse der Industrie gefördert wird, steht doch im Widerspruch zu der Entfaltung des Kapitalismus. Die ununterbrochene Vernichtung großer Kapitalwerte durch unproduktive Ausgaben widerspricht dem Interesse des Kapitalismus, so sehr sich Kapitalismus und Militarismus vielfach ökonomisch und ideell auch stützen. So sehr sich der Staat als Ausdruck der Kapitalsherrschaft den Bedürfnissen des Kapitalismus anpaßt und auf sie Rücksicht nimmt, so wird er anderseits trotz der Bedeutung des Militarismus für den Kapitalismus als sein Nährvater und Schützer doch in Widerspruch getrieben zum Kapitalismus. Der durch den Militarismus bestimmte Staat kann aus rein fiskalischen Erwägungen zu staatssozialistischen Experimenten gezwungen werden.

Hier erwächst ein merkwürdiger Widerspruch: der Staat als Ausdruck der Kapitalsherrschaft stützt den höchsten Kapitalismus und bahnt ihm die Entwicklungsmöglichkeiten, er sucht ihm die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die seiner größten Entfaltung Gefahr bringen könnten. Aber der gleiche Staat als Militärstaat vermag seine Existenzmöglichkeiten nur zu erhalten, indem er selbst Kapitalanwender wird, indem er sich privater monopolisierter Industrien bemächtigt und sie in unbeschränkte Staatsmonopole überführt. Hier liegen eigenartige, den größten Kapitalisten durchaus nicht verborgene Gefahren für die Kartelle und hier liegen mannigfache staatssozialistische Entwicklungsmöglichkeiten vor, wenn auch zu unsozialistischen Zwecken. Sie rufen dann nach der Demokratisierung, um so die letzten Hindernisse zu sozialistischer Gestaltung zu überwinden. —

Adolf Braun.

Das Haus der „Wilden".

Die ethnologische Forschung der Gegenwart nimmt es mit ihren Beobachtungen wesentlich genauer als es vor wenigen Jahrzehnten noch üblich war. Man hat manche Vorurteile über Bord geworfen, die man sich früher den „Wilden" gegenüber leisten zu dürfen glaubte. Die sogenannte Kultur der Kulturlosen scheint doch etwas mehr zu sein als etwas Zufälliges. Sind die Arbeitsmethoden infolge mangelhafter Werkzeuge mitunter auch etwas sehr primitiv, so offenbart sich in der Arbeitsleistung doch manches Bemerkenswerte, das Kunde von einer alten, einschlägigen Facherfahrung gibt. Das trifft nicht zum mindesten beim Hausbau zu.

Da ist zum Beispiel die Kibitke der Turkmanen, jenes Volksstammes, der in den Steppen des westlichen Zentralasiens haust. Die Turkmanen sind ein Nomadenvolk; ihr Haus muß daher leicht abgebrochen und wieder aufgebaut werden können. Die Kibitke besteht daher aus einem Holzgerüst, das außen mit Filz belegt ist. Man kann drei Hauptteile bei dieser Hauskonstruktion unterscheiden: eine fast kreisrunde Außenwand, die Dachsparren und den Dachkranz. Die Außenwand wird aus Gittern gebildet, die etwa ½ m breit und 1½ m hoch sind. Sie werden senkrecht nebeneinander in Kreisform aufgestellt und durch Stricke miteinander verfestigt. Die Gitterstangen tragen in ihren Kreuzungspunkten Löcher, durch welche Riemen laufen, wodurch nicht nur die Festigkeit erhöht wird, sondern auch Scharniere geschaffen werden. Den Türrahmen bilden zwei senkrecht eingerammte Pfosten, die oben und unten durch ein Brett oder eine Sprosse verbunden sind. Mittels hölzerner Zapfen bewegt sich in diesem Rahmen eine zweiflügelige Tür, die aber oft nur durch eine einfache Filzdecke ersetzt wird. Wand und Türrahmen werden oben durch ein um das Genze geschlungenes Tau verfestigt. Der Dachkranz besteht aus einem Holzreifen von etwa 1½ m Durchmesser; vier kreuzweise laufende Bogenhölzer überspannen ihn kuppelartig; an seiner Peripherie ist er in regelmäßigen Abständen durchbohrt. In diese Bohrlöcher werden nun die Dachsparren hineingepaßt, die mit ihrem andern Ende an dem Gitterwerk der Außenwand verschnürt werden. Da die Dachsparren nach der einen Seite hin gebogen sind, entsteht die charakteristische Kuppelform der Kibitke. Dach- und Wandgerüst werden nunmehr durch schmale, gewebte Gurte, die fortlaufend um die Sparren geschlungen werden, befestigt. Ueber diese Verschnürungen kommen sodann Matten aus Schilfrohr und über diese Filzlagen. Das Dach, das eine verschließbare Oeffnung für den Rauchabzug enthält, wird gleichfalls mit Filz gedeckt. Die Feuerstelle befindet sich meist außerhalb der Kibitke.

In ähnlicher Weise ist die Hausanlage fast im ganzen Innern von Zentralasien anzutreffen; nach dem Süden zu wird sie natürlich wesentlich anders, wie wir gleich sehen werden. Recht eigenartig ist zum Beispiel der Hausbau der Dschungelleute auf Sumatra. Aber auch hier machten System und Erfahrung den Baumeister. Als Material für die Pfosten werden möglichst gerade gewachsene Stämme gewählt. Die Wände werden aus sorgsam zugeschnittenen Rindenstücken gefertigt; und zwar werden diese so nebeneinandergereiht, daß die äußere Seite nach außen, die Baumseite nach innen gekehrt ist. Ein Wandrahmen, der mit seiner inneren Fläche der Außenfläche der Pfosten anliegt und mit diesen durch Stricke verfestigt oder auch regelrecht verkeilt ist, trägt die Rindenstücke. Kreuzweise gegeneinander verlaufende Längs- und Querstäbe sorgen dafür, daß die Rindenstücke sich nicht werfen oder biegen können. Die Verfestigung aller dieser Leisten geschieht durch Bambusnägel. In bestimmter Weise angebrachte Pfosten tragen das Dach, das ein regelrechtes Giebeldach ist und aus zwei im spitzen Winkel aneinandergelegten Flächen besteht. Eigenartig ist nun das Deckmaterial des Daches. Dachziegelartig übereinandergeschichtete Palmblätter werden zu langen, schmalen Tafeln gebunden, die ziegelartig auf einen Leistenrahmen (die eine Seite der Dachwand) befestigt werden. Auch die Giebelwände werden rahmenartig gezogen, so daß der im Hause Befindliche in keiner Weise den Unbilden der Witterung ausgesetzt ist. Innenwände, die kleinere Räumlichkeiten abteilen, fehlen gewöhnlich nicht. Das Haus ist (der Bodenfeuchtigkeit und der wilden Tiere halber) ein Pfahlbau von oft 5 m Höhe. In die eigentlichen Wohnräume gelangt man mittels einer Leiter, die nachts emporgezogen werden kann. Das Licht fällt durch regelrecht mittels Rahmen angelegte und durch Matten verschließbare Fenster und Türen in diese luftigen Hütten. Eine Reihe von sinnreich konstruierten Verstärkungen sorgen für die Festigkeit des Hauses, dessen großes Dach gerade in dieser Beziehung an das tragende Gerüst erhebliche Anforderungen stellt.

Von Asien hinüber nach Amerika ist ein ziemlicher Schritt. Aber auch die Rothäute stellen im Hausbau ihren Mann. Das gilt nicht bloß für den Norden des durch Kolumbus entdeckten neuen Erdteils; die brasilianischen Indianerhäuser geben gleichfalls ein gutes Zeugnis dafür, daß auch die südamerikanischen „Wilden" bei ihrem Hausbau mit viel Bedacht und Ueberlegung zu Werke gehen. Die Konstruktion der dortigen Maloka-(Familien-)Häuser ist erst neuerdings wieder von einem namhaften Forscher eingehend geschildert worden. Die Malokahäuser haben meist einen quadratischen Grundriß. Sechs Hauptstrebepfeiler sind paarweise durch Querbalken miteinander verbunden; sie tragen ein hohes, fast bis zur Erde herabreichendes Dach, dessen First auf einem in der Mitte eines jeden Querbalkens senkrecht errichteten Pfosten ruht. Zwei Reihen von je sechs kleineren Strebepfeilern stehen von außen in der Nähe der Seitenwände und tragen gleichfalls das überhängende Dach, das somit auf beiden Seiten des Hauses eine Veranda bildet. In der Mitte des Hauses gliedern Wände einen gangartigen Raum als Verkehrszimmer und Festsaal ab. Rechts und links werden auf

mikrofilm service münster g.gutt KG essen + köln gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 4102 49 4400 münster roxel

Unsere Justiz.

I.

Fast täglich lesen wir in der Presse Urteile, die mit unserm Rechtsempfinden in schroffem Gegensatz stehen; sei es, daß wir ein Urteil im Hinblick auf die Delikte, die zur Aburteilung standen, für zu milde finden, oder daß uns die Härte des Urteils, die Höhe der Strafen in helle Empörung versetzt. Gewiß, die Rechtsprechung wird es nicht jedem recht machen können; aber es steht immerhin schlecht um die Rechtsprechung, wenn sie in einem großen Teil der Bevölkerung das Empfinden auslöst, daß ihre Urteilsfindung das Rechtsempfinden ganzer Schichten der Bevölkerung verletzt und nicht selten starker Unwille durch das Hineinfügen politischer und wirtschaftlicher Streitfragen hervorgerufen wird.

Selten trat diese Erscheinung der Rechtsprechung so unangenehm hervor, wie gegenwärtig. Nicht in jedem Urteil, aber doch in so vielen, daß man den Eindruck nicht los wird, die erregten politischen und wirtschaftlichen Kämpfe werfen ihre Aufregung und Parteileidenschaft leider recht oft auch in den Gerichtssaal hinein. Der Richter soll über den Parteien stehen, nicht die Vergehen des einfachen Mannes anders beurteilen, als die des Hochstehenden. Er soll das Ehrgefühl des einen so bewerten wie das des andern, auch wenn soziale Rangstufen im wüsten Treiben des kapitalistischen Getriebes eine Trennung vorgenommen haben. Die Roheit, die in einem Verbrechen zum Ausdruck kommt, ist gleich verwerflich, ob Herr oder Knecht sie auf sein Schuldkonto ladet. Aber wir werden irre an diesen Grundsätzen einer vorurteilsfreien Justiz, wenn wir manche Vorgänge aus der Arbeiterbewegung an uns vorüberziehen lassen.

Einen solchen Rückblick auf das Walten unserer Justiz hat Erich Kuttner in einer Schrift, betitelt: „Klassenjustiz"* unternommen.

Er führt uns in dieser verdienstvollen Schrift eine Fülle von Material aus den Richtstätten unserer Zeit vor. Wir geben aus dem reichen Inhalt einiges wieder; man ist dabei leider in der Auswahl beschränkt; denn es bietet hier jedes Beispiel ein wertvolles Dokument. Wir können unsere Leser nur sehr nachdrücklich auf die Schrift hinweisen. Der Verfasser schildert uns, wie aus dem Klassencharakter des heutigen Staates auch die Rechtsprechung beeinflußt werden muß.

Der Klassencharakter unserer Gesetze mutet uns im heutigen Klassenstaate als etwas beinahe so Selbstverständliches an, daß wir kaum noch an ihn denken, wenn wir gemeinhin von „Klassenjustiz" reden. Er entfällt ja auch nicht auf das Konto unserer Justiz; denn die Gesetze werden nicht von Juristen gemacht, sondern von Regierungen und Volksvertretungen, in denen heute zumeist noch die Vertreter der oberen Klassen ausschlaggebend sind. Aber die Statuierung von Gesetzen ist nur die eine Seite der Rechtspflege. Sind die Gesetze festgestellt, so bleibt noch die wichtigste Aufgabe ihrer Auslegung und Anwendung auf den Einzelfall. Zu diesem Zweck fungieren unsere Gerichte, die somit ein wichtiges Glied im Staatsorganismus bilden. Ihre Freiheit und Bedeutung für die Rechtspflege ist größer, als auf den ersten Blick scheinen möchte. Freilich ist der Richter an das Gesetz gebunden, aber wer einmal praktisch versucht hat, die abstrakten Gesetzesregeln auf den konkreten Einzelfall anzuwenden, der weiß, wie viele Auslegungsmöglichkeiten gegeben sind. Ist doch der Witz sprichwörtlich geworden, daß zwei Juristen, die man über denselben Fall befragte, drei verschiedene Ansichten äußern. Es kommt hinzu, daß unser ganzes Recht durchsetzt ist mit Hinweisen auf „Treu und Glauben", die „guten Sitten", die „Verkehrssitte" usw., Begriffe, die im Einzelfall natürlich ganz verschieden ausgelegt werden können und werden.

Die Freiheit des Richters kann dazu führen, daß die Rechtsprechung noch über das hinausschießt, was die Gesetzgebung wollte, daß auch sie zu einem Werkzeug der Bedrückung und Ausbeutung wird. Erst wenn sich auch der zweite Teil der Rechtspflege, die Rechtsprechung, gegen die unteren Klassen wendet, reden wir von Klassenjustiz. Das heißt nicht etwa, daß der Richter im Interesse der kapitalistischen Klasse wissentlich das Recht beugt. Solche Fälle mögen vielleicht hier und da vorkommen; sie sind aber einmal nicht zu erweisen, solange man nicht in die Brust eines jeden Richters hineinschauen kann, sodann aber bilden sie auch nicht das wesentliche Merkmal für den Begriff der Klassenjustiz. Tatsächlich behaupten wir deshalb auch nicht das Vorhandensein wissentlicher Rechtsbeugung; dies gilt sowohl im allgemeinen wie auch für sämtliche im Text aufgeführten Einzelfälle.

Klassenjustiz entsteht allein schon dann, wenn der Richter in den Vorstellungskreisen und Moralanschauungen der herrschenden Klasse — der er meist selbst entstammt — so befangen ist, daß er in dem Glauben, Recht im allgemeinsten Sinne zu sprechen, tatsächlich nur das Interesse jener herrschenden Klasse vertritt. Es handelt sich also nicht um einen Charakterfehler des Richters, sondern um einen Mangel im Denken, an dem der einzelne schuldlos sein mag, dessen Ursachen jedenfalls in den heutigen materiellen Verhältnissen begründet liegt. Ein Richter zum Beispiel, der in einem Streikbrecher die Blüte der Kultur sieht, mag dies im besten Glauben tun; er gehört eben zur herrschenden Klasse, und es ist eine menschliche Schwäche, alles, was einem nützt, in idealisiertem Lichte zu sehen. Und der Richter ist auch nur Mensch.

Es ist also ganz sinnlos, wenn bürgerliche Kreise zetern, das Wort „Klassenjustiz" enthielte eine schwere Beleidigung des Richterstandes. Man kann es freilich einem Klassenurteil von außen nicht ansehen, ob die Richter, die es fällten, bewußt oder unbewußt im Geiste der herrschenden Klasse judiziert haben. Aber die Sozialdemokratie ist stets loyal genug gewesen, bis zum Beweise des Gegenteils unsern Richtern den guten Glauben zuzuerkennen. Ja aus richterlichen Kreisen selber ist uns die Existenz der Klassenjustiz bestätigt worden. Man lese folgenden Ausspruch eines hochgestellten Richters:

„Da die böse Sozialdemokratie nun einmal nicht mehr in der Zwangsjacke eines drakonischen Ausnahmerechts steckt, muß das gemeine Recht die erforderlichen Handhaben der gewünschten Fesselung darbieten. Und da das gemeine Strafrecht mit seinen Normen nun einmal nicht darauf zugeschnitten ist, speziell gegen die Sozialdemokratie Waffen herzugeben, muß man diese Normen fein säuberlich durch juristisches Dehnen und Pressen für den Zweck zurechtrenken. Noch haben wir, die Vertreter heutiger Staats- und Gesellschaftsordnung, die richterliche Gewalt in Händen: machen wir davon rücksichtslos Gebrauch gegen die Todfeinde unseres Staates und unserer Gesellschaft, ehe die soziale Revolution uns ans Messer liefert! So etwa denken die bewußtesten und die übrigen bongré malgré (wohl oder übel) nachgiebig folgen."

So schrieb im Jahre 1898 in der Hardenschen „Zukunft" der Reichsgerichtsrat Mittelstädt. So hat hier einer der höchsten Richter des Deutschen Reiches Wesen und Existenz der Klassenjustiz mit rückhaltloser Schärfe bestätigt.

In dem folgenden schildert der Verfasser die Einwirkung der kapitalistischen Interessenkreise auf die Rechtsprechung, er untersucht die gesellschaftliche Stellung der Richter und schließlich auch ihre Abhängigkeit. „Mit welchen Augen nach der dargetanen äußeren und inneren Entwicklung das Gros unseres Richterstandes auf die moderne Arbeiterbewegung sehen mag, kann kaum zweifelhaft sein. Den besten Beweis für mangelndes soziales Verständnis bilden natürlich die von diesen Richtern gefällten Urteile. Aber ehe wir auf diese kommen, erst eine Blütenlese markanter Einzelausfprüche:

Der Landgerichtsrat Mundry in Breslau bezeichnet die Beamten, die den Weg zur „Breslauer Volkswacht" finden, in öffentlicher Verhandlung als „ehrlose Schweinehunde". (Man beachte die vornehme Ausdrucksweise.) Als der angeklagte Genosse Schiller von der „Breslauer Volkswacht" sich dagegen wehren will, wird er von Herrn Mundry mit einer Ordnungsstrafe bedroht. Derselbe Richter erklärte (Juni 1912) im Prozeß gegen den Redakteur Förster von der „Volkswacht" bei der Urteilsverkündigung, daß das Gericht „leider" habe auf Freisprechung erkennen müssen.

Herr Assessor Warmbrunn in Danzig weigert sich (Juni 1911), den Genossen Crispien als Zeuge zu vernehmen, weil Crispien einer Partei angehört, „die offen erklärt, daß der Eid nicht binde". Der Arbeiter Hellmann, der den Kassierer des Konsumvereins „Vorwärts" in Breslau durch ein Flugblatt gröblich beleidigt, wird in erster Instanz freigesprochen mit der Begründung, „daß Beleidigungen unter Sozialdemokraten so üblich sind". Erst das Landgericht hebt dieses famose Urteil auf. (Mai 1912.)

Der Landgerichtsdirektor Suchsland in Naumburg faßte seine soziale Weisheit mit den Worten zusammen: „Ein Diebstahl ist nicht so schlimm, wie wenn ein Arbeiter den andern von ehrlicher Arbeit abzuhalten sucht." (Dezember 1911.) Amtsgerichtsrat Lottermoser-Dresden meint: „Der Richter steht zum Angeklagten wie der Offizier zum Untergebenen." (November 1911.) Amtsgerichtsrat Rückert-Frankfurt a. M. lehnt Beweisanträge ab, „da sie nur gestellt seien, um ihre Ablehnung in der sozialdemokratischen Presse kritisieren zu können".

Landgerichtsdirektor Richter-Essen produzierte gelegentlich der Streikprozesse im Ruhrgebiet in einer Urteilsbegründung am 28. März 1912 folgenden Satz: „Als

---

* Klassenjustiz. Von Erich Kuttner. Verlag: Buchhandlung Vorwärts. Preis ℳ 1.

---

diese Art Seitenräume geschaffen, die, durch Mattenwände voneinander getrennt, die Schlafstuben der einzelnen Familien präsentieren. Auf einem gemeinsamen Herde glimmt die Feuerstätte. Das Dach ist mit schindelförmigen Lagen von Fächerpalmblättern gedeckt. Falltüren, die von oben nach unten klappen, schließen zur Nachtzeit die an den Giebelseiten des Hauses befindlichen Tore. Diese Tore sind doppelte, fest zusammengeschnürte Gitter mit einer Palmblatteinlage; in ähnlicher Weise sind auch die Wandungen hergestellt. Die Größe dieser Häuser ist oft eine bedeutende: die Quadratseite mißt gegen 19 m, die Höhe gegen 7 m. Handelt es sich nur um eine kleine Anzahl von zusammengehörigen Familien, so schrumpfen natürlich die angegebenen Hausausmaße erheblich zusammen.

Vom Hausbau der Eingeborenen in Deutsch-Ostafrika hat Professor Meule beachtenswerte Schilderungen gegeben. Drei konzentrische Kreise, die durch gut eingerammte Pfosten angedeutet werden, tragen das palmblatt- oder strohgedeckte Dach, das jedoch oft eine eckige Form hat und somit auch dem ganzen Gebäude eine kubische Gestalt gibt. Das überhängende Dach schafft nach der Front hin eine Veranda. Der Innenraum ist in Zimmer eingeteilt; auch die Feuerstelle befindet sich hier, gewöhnlich auf einem regelrechten Unterbau von Hausteinen. Die Innenwände sind Mattenflechtarbeiten, die Außenwände sind Geflechte von Palmblattrippen, die mit Lehm und Kuhmist verschmiert sind. Die Vorratshäuser befinden sich neben dem Hauptbau und sind als bienenkorbförmige Pfahlbauten errichtet.

Allein den Gebieten Ostafrikas, die in gewisser Weise von der indischen Zivilisation beeinflußt sein sollen, hat man von jeher eine gewisse Kulturhöhe nicht abgesprochen. Doch auch in Zentralafrika fehlt sie nicht, wenigstens nicht beim Hausbau. In den Graslandsteppen Kameruns zum Beispiel werden in der beabsichtigten Hausbreite zwei Reihen etwa 2 m hoher Pfähle in den Boden gerammt und mittels eines Flechtwerks haltbarer Ruten miteinander verbunden; zum Festknüpfen dienen Lianenranken; dort, wo die Tür hinkommen soll, wird ein entsprechender Raum freigelassen. In der Mitte zwischen diesen beiden roh fertiggestellten Wänden werden zwei doppelt so hohe Stämme eingegraben. Dann werden die Giebelwände, genau wie die Längsseiten, fertiggestellt; sie werden nach oben abgeschlossen durch je einen Querbalken, der ein gutes Stück länger als die Hausbreite sein muß; auch über die in der Mitte eingegrabenen Pfosten kommt ein solcher Balken, der zugleich als Dachfirst dient. Nun werden Palmblattrippen quer über den Firstbalken gelegt und an dem Flechtwerk der Längswände mit den Enden verknüpft. Das ist etwa der Rohbau. Dann wird das Dach gedeckt, und zwar mit viereckigen, aus Palmblättern gefertigten Matten, die dachziegelartig übereinander geschichtet werden; in ähnlicher Weise (schuppenförmig) werden auch die Giebel- und Seitenwände bekleidet. Als Tür dient eine ähnlich hergestellte kleine Mattenwand, die am Tage einfach an die Türöffnung gelehnt ist, nachts jedoch meist an den nebenstehenden Pfosten festgebunden wird. Die Feuerstelle ist zwischen einigen größeren Steinen untergebracht. Diese Häuser haben gewöhnlich nur einen Raum; begüterte Leute aber schaffen sich durch Anbringen von kleinen Mattenwänden noch einige Schlafstübchen in ihrem Wohnhause. Ja, manche errichten sogar für den Hausherrn ein eigenes Haus und weisen den verschiedenen Frauen und ihren Kindern besondere Häuser an.

Eine andere Bauart des Negerhauses ist die folgende: Auf dem sorgsam geebneten und gereinigten Boden wird ein Rechteck abgesteckt, das etwa 7 m lang und 4 m breit ist. Auf den Linien dieses Rechtecks werden Pfähle eingerammt, die mit einem dünnen, aber dichten Gitterwerk verbunden werden. Das Dach, dessen Firsthöhe etwa 5 m über dem Erdboden liegt, wird aus Schichten von Palmblättern schuppenartig, daß der Regen gut abfließen kann, gedeckt. Die bis zu 2 m breite Tür ist als Schiebetür angebracht; ein festes Brett bildet ihre Schwellenunterlage. Die Wände werden sodann von innen und von außen mit Lehm beworfen, der sorgfältig verstrichen und geglättet wird. Oft finden sich auch oben an den Innenwänden friesartig verlaufende Malereien in Weiß, Schwarz und Rot, die dem Wohnraum eine gewisse Behaglichkeit verleihen, wie sie bei uns durch Tapeten hervorgerufen wird. Die Feuerstelle in diesen Häusern ist aus Lehm aufgeführt.

Bedeutend primitiver als die meisten der geschilderten Häuser „wilder" Völker sind zum Beispiel die Zelte und Reisighütten der nordafrikanischen Beduinenstämme, denen wir gewöhnlich eine weit höhere Kulturstufe zuzuerkennen pflegen als jenen Volksstämmen, von denen sonst in diesen Zeilen die Rede war. Denn diese Ziegenhaarzelte, die etwa das Aussehen umgestürzter Kielboote haben und gelegentlich durch eine Dornenhecke umschlossen sind, können kaum als Wohnstätten bezeichnet werden, die die Bezeichnung Haus verdienen. Jede grönländische Erd- und Eishütte hat eher Anrecht auf diesen Namen. Nicht Stein und Mörtel brauchen es zu sein, die dem Haus das charakteristische Kennzeichen einer gewissen Kulturhöhe verleihen. Die für die Konstruktion planmäßig verwendete Erfahrung genügt schon, um einen Anspruch auf Anerkennung zu berechtigen. Das wärmere Klima stellt an den Hausbau wesentlich geringere Anforderungen als das kältere. Das Haus bleibt darum doch Haus, wenn es nur seinen Zweck erfüllt, mag es sonst noch so „luftig" gebaut sein. Und dieses Zweckmäßige und Wohldurchdachte spricht aus den Hauskonstruktionen der meisten „wilden" Völker, ganz gleich, ob es sich um asiatische Steppenstämme, um Dschungelbewohner des indischen Inselarchipels, um Urwaldindianer oder um Kinder des schwarzen Erdteils handelt. Sie alle haben in ihrer Wohnweise eine bestimmte — wenn auch eine von der unserigen abweichende — Kulturhöhe erreicht; das zeigt sich nicht zum letzten in ihrem Hausbau.

L. L.

die Arbeitswilligen in Begleitung von Gendarmen kamen, verschwand der Angeklagte nach Art der feigen Memmen; das sind die richtigen!" Eine Klage des hierdurch beleidigten Bergmannes Bernhard Lönnermann endigte mit der Freisprechung des Richters. Das Schöffengericht erklärte, daß der Angeklagte sein Recht, die Tat zu bestreiten, in einem Maße mißbraucht habe, das an Ungebühr vor Gericht grenze. Der Vorsitzende habe deshalb getrost den Privatkläger in der geschehenen Weise kennzeichnen dürfen. Der Richter brauche sich hierbei nicht immer der Ausdrücke zu bedienen, die unter Juristen üblich seien, er könne vielmehr gegebenenfalls auch solche Ausdrücke wählen, die er als dem Angeklagten mehr geläufig ansehe. Das Landgericht billigte dem Richter den Schutz des § 193 zu, wobei es als zweifelhaft ansah, ob der Ausdruck „feige Memme" der Würde des Gerichts entspräche. Das Oberlandesgericht Hamm bestätigte im Januar 1913 das freisprechende Urteil.

Genosse Reichardt mußte sich als Angeklagter vom Amtsrichter Gentholz in Weißwasser als „gewerbsmäßiger Ehrabschneider" titulieren lassen. (Januar 1912.) Amtsgerichtsrat Weber-Bochum äußerte zu einem angeklagten Sozialdemokraten: „Wenn Ihre Genossen eine Gewalttat begehen und nachher zu feige sind, es einzugestehen, dann verkriechen sie sich hinter allerhand Ausflüchte. So sind die Gesinnungsgenossen des Angeklagten." Als er sah, wie der anwesende Redakteur des „Volksblattes" diese Worte notierte, fuhr er fort: „Schreiben Sie's auf und bringen Sie's in Ihr Blatt. Was gebe ich darum, danach frage ich gar nichts." (Mai 1910.)

Anders der Amtsgerichtsrat Birke-Spandau. Dieser äußerte in der Verhandlung gegen den Genossen Seeland wegen Wahlrechtsdemonstrationen: „Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Partei geneigt ist, zu Gewalttätigkeiten zu schreiten." Dieser Herr verbot merkwürdigerweise, daß sich einige Zuhörer diese Worte notierten. (Mai 1910.)

Auf tiefes Verständnis für die soziale Lage der arbeitenden Klassen läßt es schließen, wenn Amtsgerichtsrat Grützner-Chemnitz bei einem nach Kräften anständig gekleideten Arbeiter bemängelt, daß dieser keinen weißen Stehkragen, sondern nur einen umgelegten Hemdenkragen trage! (Mai 1910.) Solche Fälle sind übrigens vor Gericht nichts Seltenes. Ebenso zeugt es nicht von sozialem Verständnis, wenn ein einfacher Landarbeiter wegen Ungebühr 24 Stunden in Haft genommen wird, weil er das Essen seiner Gutsherrschaft mit den Worten kritisiert: „Das war kein Essen, sondern ein Fressen." So ging es dem Dienstknecht Gustav Fischer vor dem Potsdamer Schöffengericht. (September 1910.)

Nach diesen Proben „objektiver" Gesinnung sozialdemokratischen Angeklagten gegenüber einige Gegenüberstellungen richterlicher Entscheidungen, die uns zeigen, wie oftmals ein und dieselbe Tat recht verschieden bewertet werden kann je nach der Stellung des Angeklagten.

Vor dem Schöffengericht Leipzig erhalten

ein Student, der einen Schutzmann ein Schwein nennt — M. 15 Geldstrafe.	ein Streikposten, der einen Arbeitswilligen ein Schwein nennt — eine Woche Gefängnis.

Vom Landgericht Chemnitz erhalten

der Student des Technikums Mittweida, Bischof, der an Obstbäumen Radalismus begeht, M. 1030 Geldstrafe (Oktober 1910).	zwei Arbeiter, die in der Trunkenheit Rosenstöckchen herausgerissen hatten, je acht Monate Gefängnis.

Das Schöffengericht Erlangen fällt im Januar 1913 am selben Sitzungstage nacheinander folgende beiden Urteile:

Zwei Studenten belästigen und verfolgen in unverschämter Weise eine Dame, die in Gesellschaft ihres Verlobten eine Vorstellung besucht. Als der Bräutigam sich dieses verbittet, kommt es zu einer Schlägerei. Ein Gärtnereiarbeiter, der die Partei des Angegriffenen nimmt, wird von den Studenten so verprügelt, daß er acht Tage in der Klinik liegen muß. Die Studenten erhalten M. 40 und 50 Geldstrafe.	Im nächsten Fall wird gegen einen Arbeiter verhandelt, der auf der Straße einem Studenten Stockhiebe versetzt hat. Der Arbeiter erhält drei Monate Gefängnis.

Interessant ist auch die Gegenüberstellung der Bewertung folgender Straftaten:

Der Schuhmachergeselle Faber, Dresden, bezog Armenunterstützung, stand aber verschiedentlich noch in der Wählerliste. Infolgedessen übte er in Haupt- und Stichwahl bei den Reichstagswahlen 1912 das Wahlrecht aus. Das Landgericht Dresden verurteilt ihn zu fünf Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. (April 1912.)	Zur gleichen Zeit sprach das Landgericht Würzburg einen Ingenieur frei, der für eine andere Person einen Stimmzettel abgegeben hatte, weil er sich der Rechtswidrigkeit seines Tuns nicht bewußt gewesen sei.

Besondere Milde vor Gericht finden vielfach exzedierende Studenten. Der Richter ist ja selbst einmal Student gewesen — und wer wird überhaupt etwas Jugendübermut tragisch nehmen.* Dabei aber handelt es sich meist gar nicht um harmlose Scherze, sondern um ebenso geistlose wie brutale Roheiten, deren sich gerade ein Jünger der Wissenschaft schämen sollte. Aber unsere Couleurstudenten scheinen geradezu ein Privilegium auf Exzesse zu genießen. Ein paar jugendliche Arbeiter sollten einmal dieselben Taten verüben — und das bürgerliche Publikum würde sich gar nicht genug entrüsten können über diese „Rohlinge". Bei seinesgleichen aber findet es alles schön.

Welches Geheul hat nicht die bürgerliche Presse über die Moabiter Vorgänge angestimmt. Aber was in Moabit von proletarischen Elementen unter Führung eines gewitzt gerade dem ruhigen Arbeiter nicht sympathischen Janhagels verübt wurde, das Auslöschen von Laternen, die Verhöhnung von Schutzleuten usw., ist das nicht im Grunde der gleiche „Ulk", den sich unsere Couleurstudenten sozusagen alle Tage leisten?! Im Moabiter Fall haben die Gerichte drakonisch zugegriffen. Wiewohl selbst in den Urteilsbegründungen ein gut Teil der Schuld dem geradezu provokatorischen Verhalten der Polizei zugemessen ist, wurden doch über die einzelnen Angeklagten äußerst schwere Strafen verhängt. 45 Personen erhielten insgesamt zirka 210 Monate Gefängnis, wozu noch einige Monate Haft und zirka M 150 Geldstrafe kommen. Dabei wurde schon der bloße Aufenthalt in einer Menge, aus der geworfen wurde, mit Gefängnis von sechs, acht Monaten bis zu anderthalb Jahren bestraft (als Landfriedensbruch), obwohl die Betreffenden selber, wie das Urteil feststellt, nicht geworfen haben. (Riedemann, Naschut, Merten.) Ein jugendlicher Angeklagter (Meyer), der geworfen hatte, erhielt trotz noch nicht erreichter voller Strafmündigkeit neun Monate Gefängnis. Bloße Beleidigung von Schutzleuten brachte bis zu drei Monaten Gefängnis (Heidemann).

Hierzu stelle man nun einmal in Parallele das Urteil gegen jene Bonner Korpsstudenten, die den doch sicherlich nicht leichter zu bewertenden Ueberfall auf einen Eisenbahnzug verübten. Verschiedene Korps hatten bei Rüngsdorf bei Bonn einen Bierbock veranstaltet. Auf der Rückfahrt stürmten sie den von Mehlen kommenden Sonderzug. Sie löschten die Lampen aus, zerschlugen 37 Scheiben, schlugen den Beamten die Mütze vom Kopf, stürmten die Lokomotive, versuchten die Wagen auseinanderzukoppeln und koppelten auch wirklich die Lokomotive los. Das letztere geschah, nachdem der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte und an einer abschüssigen Stelle. Nur die Geistesgegenwart des Lokomotivführers, der die Maschine in schnellste Gangart setzte, verhinderte, daß die bergabrollenden Wagen auf die Lokomotive stießen, was ein unübersehbares Unglück gegeben hätte. Ebenso konnte der Streckenwärter in Godesberg erst im letzten Augenblick einen schweren Basaltstein entfernen, den die Studenten auf die Schienen gewälzt hatten, und der den fahrplanmäßigen Zug sicher zum Entgleisen gebracht hätte. Und die Strafen? Sechs Teilnehmer erhielten Geldstrafen von M 30 bis M 80. Man habe die Haupttäter nicht fassen können, entschuldigte sich das Gericht. In Moabit auch nicht! — Aber dort erhielt schon 6 bis 18 Monate Gefängnis, wer nur dabei gestanden hatte!

Aehnlich milde kamen die Bonner Borussen davon, die mit Gewalt in die Wohnung des Einjährigen-Unteroffiziers v. Veith eindrangen, diesen aus dem Bett rissen und mißhandelten, auch sonst alles in der Wohnung demolierten und einen Höllenspektakel verursachten. Die Ursache war, daß sich Veith als frommer Katholik nicht duellieren wollte. Auch hier konnten die „Haupttäter" nicht ermittelt werden; zwei der Herren, Baron v. Luistorp und Graf v. Finkenstein, erhielten wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs vom Amtsgericht 14 Tage Gefängnis, das Landgericht erkannte nur auf eine Woche (die Mindeststrafe!), der Kaiser aber wandelte auch diese Strafe noch in Festungshaft um.

Wer in Moabit dabei ertappt wurde, daß er Laternen auswarf, kam bis zu sechs Monaten ins Gefängnis (Weiß). Bei der Rückkehr von einem Fackelzug warfen Anno 1911 Hallenser Studenten zahlreiche Laternen ein, ein Student der Theologie (!) versuchte sogar den Inhalt von Briefkästen zu verbrennen. Er büßte das aber nur mit M 10 Geldstrafe (Juni 1911); dafür wird der Mann auch später Seelsorger!

Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beamtenbeleidigung und ähnliche Delikte kosteten in Moabit durchschnittlich drei Monate Gefängnis (Krämer, Hagen). Studenten haben das billiger. In Jena erhält ein Student Hartmann, der den ihn verhaftenden Beamten vor die Brust stößt, auf die Frage nach dem Namen seiner Mutter erwidert: „Das geht Sie einen Dreck" an usw., M 90 Geldstrafe (Juli 1911). Ein Student Schwarzenberg in Halle, der den ihn verhaftenden Polizisten durch Streichenlassen von Winden beleidigt, erhält M 20 Geldstrafe (September 1911). Nur M 5 Geldstrafe für Widerstand erhielt gar der Charlottenburger Student Kerzendorf. Wohl hatte er einen Wachtmeister ein paarmal kräftig gestoßen, aber nach Ansicht des Gerichts durfte er sich gekränkt fühlen; der Wachtmeister hatte seine Studentenkarte als Legitimationskarte nicht für genügend erklärt.

Von Glück sagen kann auch der Student v. Brockhusen. Er hatte im Wartesaal des kgl. preußischen Staatsbahnhofes von Greifswald mit seinem Stock diverse Gläser usw. kurz und klein geschlagen. Der hohe Herr entschuldigte sich mit simulierter Trunkenheit, weshalb das Gericht ihn freisprach. Der Vorsitzende, der dem Gerichtshof bei Fällung dieses Urteils präsidierte, war Herr Landgerichtsdirektor Pritzmann — derselbe Herr, unter dessen Szepter der Rittergutsbesitzer Becker-Hartmannshagen kurz vorher wegen Beleidigung des Landrats v. Malhahn zu — einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war!

Auch bei Eigentumsdelikten ist sehr oft das Strafmaß übermäßig hart. Wie barbarisch geradezu die Strafen wegen der allergeringsten Eigentumsdelikte vor der Novelle zum Strafgesetzbuch waren, beweisen folgende Fälle, in denen die Gerichte sogar auf das Strafminimum erkannten: Entwendung von Kohlen im Werte von 40 ₰ = drei Monate Gefängnis, da Rückfall (Februar 1911). — Auffammeln von Kohlenstücken auf umgänntter Halde = drei Monate Gefängnis, da Einbruchsdiebstahl. — Entwendung eines Stück Holzes im Werte von 15 ₰ = drei Monate Gefängnis, da Rückfall usw. usw.

Aber auch nach Inkrafttreten der Strafgesetznovelle finden wir ähnliche drakonische Urteile: Eine sechsundzwanzigjährige Mutter von drei Kindern in Schweidnitz hatte in höchster Not ein Portemonnaie mit M 7 gestohlen, um den Hunger der Familie zu stillen. Der Mann saß im Gefängnis, infolgedessen nagte die Familie seit Monaten am Hungertuch. Ein Armengesuch war abschlägig beschieden. Trotzdem das Gericht die Notlage anerkannte, verhängte es (es lag Rückfall vor) zwei Monate Gefängnis. Dies geschah im August 1912. Ein Soldat Helbig, der von zu Hause keinerlei Zuschüsse erhielt, hatte im Juli 1912 seine Löhnung vorzeitig aufgebraucht. Seit zwei Tagen lebte er von trocken Brot. Da entwendete er aus dem verschlossenen Schrank eines Kameraden M 1. Davon verwendete er 26 ₰, um sich Fett, Salz und Bier zu kaufen. Den Rest gab er nach Entdeckung des Diebstahls sofort heraus. Obwohl hier der neue § 248a des Strafgesetzbuches hätte Anwendung finden können, verurteilte ihn das Dresdner Oberkriegsgericht zu drei Monaten Gefängnis (September 1912).

Zwei Maurer in Trier hatten im Januar 1912, weil sie arbeitslos waren und ihre Familien hungerten, aus dem Zwinger des Hundefängers durch Einbruch einen eingefangenen Hund entwendet, geschlachtet und mit ihren Familien verzehrt. Diese traurige Mahlzeit, die ihnen über die bitterste Not hinweghalf, kostete sie Dezember 1912 je drei Monate Gefängnis. Die Strafkammer Essen verurteilte Februar 1912 die Familie Krimanek aus Bottrup wegen Kohlenklaubens aus einer Schutthalde: Die Kinder, zwei Schulmädchen, die gekaubt hatten, erhalten je sechs Wochen Gefängnis; die Eltern wegen Hehlerei: die Mutter fünf Monate Gefängnis, der Vater ein Jahr Zuchthaus! Dabei ist der Wert der in den Schutthalden vergrabenen Kohlenstückchen für den Bergwerksbesitzer minimal.

Für sich steht der Fall eines Mannes, der für den Diebstahl von fünf Paar Stiefeln ebensoviel Jahre Zuchthaus erhielt (April 1910). Der Unglückliche hatte nämlich die dumme Idee gehabt, die Stiefel in dem kleinen neutralen Flecken Moresnet zwischen der belgischen und preußischen Grenze zu stehlen. Und dort gilt noch heute das aus dem Jahre 1804 stammende französische Strafgesetz Napoleons I. Der vernünftige Satz des römischen Rechtes: Minima non curat praetor, das heißt, um Lappalien kümmert sich der Richter nicht, hat bei uns leider keine Geltung. So wird denn auch der kleinste Diebstahl, der kleinste Betrug mit aller Gründlichkeit abgeurteilt wie die größte Sache. Oft stehen einem die Haare zu Berge, wenn man das Verhältnis (besser Mißverhältnis) von Objekt und Strafe betrachtet. Vor uns liegen ein paar Falle des häufiger Eisenbahnbetruges: Objekte 10 ₰, 10 ₰, 5 ₰. — Strafen: drei Monate, sechs Monate, einen Monat Gefängnis.

Mit welchen Gründen unter Umständen unsere Justizbehörden an solche Sachen herangehen, dafür ein kleiner charakteristischer Beleg: In Königsberg in Preußen hat die Krankenkasse Arbeitslosigkeit gezeigt, weil sie die Krankenkassenbeiträge, die sie ihren Arbeitern abziehen müssen, nicht an die Kasse abgeliefert haben und weil von ihnen diese Beiträge auch durch Zwangsvollstreckung nicht zu erlangen waren. Die

* Mit solchen und ähnlichen Argumenten verteidigt zum Beispiel der freikonservative Abgeordnete Varenhorst die Urteile gegen die Bonner Borussen im Reichstag (21. Februar 1911). Er nannte die schweren Exzesse im Falle Veith einen harmlosen Bubenzauber und sprach von einem „Recht auf Begnadigung", das solche Studenten hätten.

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
service münster g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG otto hahn straße 21 postfach 41 07 49 4400 münster-nord

Staatsanwaltschaft erhob Klage. In der Verhandlung (Juli 1912) wandten die Angeklagten ein, daß sie keine Abzüge vom Lohn für die Krankenkassenbeiträge gemacht hätten. Das Gegenteil wurde ihnen nicht nachgewiesen. Ist ihr Einwand der Wahrheit gemäß, so haben die Arbeitgeber jedenfalls doch die ihnen gesetzlich obliegende Pflicht gegen die Krankenkasse verletzt. Den Vorsitzenden der Strafkammer aber hinderte der Sachverhalt nicht, dem Kassenvertreter heftige Vorwürfe wegen der Anzeige zu machen, und der Staatsanwalt beantragte sogar, der Kasse wegen frivoler Anzeige die Kosten aufzuerlegen!

Immer wieder erkennen wir an solchen Urteilen die tiefe Kluft, die den Richterstand von der großen Masse der Bevölkerung trennt. Solche Urteile wären schon weniger möglich, wenn außer der juristischen Gelehrsamkeit die Kenntnis sozialer Zustände in Richterkreisen mehr verbreitet wäre und der Richterstand nicht ausschließlich aus den Kreisen der Besitzenden hervorgehen würde. Die Justiz wird hier ohne ausgesprochene Absicht zum Werkzeug im Kampf der sozialen Gegensätze; denn nicht jeder kann sich von den gesellschaftlichen Vorurteilen freimachen, die ihn umgeben, die ihm die Erziehung eingeprägt hat.

Die Unternehmerverbände im Jahre 1911.

In dem sechsten Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt" gibt das Kaiserliche Statistische Amt eine Zusammenstellung für das Jahr 1911 über die Verbände der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter. In den nachfolgenden Zeilen wollen wir nach dem Bericht unsern Lesern eine Uebersicht über die Unternehmerverbände geben.

Der Statistiker unterscheidet vier verschiedene Gruppen von Unternehmerverbänden. Die erste Gruppe befaßt sich mit allgemeinen wirtschaftspolitischen Fragen, die zweite mit allgemeinen sozialpolitischen Fragen, die dritte mit der Regelung geschäftlicher Interessen und die vierte mit der Wahrung der besonderen Interessen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern. Uns interessiert heute nur die vierte Gruppe, die wir auch sonst nur als Unternehmerverbände bezeichnen; die übrigen Gruppen verfolgen zwar zum Teil nebenbei auch die gleichen Ziele. In der statistischen Aufstellung ist das Zahlenergebnis von 1909 bis 1912 nebeneinander gestellt, so daß Vergleiche möglich sind. Es waren vorhanden:

	Verbände insgesamt	Davon: Reichsverbände	Davon: Landes- oder Bezirksverbände	Davon: Ortsverbände
Anfang 1912	3085	103	461	2521
„ 1911	2928	93	474	2361
„ 1910	2613	84	474	2055
„ 1909	2592	73	402	2117

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die Zentralisation in den Unternehmerkreisen viel weniger vorgeschritten ist als bei den Arbeitern. Ferner ist daraus eine gleichmäßige Zunahme der Unternehmerverbände zu ersehen. Zum Teil ist jedoch die Zunahme darauf zurückzuführen, daß eine Anzahl früherer Bezirksverbände jetzt als Ortsverbände gezählt werden. Es ist also nur eine Umstellung der Zahlen erfolgt. Die erhöhten Zahlen beruhen also nicht bloß auf Neugründungen.

Ueber die Zahl der angeschlossenen Mitglieder und der bei diesen beschäftigten Arbeiter liegen nur von zwei Dritteln, teilweise nur von der Hälfte der Verbände Angaben vor. Es wird auch hier wieder offenbar, daß der Wille zur Berichterstattung bei den Unternehmerorganisationen weit weniger vorhanden ist als bei den Arbeiterorganisationen. Die Unternehmerverbände sind vielmehr bemüht, ihre Geschäftsführung vor der Oeffentlichkeit zu verbergen. Nach den Berichten ergaben sich folgende Zahlen:

	Es machten Angaben über: Mitglieder- Verbände	Es machten Angaben über: Arbeiter- Verbände	Zahl der hierbei ermittelten: Mitglieder	Zahl der hierbei ermittelten: Arbeiter
Anfang 1912	2019	1547	132 485	4 378 275
„ 1911	1929	1351	127 424	4 027 440
„ 1910	1928	1114	115 095	3 354 680
„ 1909	—	—	159 405	3 674 147

Wenn man berücksichtigt, daß nur höchstens zwei Drittel der Verbände berichtet haben, dann wird man auch die Zahl der bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeiter um mindestens ein Drittel höher einschätzen müssen, als in der obenstehenden Tabelle für den Anfang des Jahres 1912 angegeben sind. Will man hiernach die zahlenmäßige Stärke der Unternehmerorganisation in Vergleich zur Arbeiterorganisation stellen, so ergibt sich, daß die ersten die letzten um eine bedeutende Zahl überholt haben. Selbst für den Fall, daß bei den Berichten der Unternehmerverbände zum Teil die Arbeiterzahlen doppelt angegeben sind — einmal vom Ortsverband und dann vom Zentral- oder Bezirksverband —, muß ohne weiteres zugegeben werden, daß bedeutend mehr Arbeiter bei organisierten Unternehmern arbeiten, als organisierte Arbeiter vorhanden sind. Selbstverständlich ist das Gegenseitigkeitsverhältnis bei den einzelnen Berufen sehr verschieden. Die Landwirtschaft umfaßte Anfang 1912 50 Unternehmerverbände; davon hatten 19 Verbände 14 154 Mitglieder mit 99 010 beschäftigten Arbeitern. Im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen zählte man zur gleichen Zeit einen Reichsverband und neun Landes- oder Bezirksverbände. Diesen gehörten 274 Einzelmitglieder an. Ueber die Zahl der beschäftigten Arbeiter haben nur acht Verbände Angaben gemacht, die 469 982 Arbeiter beschäftigten. Die Industrie der Steine und Erden zählte im Jahresdurchschnitt 1911 85 Verbände, die sich mit Arbeiterfragen befaßten. Diese zählten 3607 Einzelmitglieder mit 209 248 beschäftigten Arbeitern. In der Metall- und Maschinenindustrie ist seit langer Zeit die Organisation der Unternehmer am stärksten. Sie zählte Anfang 1912 19 Reichsverbände. Nur im Baugewerbe übersteigen die Zahlen der angeschlossenen Ortsverbände die Zahlen der Metallindustrie. Die Letztere zählte zu Anfang des Jahres 1912 294 Unternehmerverbände, die im Jahresdurchschnitt 1911 749 885 Arbeiter beschäftigten. Hinsichtlich der Arbeiterzahlen stehen sie demnach an erster Stelle. Der bedeutendste ist der „Verband deutscher Metallindustrieller" in Berlin mit 3000 Mitgliedern und zirka 500 000 beschäftigten Arbeitern. Zu den größten Fachgruppen zählt hier der Verband der Seeschiffswerften mit rund 36 000 Arbeitern. Die chemische Industrie zählte 105 Unternehmerverbände mit 24 953 beschäftigten Arbeitern. In der Textilindustrie zählte man 95 Unternehmerverbände mit einer Mitgliederzahl von 2616 und 490 026 beschäftigten Arbeitern. Der bedeutendste unter den drei vorhandenen Reichsverbänden ist der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie in Aachen. Ihm sind 44 Bezirks-, Orts- und Fachverbände angeschlossen, die zusammen 1912 Einzelmitglieder mit 316 668 Arbeitern zählten. Die Papierindustrie zählte in 33 Verbänden 1031 Einzelmitglieder mit 55 357 beschäftigten Arbeitern. Von der Lederindustrie haben 29 Verbände berichtet, daß bei ihren zirka 1300 Mitgliedern 16 034 Arbeiter beschäftigt waren. In der Holzindustrie wurden 183 Verbände von der statistischen Erhebung erfaßt. Davon berichteten 158 mit 5080 Einzelmitgliedern, daß bei ihnen 70 137 Arbeiter beschäftigt seien. Dem „Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe" in Berlin gehören davon 4688 Einzelmitglieder mit 59 696 beschäftigten Arbeitern an. In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie bestanden 136 Unternehmerverbände. Unter diesen ist der bedeutendste der „Arbeitgeberbund der deutschen Zigarrenindustrie", in dessen angeschlossenen Betrieben 83 827 Arbeiter beschäftigt wurden. Die Mitgliederzahl in dieser Berufsgruppe sank von 10 446 im Jahre 1911 auf 9900 im Jahre 1912. Bei den angeschlossenen Firmen waren Anfang 1912 182 355 Arbeiter beschäftigt. Das Bekleidungsgewerbe zählte Anfang 1912 224 Verbände. Ueber die Mitgliederzahl berichteten 219 Verbände und von diesen berichteten wieder 207, daß bei ihren Mitgliedern 146 729 Arbeiter beschäftigt waren. Von allen Berufsarten umfaßt **das Baugewerbe** die meisten Unternehmerverbände. Anfang 1912 waren es 1280. Unter den zehn Reichsverbänden sind die bedeutendsten der „Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe" und der „Verband der Deutschen Tiefbauunternehmer". Ueber die Mitgliederzahl berichtete der letztgenannte Verband nicht, während der Deutsche Arbeitgeberbund 19 231 Einzelmitglieder mit 250 000 beschäftigten Arbeitern angibt. Bei den organisierten Tiefbauunternehmern sollen 120 000 Arbeiter beschäftigt gewesen sein. Die schönen runden Zahlen bei beiden Verbänden lassen entweder auf einen rein instinktiven Ordnungssinn oder auf eine ziemlich willkürliche Berichterstattung schließen. Jedenfalls trifft das letzte zu. Gegenüber dem Jahre 1911 hat sich die Zahl der erfaßten Unternehmerverbände vermindert. — Beim polygraphischen Gewerbe war und ist unter den sechs Reichsverbänden der „Deutsche Buchdruckerverein", mit 4757 Mitgliedern und 50 358 beschäftigten Arbeitern der größte Unternehmerverband. Insgesamt wurden im Gewerbe 130 Verbände von der Statistik erfaßt, von denen 95 berichteten, daß bei ihren Mitgliedern 77 006 Arbeiter beschäftigt waren. Im Handel- und Verkehrsgewerbe zählten 71 Unternehmerverbände 3985 Mitglieder. 101 097 Arbeiter waren bei den Mitgliedern von 48 Verbänden beschäftigt.

Zum Schluß lassen wir noch einige Worte über die gemischten Verbände folgen. Der „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände" berichtete, daß in den ihm angeschlossenen Betrieben 1 300 000 Arbeiter beschäftigt waren, während in den der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände" angeschlossenen Betrieben 1 092 789 Arbeiter beschäftigt gewesen sein sollen. Viele Ortsgruppen oder einzelne Unternehmer werden auch noch einer der beiden Gruppen angeschlossen sein oder jetzt nach der Verschmelzung der beiden doppelt gezählt werden. Es kann gerade nicht behauptet werden, daß die mangelhafte Berichterstattung die ganze Statistik besonders wertvoll erscheinen läßt. Die Unternehmer scheinen zum Teil noch mehr Abscheu vor Statistik zu haben als die Arbeiter.

In den letzten Jahren haben die Unternehmer recht viele Streikentschädigungsgesellschaften gegründet. Anfang 1912 waren 30 132 Unternehmer, bei denen 1 295 665 Arbeiter beschäftigt waren, in 17 Streikentschädigungsgesellschaften organisiert. Auch hier ist es aber dem Reichsstatistischen Amt nicht möglich gewesen, die Doppelzählungen zu vermeiden. Das Ergebnis der Statistik sagt, daß 40 Reichs-, 77 Landes- oder Bezirks- und 153 Ortsverbände gegen Streikschaden versichert waren. Im Baugewerbe werden unbeeinflußte oder bedürftige Unternehmer nach Bedarf unterstützt. Nach der Statistik waren 1911 37,6 pZt. der organisierten Unternehmer, die 60,2 pZt. der bei organisierten Unternehmern tätigen Arbeiter beschäftigten, gegen Streiks versichert. Im Baugewerbe sind die entsprechenden Zahlen 28 pZt., respektive 56,3 pZt. Ueber die Höhe der gezahlten Streikunterstützung ist nur von einigen Gesellschaften berichtet. In keinem Falle wird der gesamte Schaden vergütet. In der Regel nur bis 40 pZt. Wenn trotzdem für jeden infolge Streiks ausgefallenen Arbeitstag eine Entschädigung von durchschnittlich einer Mark bezahlt worden ist, so ergibt sich daraus, daß die deutschen Unternehmer von jedem Arbeitstag, den ein Arbeiter für sie arbeitet, durchschnittlich mindestens zwei Mark Gewinn haben müssen. Also so sehr schlecht, wie sie es immer hinzustellen belieben, geht es ihnen noch nicht. Sie begnügen sich aber nicht mit diesem recht erheblichen Gewinn, sondern wollen durch ihre Unternehmerverbände ihren Profit vergrößern. Wir haben bereits gesagt, daß diese Unternehmerverbände die Arbeiterorganisationen in gewissem Sinne bereits überholt haben. An den Arbeitern liegt es, ob sie diesen Vorsprung behalten sollen.

Politische Umschau.

Schutzzöllnersorgen. — Eine Wahlrechtsreformkomödie des Zentrums. — Neue Militärvorlagen in Sicht! — Bevorstehender Prozeß in der Kruppaffäre. — Zuspitzung der Balkansituation.

Große Ereignisse pflegen ihre Schatten vorauszuwerfen —, das ist auch auf dem Gebiete der Politik zu beobachten, die sich je nach der Bedeutung der kommenden Dinge und dem Interesse, das sie beanspruchen, mehr oder weniger zeitig mit ihnen beschäftigt. Manchmal geschieht das sogar recht zeitig, leider aber hat das Volk sehr oft keine Ursache, erfreut zu sein über solchen Eifer, kommt es doch immer darauf an, von welcher Seite er entwickelt wird. Von unsern „Ordnungsparteien" geübt, zielt er, entsprechend dem reaktionären Charakter dieser Parteien, versteckt oder offen allemal auf Erstrebung und Sicherung einer Politik der Volksentrechtung und Volksausbeutung. Einen Eifer dieser Art legt gegenwärtig ein Teil der bürgerlichen Presse im Hinblick auf die Erneuerung der Handelsverträge an den Tag, die, obwohl sie erst im Jahre 1917 ablaufen, bereits jetzt den Gegenstand von Erörterungen und Betrachtungen bilden. Das Werk der hochschutzzöllnerischen Reichstagsmehrheit vom Jahre 1902, die einen Zolltarif geschaffen hat, der eine unerhörte Auspowerung der Volksmassen bedeutet, aufrechtzuerhalten oder gar noch zu „verbessern", macht man schon heute Anstrengungen. Die Beratung der Handelsverträge wird noch Sache des jetzigen Reichstages sein, und da sind denn unsere Schutzzöllner, besonders nach den letzten Reichstagsersatzwahlen, in Sorge, daß eine Reichstagsmehrheit zustande kommen könnte, die von den „bewährten" Bahnen der Hochschutzzollpolitik nichts wissen will. Die „Berliner Politischen Nachrichten" rufen die bürgerlichen Parteien auf, sich zu sammeln, statt sich wegen einer Umänderung des bestehenden Zolltarifs in die Haare zu geraten; und die „Kölnische Volkszeitung" wendet sich speziell an die Konservativen, die sie ermahnt, wegen der Haltung der Zentrumsfraktion in der Besitzsteuerfrage nicht länger abseits zu stehen. Das Blatt verweist auf den Ausfall der letzten Reichstagswahlen und bemerkt dazu, das sei „eine weitere Mahnung für die Rechte, nicht eine unfruchtbare Politik des Schmollens zu verfolgen. Die Gefahr einer Verschlechterung unseres Zolltarifs wächst mit jedem weiteren Mandat der Sozialdemokratie und des Linksliberalismus. Jeder überzeugte Anhänger eines wirksamen Schutzes der nationalen Arbeit im Gewerbe und der Landwirtschaft muß daher wünschen, daß die Aussichten einer hinreichend starken Schutzzollmehrheit aus der Rechten und den Parteien der Mitte nicht durch eine nutzlose Verärgerungspolitik der Konservativen geschwächt werden". Nun, die blau-schwarze Freundschaft wird, bis es soweit ist, schon wieder hergestellt sein, dazu braucht man sich gegenseitig viel zu sehr! Möchten nur die katholischen Arbeiter endlich einmal zur Erkenntnis des schmählichen Unrechts gelangen, das das Zentrum in Verfolgung parteipolitischer Zwecke durch sein Eintreten für eine Politik der Volksaussaugung an ihnen begeht!

Betrachtet man das Verhältnis zwischen Zentrum und Konservativen, ihr Bemühen, über momentane Differenzen hinweg immer wieder zusammenzukommen, so weiß man von vornherein, was davon zu halten ist, wenn, wie das kürzlich geschehen, ausgerechnet ein Zentrumsblatt mit Vorschlägen zu einer Reform des preußischen Wahlrechts kommt. Die „Kölnische Volkszeitung" ist es, die jüngst mit solchen Vorschlägen aufwartete. Sie empfiehlt: 1. Wahlpflicht; 2. geheime Stimmabgabe; 3. direkte Wahl; 4. Verhältniswahl in den einzelnen Regierungsbezirken; 5. Zuteilung von Mehrstimmen für Alter, Arbeitseinkommen und Familiengründung. (Schulbildung und Vermögensbesitz sind kein Maß für staatsbürgerliche Leistungen.) Merkwürdig: Das Zentrum, von dem bekanntlich bei jeder Gelegenheit versichert wird, daß es Anhänger des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sei, vertritt mit dieser „Reform" wiederum nur ein Kompromiß, das ebenfalls eine schwere Schädigung der Volksrechte bedeutet. Darüber braucht man sich aber nicht weiter zu wundern, denn noch niemals hat das Zentrum der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen in Wahrheit sympathisch gegenübergestanden. Und immer, wenn es galt, Worte in die Tat umzusetzen, haben sich seine Beteuerungen, ein Freund dieser Uebertragung zu sein, als eitel Heuchelei erwiesen. Die „Kölnische Volkszeitung" fordert zwar die geheime und direkte Wahl, aber damit trotzdem auch künftig der blau-schwarzen Koalition die Mehrheit gesichert wird, will man die Pluralwahl beibehalten! Mit einem derartigen Machwerk denkt man die Zufriedenheit der katholischen Arbeiter zu erwerben, denen gegenüber man ab und zu so tut, als lasse man sich ihr Wohl angelegen sein, und anderseits soll damit gebührende Rücksicht auf die Konservativen genommen werden. Diese Rücksichtnahme auf die „Edelsten und Besten der Nation" ist ausschlaggebend für die ganze Haltung des Zentrums in der Wahlrechtsfrage. Man hütet sich wohl, etwa zusammen mit der Linken an einer Reform des Wahlrechts zu arbeiten, obwohl man so gut wie andere weiß, daß diese Reform nur möglich ist gegen die Konservativen. Ohne die Konservativen und gegen diese will man aber keine Wahlreform machen, das hat Herr Bachem, der Zentrumshäuptling, ganz offen erklärt. Er beweist damit, daß es den schwarzen Herren selbst mit der Flickreform, die sie in Anregung bringen, nicht ernst ist; denn daß die Konservativen zu irgendwelchen, selbst zu den allerbescheidensten Konzessionen auf diesem Gebiete nicht haben sind, ist eine Tatsache, der sich auch Herr Bachem nicht verschließen kann. Es ist eben wieder mal eine Komödie, die da der Welt vorgespielt

wird, ausgeklügelt zu dem Zweck, den katholischen Arbeitern Sand in die Augen zu streuen! —

Wenn es in Deutschland jemanden gegeben haben sollte, der optimistisch genug war, zu glauben, daß mit der Annahme des Riesenwehrgesetzes der Moloch Militarismus einstweilen befriedigt sei, so hat er in der Berichtswoche eine schwere Enttäuschung erlebt. Wird doch, kaum daß man sich mit der Ungeheuerlichkeit der verabschiedeten einigermaßen abgefunden" hat, die öffentliche Meinung schon für die kommende Heeresvorlage bearbeitet. Den Anfang damit macht die „Militärische Korrespondenz", in der dieser Tage folgendes zu lesen war:

„Die für die Landesverteidigung verantwortlichen Stellen sind eifrig an der Arbeit, um die durch die Bewilligung der Heeresvorlage geschaffene zahlenmäßige Verstärkung unserer Rüstung auch organisatorisch auszugestalten. So werden — wie die „Militärpol. Korresp." von wohlunterrichteter Seite hört — im Kriegsministerium alle Vorarbeiten für eine Neu- beziehungsweise Umbewaffnung der Artillerie getroffen. Im Reichsmarineamt liegt eine Vorlage für die Schaffung einer Auslands-Kreuzerflotte fertig da, da die Erfahrungen der letzten Zeit die Notwendigkeit einer größeren Zahl von jederzeit verfügbaren Auslandkreuzern ganz besonders haben hervortreten lassen."

Das bei derartigen Meldungen übliche Dementi ist natürlich auch jetzt nicht ausgeblieben. So wird's ja erfahrungsgemäß immer gemacht: die ersten in die Oeffentlichkeit dringenden Nachrichten über neue militärische Forderungen erklärt man zunächst für „unzutreffend". Allmählich aber dementiert man immer weniger, bis schließlich die neue Vorlage da ist. So ging's mit dem Milliardenwehrgesetz und so geht's auch jetzt wieder. Also nicht nur mit einer neuen Flottenvorlage, die jetzt wieder einmal an der Reihe ist, sondern gleichzeitig mit einer Neubewaffnung der Artillerie gedenkt man das deutsche Volk zu beglücken. Unsern Militär- und Regierungskreisen hat offensichtlich die Bereitwilligkeit, mit der der Reichstag die Wehrvorlage geschluckt hat, den Mut gestärkt zu neuen Taten. O über die Jämmerlichkeit der bürgerlichen Parteien, die längst jede Widerstandskraft gegen die ins Maßlose gehenden Ansprüche des Militarismus verloren haben! Natürlich werden die kommenden Vorlagen abermals Hunderte von Millionen erfordern, die aufzubringen man diesmal zu neuen indirekten Steuern greifen wird, unbekümmert um die gewaltigen Lasten, die dem Volke ohnedies schon aufgebürdet sind. Möge die klassenbewußte Arbeiterschaft beizeiten darangehen, sich gegen diese allerneueste Rüstungstollheit zur Wehr zu setzen.

Wenn demnächst die Verhandlungen in der Krupp-affäre vor sich gehen, so können sich die Herren der Firma Krupp in ihrem Aerger über die Einmischung des Abgeordneten Liebknecht in ihre Geschäftspraktiken mit dem Gedanken an die angekündigte Flotten- und Kanonenvorlage trösten, bei der sie wieder Riesenprofite einheimsen werden. Und diesen Trost haben sie nötig, haben doch die inzwischen vorgenommenen Untersuchungen weitere Kreise gezogen, als bisher bekannt gewesen ist. Sieben Zeugoffiziere und ein Intendantursekretär sollen sich wegen Bestechung und Verrats militärischer Geheimnisse vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur verantworten. Das sind die „untergeordneten Persönlichkeiten des Verwaltungsdienstes", von denen man in dem Bestreben, die Affäre als möglichst harmlos hinzustellen, sprach! Lebhafte und nur zu berechtigte Kritik — auch von bürgerlichen Blättern — erfährt die kundgewordene Absicht des Kriegsministeriums, den Prozeß „im Interesse der Landesverteidigung", wenigstens teilweise, das heißt in seinen wichtigsten Stadien, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zu führen. Dagegen kann nicht energisch genug Verwahrung eingelegt werden; denn die Oeffentlichkeit hat ein unbestreitbares Recht darauf, die sauberen Gepflogenheiten unserer Panzerplattenpatrioten in ihrem vollen Umfange kennen zu lernen, und der ganze Prozeß würde seinen Wert verlieren, wenn hinter verschlossenen Türen verhandelt werden sollte. Der neue Kriegsminister täte in mehrfacher Beziehung, auch in seinem persönlichen Interesse, besser, dieses Recht der Oeffentlichkeit zu respektieren, statt unter dem Vorwande einer „Gefährdung der Landesverteidigung" die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens zu einer Farce zu machen!

Die Lage auf dem Balkan, wo nachgerade das Oberste zu unterst gekehrt wird, hat sich immer schwieriger gestaltet. Zwar hat Bulgarien die Friedensbedingungen Rumäniens vollständig angenommen, so daß der Abschluß des Waffenstillstandes bevorstehen dürfte. Durch den türkischen Vormarsch aber ist die Gefahr schwerster Komplikationen heraufbeschworen worden. Es klingt unglaublich und ist dennoch wahr: Adrianopel und Kirkilisse, die Stätten bulgarischer Waffentaten in dem „heiligen Kriege des Christentums gegen den Halbmond", sind wieder in den Händen der Türken, die beide Städte fast kampflos besetzt haben. Man könnte lachen über diese Ironie der Weltgeschichte, wenn die Dinge nicht so furchtbar ernst wären. Muß doch jetzt mit einer Sonderaktion Rußlands gerechnet werden, das mit seiner ganzen [illegible] Balkanpolitik in Widerspruch geraten würde, [illegible] es dem Vordringen der Türken ruhig zusehen. Und die Diplomaten? Sie stehen da und wissen nicht, was beginnen. Man [illegible] fehlt es nicht an Versicherungen, daß die Mächte „einig" seien. Was diese Einigkeit [illegible] wert ist, muß sich ja sehr bald zeigen. [illegible] einig in der Ratlosigkeit, mit der sie den neuen Situationen gegenüberstehen.

Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Bis zum 28. Juli haben folgende Zweigvereine die Abrechnung vom zweiten Quartal noch nicht eingesandt: **Bezirk Königsberg:** Allenstein. — **Bezirk Bromberg:** Guhrau, Lissa, Preuß.-Friedland, Bandsburg. — **Bezirk Stettin:** Demmin, Schlawe, Stargard, Tempelburg, Zinnowitz. — **Bezirk Breslau:** Landeshut, Oels. — **Bezirk Berlin:** Briesen, Frankfurt a. d. O., Freienwalde, Großbesten, Kremmen, Lübbenau, Müncheberg, Niemegk, Prenden, Strasburg. — **Bezirk Erfurt:** Stadtilm. — **Bezirk Frankfurt a. M.:** Darmstadt. — **Bezirk Cöln a. Rhein:** Crefeld, Düren, Gummersbach, Wesel. — **Bezirk Dortmund:** Lippstadt. — **Bezirk Hannover:** Alfeld, Calefeld, Celle, Ebstorf. — **Bezirk Bremen:** Dissen. — **Bezirk Leipzig:** Brandis, Lichtenstein, Oßmünde, Treuen. — **Bezirk München:** Dießen, Dorfen, Füssen, Kelheim, Nördlingen, Schliersee, Tittmoning. — **Bezirk Stuttgart:** Freudenstadt. — **Bezirk Straßburg:** Metz.

Vom 21. bis 28. Juli haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Arnswalde ℳ 358,02, Aibling 213,07, Annaburg 54,93, Abenberg 85,43, Artern 172,68, Allendorf 64,20, Annaberg i. S. 400, Aschaffenburg 358,88, **Bonn** 1264,84, Birkenwerder 90,63, Bevensen 22,08, Belgard 162,67, Biere 105,75, Berlin 22032,25, Brieg 1352,21, Bergedorf 531,44, Bebra 21,65, Boizenburg 5, Bredstedt —,56, Bromberg 13,80, Bernburg 1347,48, Bocholt 98,90, Beelitz 221,41, Bernau 586,40, **Chemnitz** 4255,49, Crossen a. d. Oder 508,62, Cassel 2863,86, **Coburg** 464,88, Czersk 7,30, Calefeld 70, Crefeld 3411,57, **Detmold** 726,16, Drossen 13,35, Deutsch-Rasselwitz 392,36, Diessen, Bayern 200, Dreetz 162,89, Dürrwangen 8,89, Danzig 7560,46, **Einbeck** 403,16, Erkner 45,28, Eberswalde 318,60, Eichhof 158,08, Erlmühle 118,38, Elsterberg 3,75, Eilenburg 400, Eutin 730,24, Frankfurt a. d. Oder (von hingesandter Streikunterstützung zurückgesandt) 1056,25, Frankfurt a. d. Oder 560,24, Fulda 319,04, Freienwalde 292,88, Fürstenfelde 41, Friedeberg i. d. Mark 14,70, **Gollnow** 187,31, Gengenbach 187,77, Groß-Freden 5,20, Grimma 834,40, Großhabersdorf 291,06, Geschwenda 17,40, Groß-Beeren 13,65, Gmünd (Schwäbisch) 7,72, Garmisch 88,34, Gillersheim 107,18, Geithain 78,80, Groß-Wartenberg 57,75, Guben 300, Güstrow 217,23, Groß Rhüden 151,55, **Hannover** 1150,82, Heikendorf 158,39, Hittfeld 12,26, Hamm 117,68, Hermsdorf bei Berlin 95,31, Hohenwestedt 75, Hamburg 2500, Hersfeld 428,96, Jutroschin 92,10, **Kempten** i. Allgäu 106,10, Kemberg 68,61, Krausnick 39,08, Kattowitz 45,93, Kirn 50,10, Kaiserslautern 693,08, Kahla 313,87, Kolbermoor 89,72, Löwenberg 105,07, Lassan 126,93, Limburg 30,88, Laskowitz 182,25, Langensalza 153,74, Lingen 116,55, Lübbene 107,76, Lüneburg 3, Minden 1654,75, Markgrabowa 203,12, Merseburg 906,91, Melle 92, Meuselbach 34, Miloslaw 6,29, Mitterteich 29,05, Marienburg 683,18, Mülhausen i. Els. 2176,33, Neuengamme 254,02, Neiße 193, Neuhardenberg 130,87, Niesky 382,02, Nortorf 129,84, Neubuckow 2, Neugersdorf 861,87, Orb 317,24, Oederan 90,26, Osterode i. Pr. 810,73, Osterode a. H. 621,26, Oschersleben 293,56, Oepfershausen 74,63, Ortrand (von hingesandter Streikunterstützung zurückgesandt) 70,90, Oeynhausen 891,18, **Pegau** 512,13, Pyrmont 482,85, Pasewalk 269,93, Pritzerbe 125,53, Pyritz 68,80, Plattling 31,60, Paaren 23,69, Quakenbrück 186,58, Quickborn 90,86, Rheda 230, Rusach 90,15, Rawitsch 168,16, Rahna 30,25, Rahden 5,20, Ronneburg 300, Ratzeburg 100, Reichenbach i. V. 473,40, Staßfurt 1382,90, Schmölln 438,72, Sonneberg i. Th. 283,34, Scherrebek 72,84, Sommerfeld 996,32, Salzungen 171,64, Schöneck 162,03, Sandau 98,50, Soest 97,37, Schmalkalden 52,86, Strausberg 312,32, Schönebeck 211,18, Stadtoldendorf 125,39, Sonnenburg i. d. Neum. 97,82, Schönfließ 292,32, Schliersee 11,80, Tirschenreuth 63,35, Timmendorf 177,62, Templin 102,58, Tondern 8,53, Teupitz 44, Tönning 40,11, Uslar 209,65, Wiesbaden 4990,35, Winsen a. d. Aller 331,40, Wittmund 218,43, Waldsassen 6,05, Wittenberge 716,41, Wiesenburg 86,82, Wintzingerode 85,61, Weißwasser 240,89, Wismar 188,38, Wilsnack 129,20, Waltershausen 374,43, Winsen a. d. Luhe 196,21, Weißenburg 62,15, Wesel 289,06, Zossen 353,17, Zwinge 86,58.

Protokolle.

Allendorf ℳ 1, Aschaffenburg 6, Bromberg 8, Brieg 4, Crefeld 10, Cassel 40, Crossen 1, **Danzig** 40, Detmold 6, **Einbeck** 2, Eberswalde 4, Eutin 4, Frankfurt a. d. O. 8, Friedeberg i. d. Mark 2, **Gollnow** 2, Grimma 2, Hannover 100, Heilbronn 10,30, Hamm 8, Hersfeld 2, Krausnick 1, Kahla 2, Löwenberg 2, Lingen 1, **Merseburg** 10, Meuselbach 1, Mannheim 50, Marienburg 2, Neiße 1, Neuhardenberg 2, Oederan 1, Osterode i. Ostpr. 4, Oeghershausen 1, Oynhausen 4, **Pegau** 2, Pyrmont 6, Paaren 1, Quickborn 1, Staßfurt 7, Schmölln 2, Sonneberg i. Th. 6, Salzungen 1, Sandau 1, Sonnenburg i. d. Neumark 1, Timmendorf 1, Varel 2, Winsen a. d. Aller 2, Wittenberge 4, Wiesenburg 1, Wismar 2, Wilsnak 2, Waltershausen 2, Winsen a. d. Luhe 2, Zwinge 1, Zossen 2.

Futterale.

Aibling ℳ 4, Aschaffenburg 10, Bromberg 10, Brieg 5, Cassel 10, Crefeld 50, Danzig 20, Frankfurt a. d. Oder 5, Hamm 35, Kahla 3, Kattowitz 19,60, Laskowitz 2, Marienburg 24, Merseburg 10, Neugersdorf 6, Osterode i. Ostpr. 20, Pegau 4, Rahden 3, Sonneberg i. Thür. 7, Winsen (Aller) 1, Wittenberge 5.

Kalender.

Aibling ℳ 10, Bützow 5, Ellrich 12,50, Krakow 2,50, Rellberg [illegible].

Jugendabteilung.

Aachen ℳ 2,50, Aschaffenburg 16, Berlin 29,90, Breslau 17,70, Chemnitz 15,50, Flensburg 15,10, Gladbeck 4,90, Hamm 5,20, Hildesheim 2,50, Harburg [illegible], Hirschberg in Schlesien 5,50, Heilbronn 9,90, Kahla 9,70, Lüdenscheid 3, Merseburg 5, Minden 7, Neumünster 5,90, Neugersdorf 22, Pegau 18,10, Reichenhall 4,50, Stendal 18,70, Schwandorf 11,45, Ulm 5, Wismar 5.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 22 Abs. 2 des Statuts vom Zweigverein Braunlage: Karl Kaufmann (Buch-Nr. 0 347 987), geboren am 25. Mai 1875, eingetreten am 16. Februar 1913, Hermann Kaufmann (0 347 987), geboren am 11. Februar 1895, eingetreten am 16. Februar 1913, Louis Beyer I (0 347 989), geboren am 25. Februar 1864, eingetreten am 25. Februar 1913, Gustav Beyer (0 347 992), geboren am 17. September 1865, eingetreten am 18. Mai 1913; vom Zweigverein Lüdenscheid: Reinhard Teutsch (06 908), geboren am 21. Mai 1886, eingetreten am 16. März 1913, Ernst Teutsch (0 367 600), geboren am 22. Juni 1893, eingetreten am 18. April 1913, Adam Heinbuch (06 910), geboren am 10. April 1885, eingetreten am 17. März 1913; vom Zweigverein Augsburg: Michael Nagel (183 800), geboren am 29. Oktober 1886, Georg Landwehr (105 692), geboren am 2. Januar 1875; vom Zweigverein Breslau: Rudolf Wißgott (0 171 148), geboren am 7. März 1892, eingetreten am 30. März 1912, Franz Zauritz (50 870), geboren am 12. März 1886, eingetreten am 2. August 1908, Karl Triebe (0 171 084), geboren am 16. Juli 1884, eingetreten am 11. März 1912, Robert Sube (0 282 380), geboren am 14. November 1887, eingetreten am 27. September 1912, Friedrich Budnik (51 147), geboren am 29. Dezember 1875, eingetreten am 13. November 1909; vom Zweigverein Senftenberg-Bockwitz: Karl Hauptmann (316 135), geboren am 17. März 1869, eingetreten am 6. März 1911; vom Zweigverein Görlitz: Paul Kasper (109 128), geboren am 23. Juni 1882, eingetreten am 28. Juni 1905, Osk. Fettke (109 177), geboren am 16. August 1882, eingetreten am 15. Mai 1909, Ernst Werner (109 178), geboren am 19. Januar 1879, eingetreten am 29. März 1910, Robert Pfriem (109 179), geboren am 8. August 1881, eingetreten am 21. März 1910, August Heinrich (109 183), geboren am 24. November 1875, eingetreten am 11. April 1910, Ernst Munzig (267 963), geboren am 8. Mai 1856, eingetreten am 1. Juni 1911, Aug. Arlt (267 964), geboren am 15. September 1867, eingetreten am 1. Juni 1911, Aug. Rießner (0 214 203), geboren am 30. September 1864, eingetreten am 1. Juni 1912, Friedr. Grüttner (0 214 204), geboren am 26. Januar 1877, eingetreten am 1. Juni 1912, Rich. Horschke (0 214 385), geboren am 27. Februar 1894, eingetreten am 15. September 1912, Gottlieb Lampke (0 314 832), geboren am 4. Dezember 1857, eingetreten am 22. Oktober 1912, Richard Albrecht (0 314 835), geboren am 12. März 1893, eingetreten am 22. Oktober 1912, Adolf Teschner (0 314 833), geboren am 30. März 1883, eingetreten am 22. Oktober 1912, Karl Lampke (0 212 305), geboren am 13. Februar 1864, eingetreten am 13. März 1912.

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen wird vom Zweigverein Twistringen der am 19. Dezember 1873 zu Schnauderheinichen geborene Maurer Richard Mädler (Verb.-Nr. 0 355 956).

Gestohlen ist das Mitgliedsbuch Nr. 023 523 des Kollegen Ignatz Ossyra, geboren am 31. Januar 1886 zu Neu-Karmunkau, eingetreten am 22. April 1912 zu Hamburg.

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

Aschaffenburg. Abwehrstreik in den Zahlstellen Erbach und Michelstadt.
Aue. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Lein.
Augustfehn i. Oldb. Streik.
Bernsdorf (Oberlausitz). Differenzen.
Blankenburg i. Th. Sperre über den Unternehmer Herwagen.
Bleicherode. Streik.
Breitenbach i. Hessen. Streik.
Braunlage. Streik.
Bublitz i. Pomm. Gesperrt sind die Unternehmer Krüger und Nack.
Buchholz i. Hannover. Streik.
Chemnitz. Sperre über die Tiefbaufirma Hildsberg & Sandner.
Cloppenburg i. Oldb. Differenzen.
Coblenz. Sperre über die Firma Schmidt in Horchheim und Kraus & Genius in Boppard.
Cöln. Sperre über die Arbeiten der Firma Wingerath in Kalk.
Darmstadt. Streik auf dem Bau der Zuckerfabrik in Groß-Gerau.
Datteln (Zweigverein Recklinghausen). Differenzen.
Diepholz. Streik.
Dortmund. Das Baugeschäft Gebrüder Krieter aus Weitmar bei Bochum hat sich als nicht zahlungsfähig erwiesen.
Dresden. Sperre über die Firma Noack, D.-Neustadt, Oppelstraße.
Düsseldorf. Gesperrt sind die Bauarbeiten auf dem Rhenaniawerk in Monheim a. Rh.
Emden. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers W. Meiners in Borssum und Hilmersum.
Erlangen (Büchenbach). Streik.
Essen. Sperre über den Unternehmer Bullmann in Katernberg.
Fordon (Zweigverein Bromberg). Streik.
Fürstenberg a. d. O. Sperre über die Bauten des Unternehmers Issmer-Neuzelle.
Göppingen. Sperre über die Unternehmer J. und P. Grupp und K. Blank in Großeislingen.
Göttingen. Sperre über das Baugeschäft Breithaupt in Weende b. Göttingen.
Gollnow. Sperre über die Geschäfte von Wilh. Küster, Hermann Küster und Herzog.
Grossenhain. Sperre über den Unternehmer [illegible] in [illegible].
Güsten. Sperre über die Unternehmer Baran und Thiele.
Hagen. Sperre über die Unternehmer [illegible] und [illegible]. Zahlstelle Hemer: Streik.
Halle a. d. S. Sperre über die Bauarbeiten an der [illegible] Kupferhütte in [illegible].
Hannover. Gesperrt für Maurer sind die [illegible] auf der Gasanstalt.

mikrofilm service münster g. gutt KG essen köln gerd gutt kg otto hahn straße 21 postfach 4102 49 4400 münster-roxel

Harzburg. Aussperrung.
Havelberg. Sperre über die Bauten der Firma Karl Knispel.
Heiligenstadt. Sperre über die Firmen Herwig und Jung.
Hersfeld. Sperrre über die Firmen Bolender und Noll wegen Nichteinhaltung des Tarifs.
Hohenwestedt. Streik.
Hoya. Sperren über die Firmen Ernst Zech, Joh. Zech, Heinr. Reimers und Schröder & Lüßmann.
Hoyerswerda. Gesperrt sind die Bauten des Unternehmers Hermann Müller.
Itzehoe. Sperre über Alsensche Portland-Zementfabrik sowie über die Arbeiten des Unternehmers Kröger aus Wrist in Barmbek und im Lokstedter-Lager.
Königsberg i. Pr. Sperre über die Arbeiten der Firma Fey aus Danzig an den Forts in Prappeln, Kaschau und Auweiden.
Leipzig. Sperren über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweinaundorfer Straße, Hietschold & Rudert in Engelsdorf, Otto Schröter in Leipzig-Dölitz, Lößniger Straße, Kirschner & Löser in Neu-Wiedritzsch und Emil Schellenberg in Leipzig-Dösen, wo kein Lohn gezahlt wurde. Für Rabitzputzer die Firma Friedrich Meinig in Leipzig-Volkmarsdorf.
Lippspringe. Streik.
Marburg. Streik.
Merseburg. Sperre über den Unternehmer Martin.
Metz. Streik.
Mittenwalde. Sperre über die Firma Sprewitz in Ragow bei Mittenwalde.
Moosburg. Streik.
Mülheim-Oberhausen. Sperre über die Firma Kurth & Hoffmann.
München. Ausgesperrt sind die Kollegen bei der Lougino-Baugesellschaft.
Nürnberg-Gunzenhausen. Sperre über die Firma Elterlein.
Ortrand. Zuzug fernhalten.
Pitschen-Landsberg i. O.-Schl. Sperre über die Firmen Locke, Römer und Michallek.
Plauen i. V. Sperre über den Tiefbauunternehmer Dressel.
Podejuch. Sperre über den Unternehmer Bütow in Finkenwalde.
Pölitz. Sperre über den Unternehmer Paape.
Preetz. Sperre über den Unternehmer Maßmann.
Rahden i. W. Streik.
Reinbek. Sperre über den Neubau auf dem Glückstadtschen Grundstück in Wentorf wegen rückständigen Lohnes.
Rheydt. Streik.
Rothenburg b. Görlitz. Sperre über die Firma Pötschke.
Rotenburg i. Hann. Streik.
Rügenwalde. Sperre über die Firma Papenfuß.
Saarburg i. Lothr. Sperre über den Unternehmer Jung.
Schierstein a. Rh. Sperre über die Unternehmer Heinrich und Friedrich Birk sowie Ed. Wehnert wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages.
Schliersee. Sperre über alle Arbeiten des Unternehmers Gasteiger in Fischbachau.
Schönlinde. Sperre über den Unternehmer Puhlmann.
Schwerte (Zweigverein Hagen). Sperre über die Unternehmer Dietrich und Luck.
Seutenberg-Bockwitz. Streik.
Stade. Sperre über die Firma Bröcker aus Horneburg.
Stollberg i. Erzgeb. (Zweigverein Chemnitz). Differenzen.
Stolp i. Pommern. Streik.
Straubing. Sperre über die Firma Bachl.
Strelitz. Sperre über die Arbeiten der Firma Weiland.
Tribsees. Sperre über den Unternehmer Maaß in Grammendorf.
Urdenbach (Zweigverein Düsseldorf). Streik wegen Lohnreduzierung.
Wermelskirchen. Sperre über den Unternehmer Seinsche.
Westerstede. Streik.
Winsmar. Gesperrt ist die Firma A. Eggert.
Wolgast. Streik.
Wurzen. Sperre über den Bau des Unternehmers Herde.
Zerbst. Sperre über die Firma Gardtke.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Darmstadt. Differenzen.
Gelsenkirchen. Sperre über die Firma Hünebeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.
Hagen. Sperre über die Firma Wimmler & Gärtner.
Hamburg. Sperre über die Firma Aug. Hoehne Söhne.
Hannover. Wegen bevorstehender Differenzen ist der Zuzug fernzuhalten.
Pirmasens. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Austgen aus Kaiserslautern am Krankenhausneubau.
Amsterdam. Sperre über die Firma De Buy Wenninger. Differenzen bei andern Firmen.

Gipser und Stukkateure:

Asch in Böhmen. Sperre über Moekel.
Aussig. Sperre über die Firma Benda.
Cöln. Sperre über die Firma Embs & Co.
Cuxhaven. Sperre über das Geschäft von Brüggemann
Darmstadt. Sperre über die Firma Heiner & Stier.
Eger. Sperre über Rief.
Hamm i. W. Sperre über W. Müsoler wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
Kattowitz. Gesperrt wegen Lohndifferenzen ist die Firma Baron-Königshütte.
Leipzig. Gesperrt ist die Firma Wehle, Dorotheenstr. 6.
Pforzheim. Sperre über die Firma Wilh. Bott jun. & Jul. Schmidt in Wildbad.
Schlettstadt. Sperre über die Firma Berttele.

Isolierer und Steinholzleger:

Cöln. (Isolierer.) Sperre über die Firma Jul. Katho wegen verweigerter Anerkennung des Tarifvertrages. — (Steinholzleger.) Sperre über die Enbelit-Werke (Zweigstelle Cöln).
Dresden. Sperre über J. E. Schmidke, Löscherstr. 24, wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
Magdeburg. Sperre über W. A. O. Brickmann.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in **Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Großh., Schleswig, Stade, Vegesack** und **Wilhelmshaven** haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Bezirk Bromberg.

Aus **Posen** schreibt uns die Zweigvereinsleitung: Seit Jahren bemühten wir uns, auch für die Erd- und Kanalisationsarbeiter geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Alle unsere Bestrebungen scheiterten aber an dem Indifferentismus dieser Kollegen, trotzdem ihre Löhne viel niedriger als die Bauhilfsarbeiterlöhne waren. Jetzt haben sie endlich eingesehen, daß sie ohne Organisation nichts von den Unternehmern zugestanden bekommen, da fanden sie dann den Weg zu uns. Zuerst beschlossen nun die bei dem Unternehmer Th. Neukrantz an der Schrodkabrücke beschäftigten Kollegen, Forderungen zu stellen. Als die Firma nicht bewilligte, wurde gestreikt. Darauf fand dann eine allgemeine Erd- und Kanalisationsarbeiterversammlung statt, in der beschlossen wurde, sämtlichen Tiefbauunternehmern ebenfalls die gleichen Forderungen zuzustellen. Die Folge war, daß die Tiefbauunternehmer sich schnell zusammenfanden. Durch den Unternehmer Hoffmann wurde uns mitgeteilt, daß die Unternehmer bereit seien, mit uns zu verhandeln, wenn wir den Streik bei Neukrantz aufheben würden. Wir stimmten unter der Bedingung zu, daß der Streik sofort wieder aufgenommen würde, wenn bei der Verhandlung keine Einigung erzielt werde. Die Unternehmer haben es zu einem weiteren Kampfe nicht kommen lassen, sondern mit uns einen Vertrag abgeschlossen. Danach erhalten die Kollegen bis zum 31. März 1914 35 ₰, vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 37 ₰ und vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 40 ₰ Stundenlohn. Bisher wurden Stundenlöhne von 28 bis 33 ₰ bezahlt. Für Ueberstunden und Nachtarbeit werden zukünftig 10 ₰ und für Wasserarbeit 5 ₰ Zuschlag bezahlt. Innerhalb der Vertragsdauer wird die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde gekürzt. Damit ist auch für diese Kollegen eine Grundlage für die fernere Agitation und Organisation geschaffen. Jetzt müssen sie versuchen, die uns noch fernstehenden Arbeitskollegen für den Verband zu gewinnen, damit sie bis zum Vertragsablauf stark genug sind, um weiterbauen zu können.

Bezirk Dortmund.

Aus **Hagen i. W.** wird uns geschrieben: Der Streik in Hemer hat sich bisher recht wenig verändert. Die Unternehmer, im Bunde mit Fabrikanten und Kriegerverein, tun das möglichste, um durch Arbeitswillige den Streik ergebnislos zu machen. Die „Hemersche Zeitung" nahm die Backen gewaltig voll als der Streik noch gar nicht begonnen hatte. Sie prophezeite, der Streik würde nur von ganz kurzer Dauer sein; denn die Arbeitgeber hätten sich gut eingedeckt, ja, es wären mehr Arbeitswillige vorhanden, als untergebracht werden könnten. Aber wo sind nun die Rausreißer? Aber, geht es nicht auf diesem Wege, dann auf einem andern. Wie oft ist es schon gelungen, die Arbeiterschaft zu übertölpeln. So setzte sich Herr Gregor Steinwachs, seines Zeichens Bauführer beim Unternehmer Tünnerhoff, hin und sandte nachstehenden Brief nach Oberufffhausen, einem Orte in der Fuldaer Gegend:

Lieber Freund!

Teile Dir mit, daß Franz, Dein Bruder, Hahn und Hohmann hier angekommen sind und bei uns arbeiten. Was die Streikgeschichte betrifft, so hat das nichts auf sich; die Mehrzahl ist am arbeiten, höchstens 12 bis 15 springen noch in Hemer rum, können aber nichts ausrichten. Du kannst ruhig kommen und Dein Sohn auch so wie Wieber, die Wiegande, d. Karl Biel können auch kommen, hier ist noch keinem was geschehen und geschieht auch nichts. Der kleine Bräuning hat sich auch mit angeschlossen, im ganzen sind bei uns 70 Mann beschäftigt, ohne die Leute in Erkrath. Wenn Du kommst, so sollst Du mit nach de Fries. Da haben wir einen zweistöckigen Bau zu verputzen. Ihr kommt dann unter Dach. Schreibe mir sofort einen Brief, wann Du kommst, damit ich Dich abholen kann, und um welche Zeit Du abfährst und wieviel Leute mitkommen. Eduard Bohn sein Sohn, der Zimmermann, soll auch mit kommen. Nochmals einen Brief schreiben, wann Ihr kommt, mit welchem Zuge und an welchem Tage.

Es grüßt dich und die Deinigen
Dein Gregor Steinwachs,
Hemer i. Westf.

Besonderen Gruß an Franz Jost. Gruß an Schwager Schiffbauer. (Anm.: der Lehrer in Oberufffhausen.)

Dieser Brief wurde nebst einer Liste, die 67 Namen enthält, an den Schullehrer gesandt. Dieser Brief und Liste sollten zirkulieren, um Dumme zu fangen. Die mitgesandte Liste sollte beweisen, wieviel Maurer und Bauhilfsarbeiter schon wieder bei Künnerhoff arbeiten. Bei der näheren Prüfung ergab sich, daß auf dieser Liste Schreiner, Anstreicher, Fuhrleute, Zimmerer und Stukkateure verzeichnet sind, aber kein einziger Maurer oder Hilfsarbeiter. Dieser Trick hat nicht gezogen. Aus der Fuldaer Gegend sind die so heiß erwarteten Arbeitswilligen nicht gekommen und kommen auch keine. Doch um der Sensation halber geht der Kriegerverein von Hemer her und übt Terrorismus aus auf den Wirt, bei dem die christliche Organisation ihr Streiklokal hat. Dadurch wird diese obdachlos gemacht. Die Mitglieder des Kriegervereins sind vor der schrecklichen Gefahr bewahrt worden, mit streikenden Arbeitern oder gar mit Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes in einem Lokal zu verkehren. Seit einiger Zeit sucht der Unternehmer Bodenstein sorgesetzt im „Dortmunder General-Anzeiger" und im „Duisburger General-Anzeiger" Putzer nach Hemer. Wir müssen die dringende Bitte aussprechen, unter allen Umständen den Zuzug fernzuhalten, nicht nur für Maurer und Hilfsarbeiter, sondern auch für Stukkateure und Putzer gilt dieses.

Bezirk Erfurt.

Wie uns aus Bleicherode mitgeteilt wird, hat sich die Situation in den letzten Tagen zugespitzt. In dem letzten Bericht sagten wir, wenn die andern Meister am 10. Juli nicht den höheren Lohn bezahlten, würde auch bei ihnen die Arbeit eingestellt. Das ist inzwischen geschehen, so daß zurzeit alle Bleicheroder Bauunternehmer gesperrt sind. An dem Streik sind noch 45 Kollegen von uns und 12 vom christlichen Verband beteiligt. Die andern Kollegen sind abgereist. Der Unternehmer-Werkmeister sucht nun in bürgerlichen Zeitungen Maurer für einen Stundenlohn von 55 ₰. Alle Kollegen werden gebeten, den Zuzug nach hier fernzuhalten.

Bezirk Frankfurt a. M.

Die für den Frankfurter Bezirk auf Grund der am 1. Mai gefällten Schiedssprüche abzuschließenden Tarifverträge sind bis heute noch nicht untergezeichnet. Der Abschluß des Bezirksvertrages mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband bringt in der Regel noch einen Rattenkönig von Schwierigkeiten, die nicht leicht zu überwinden sind. Im Jahre 1910 waren wir glücklich anderthalb Jahre später im Besitz der Verträge, die damals nach den Schiedssprüchen vier Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit abgeschlossen werden sollten. Auch heute ist die durch Schiedsspruch festgesetzte Zeit zum Vertragsabschluß bereits überschritten. Ob wir in den nächsten Monaten den Bezirksvertrag unter Dach und Fach bringen, kann heute kein Mensch sagen. Vielleicht sind wir in einigen Wochen soweit, vielleicht dauert es noch Monate, es kann aber auch sehr wohl sein, daß wir im nächsten Jahre um diese Zeit noch nicht fertig sind. Und wenn gar Personen oder maßgebende mitwirkende Organisationsinstanzen den Abschluß komplizieren wollen, werden wir bis 1916 überhaupt nicht fertig. Das haben wir 1910 in Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen erfahren müssen. In Mitteldeutschland umfaßt der Bezirksvertrag etwa 33 Lohngebiete. Um ihn fertig zu bekommen, dürften die Unternehmer in 33 Orten und die Arbeiter dreimal in 33 Orten keine Schwierigkeiten bereiten. Da ist es gewiß kein Kunststück, den Abschluß des Bezirksvertrages unmöglich zu machen. Bald tralen in diesem, bald in jenem Ort von den Hindernisse auf, die den Gang der Dinge ins Stocken brachten. Außerdem fehlt dem Arbeitgeberbund noch unsern Erfahrungen jene Initiative, um nur die Bestimmungen über Lohn und Arbeitszeit in vielen Orten zur Durchführung zu bringen. Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband macht seinen Unterverbänden schriftliche Mitteilung, wenn irgendwelche Beschwerden aus diesem oder jenem Ort von den Arbeiterorganisationen eingehen. Damit ist für ihn die Sache einstweilen erledigt, bis eine neue Beschwerde eingeht, und er schreibt schließlich zum dritten und vierten Mal, wenn die Mißstände weitergehen. Seine Unterverbände, die bisher als Vertragsträger nicht in Betracht kommen, fühlen sich in seltenen Fällen verpflichtet, Mißstände zu beseitigen. In der Regel muß ein bitterer Kampf geführt werden, um die Schlichtungsinstanzen zusammen zu bringen. Alle unsere Bemühungen, hier eine Besserung und damit eine korrektere Erfüllung der Verträge zu erreichen, sind ergebnislos geblieben. Dieses Mal ist es uns zwar gelungen, vor der zweiten Instanz nicht nur den „Mitteldeutschen", sondern auch seine Unterverbände als verantwortliche und haftbare Vertragskontrahenten zu bekommen. Aber schon in der Schiedsgerichtssitzung, die diese Neuerung herbeiführte, kündigten die Vertreter des Arbeitgeberbundes Einspruch beim Zentralschiedsgericht an. Das ist gleichzeitig die Ankündigung, die endgültige Vertragsschließung von dieser Entscheidung abhängig zu machen. Bis dahin findet sich dann vielleicht wieder eine Anzahl neue Gründe, um den Abschluß hinauszuziehen. Es ist keine Uebertreibung, wenn wir sagen: an dieser Arbeit verliert schließlich jeder die Lust mitzuwirken. Hier ist ein sehr wunder Punkt, an dem in Zukunft die besserndе Hand anzulegen ist. Ebenso bedenklich sieht die Vertragspolitik des Arbeitgeberbundes in einem andern Punkte aus. Bisher bestanden in unserm Bezirk Verträge in Marburg und Griesheim a. M. In beiden Orten lehnte der Arbeitgeberbund einfach den Vertragsschluß ab, weil seine Unterverbände nicht mehr vertragsfähig waren. Erbach-Michelstadt (Odenwald) dagegen sollten mit in das Vertragsgebiet eingezogen werden. Die Arbeiterorganisationen erklärten sich damit einverstanden. Dieselbe Freiheit gewährt der Arbeitgeberbund aber den Arbeiterorganisationen nicht. Wenn die Arbeiterorganisationen in irgendeinem Lohngebiet es ablehnen, einen Vertrag zu schließen, wo der Arbeitgeberbund einen solchen wünscht, dann bringt er in der Regel, soweit er dazu die Mittel hat, den äußersten Zwang zur Anwendung. Nach unserer Erfahrung ist dringend eine größere Freiheit der Vertragsparteien notwendig. Ohne näher auf die Gründe einzugehen, erscheint uns der bisherige Zwang als eine große Gefahr. — In den oben erwähnten Lohngebieten, Griesheim und Erbach-Michelstadt wurden die Unternehmer durch längeren Kampf gezwungen, einen Vertrag zu schließen; in Marburg dauert der Kampf jetzt neun Wochen, ohne bisher den erwünschten Erfolg zu bringen. In Erbach erzielten wir 4 ₰ Lohnerhöhung, in Griesheim 10 ₰ und eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung vom 1. April 1914 an. Auch in Marburg werden unsere Kollegen nicht früher nachlassen, als bis die Unternehmer zur Vernunft gebracht sind.

Bezirk Hamburg.

Ueber die Arbeiten des Unternehmers Krüger aus Wrist, der im Lokstedter Lager und in Barbek je einen Neubau auszuführen hat, ist die Sperre verhängt, weil er sich weigert, den festgesetzten Lohn zu zahlen. Zuzug nach dem Lokstedter Lager, nach Barbek und Kellinghusen ist streng fernzuhalten. In dem zuletzt genannten Städtchen weigern die Unternehmer sich auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes, den durch Schiedsspruch festgesetzten Stundenlohn einzuführen.

Bezirk Hannover.

Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen in **Hessisch-Oldendorf** erreicht. Als sich in diesem Frühjahre der Zweigvereinsvorstand an die dortigen Unternehmer zwecks Abschluß eines Tarifvertrages wandte, wurde der Antrag schnöde abgewiesen. Die Unternehmer pochten darauf, daß es der größere Teil der Maurer nicht für nötig befunden hätte, sich der Organisation anzuschließen oder ihre Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten. Als nun die große Bewegung zu Ende war, ist dort eine intensive Agitation betrieben worden. Der Erfolg war überraschend: sämtliche Maurer wurden dem Verband zugeführt. Jetzt wurde von neuem die Forderung eingereicht. Die Unternehmer hielten es jedoch nicht für nötig, eine Antwort zu geben, sondern glaubten, daß es nicht möglich sei, sie zur Zahlung höherer Löhne zu zwingen. Nun stand der Lohn mit 37 ₰ auf einer derartig niederen Stufe, daß es ein Rätsel ist, wie es die Kollegen fertiggebracht haben, damit zu wirtschaften. Die Forderung lautete: für 1913 41 ₰, vom 1. April 1914 an 43 ₰ und vom 1. April 1915 an 45 ₰. Als der Kollege Klöpping bei dem Maurermeister Eberhard persönlich verhandeln wollte, wurde ihm gesagt, er möge die Tür von draußen zumachen. Es blieb deshalb nichts weiter übrig, als zu streiken. Nun trat ein, was die Unternehmer nicht für möglich gehalten hatten: sämtliche Maurer bis auf den Stiefbruder des Unternehmers Eberhard legten die Arbeit nieder. Die Maurermeister sollen sehr lange Gesichter gemacht haben, und da Ersatz bei solch horrenden Löhnen nicht zu bekommen war, sahen sie sich veranlaßt, nach einem Kampf von kaum zwei Wochen die Forderung der Gesellen zu bewilligen. Während dieses Streiks konnte man auch wieder über die Unerfahrenheit des dort stationierten Gendarmen Studien anstellen. Zu einem unserer dortigen Kollegen sagte der betreffende Herr, daß das Streikpostenstehen in Deutschland verboten sei und wenn er ihn noch einmal erwische, so würde er ihn verhaften. Erst nachdem der Kollege den Gesetzeshüter auf die §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung aufmerksam gemacht hatte, wurden unsere Streikposten nicht weiter belästigt. Trotzdem ist das Deutsche Reich noch nicht ins Wanken geraten. — Die Hessisch-Oldendorfer Kollegen werden hoffentlich aus diesen Vorgängen die richtige Lehre ziehen und einsehen, daß nur durch eine gute Organisation etwas zu erreichen ist und nun auch in Zukunft der Organisation treu bleiben.

Bezirk Leipzig.

Aus **Plauen i. V.** wird uns mitgeteilt: Seit dem 11. Juli stehen unsere Kollegen bei der Firma Dressel in einem Abwehrstreik. Diese Firma, die meistenteils Straßen- und Schleusenbauten, aber auch Bauarbeiten zu Hochbauten ausführt, zahlte bisher den tariflich festgelegten Lohn von 47 ₰. Da nun jetzt der Firma die Arbeiten an der Elsterregulierung von der Stadtgemeinde übertragen worden sind und im Tiefbaugewerbe noch kein Tarif besteht, ließ sie am 10. Juli durch ihre Schachtmeister bekannt machen, daß sie nur noch 42 ₰ Stundenlohn bezahlen könne. Unsere Kollegen lehnten das Anerbieten des Unternehmers ab und legten die Arbeit nieder. Alle Versuche der Firma, Arbeitswillige heranzuziehen, scheiterten bis jetzt an dem einmütigen Zusammenstehen unserer ausständigen Kollegen. Da nun der Unternehmer alles daran setzen wird, andere Kräfte heranzulosen, ersuchen wir die Kollegen allerorts, Solidarität zu üben und Zuzug nach hier fernzuhalten, damit wir siegreich aus diesem Kampf hervorgehen.

Bezirk Magdeburg.

In **Braunlage** sind die Kollegen durch den Unternehmer Buchholz zum Streik gedrängt worden. Die Organisation ist dort noch sehr jung. Immer wenn die Kollegen einen Anlauf nahmen, sich zu organisieren, versprach ihnen Buchholz alles mögliche. Da er aber niemals Wort hielt und die Sachsaer Maurer von ihm viel bessere Löhne erhielten, kamen die Kollegen endlich zu der Einsicht, daß ihren Interessen am besten durch den Verband gedient werde. Nun setzte aber Buchholz Himmel und Hölle in Bewegung, um die Kollegen wieder aus dem Verband zu kriegen. Erst wurden die Zweigvereinsleiter entlassen; da diese aber andere Arbeit erhielten und nun erst recht für die weitere Entwicklung der Organisation arbeiteten, wurden erneut drei Kollegen entlassen. Das war aber den übrigen Kollegen zu bunt, und sie beschlossen, mit Ausnahme der Polière, zu kündigen. Buchholz setzte denn auch am Kündigungstermin die Kollegen auf das Pflaster. Jede Verhandlung lehnte er ab. In seinem hochmütigen Verhalten wird er natürlich bestärkt durch die Sachsaer Maurer, die seit Jahren bei ihm arbeiten und keinen Funken Solidaritätsgefühl im Leibe haben. Vielleicht beschäftigt sich der Zweigverein Sachsa einmal mit der Frage, ob es ihm nicht möglich ist, die Streikbrecher über das Verwerfliche ihrer Handlungsweise aufzuklären.

Bezirk Stettin.

Seit dem 2. Mai stehen unsere Kollegen im Lohngebiet **Wolgast**, das außer Wolgast 35 Ortschaften umfaßt, im Streik. Am 18. April boten die Unternehmer 1, 1, 1 gleich 3 ₰ Zulage bei dreijähriger Vertragsdauer. Als hierüber keine Einigung erzielt werden konnte, wurden sich beide Teile dahin einig, daß die Lohnsätze durch den Schiedsspruch der Unparteiischen festgesetzt werden sollte. Am 2. Mai lag dieser Schiedsspruch vor. Die Arbeiter forderten die Annahme des Schiedsspruches, der 2, 1, 1 gleich 4 ₰ Lohnerhöhung während der drei Vertragsjahre festsetzte. Die Unternehmer, besonders Herr Jakob Peters, verleugneten ihre Mitgliedschaft beim Arbeitgeberverband und lehnten die Erfüllung des Schiedsspruches ab. Entgegen den zentralen Abmachungen sperrten die Unternehmer in der Zeit vom 18. April bis 2. Mai nach und nach die Mehrzahl der Maurer aus, außerdem liefen sie den Bauherren die Türen ein und veranlaßten diese, die vorgesehenen Arbeiten aufzuschieben. Am 2. Mai traten die Maurer in den Streik. Während des Streiks fand sich kein Arbeitswilliger. Am 14. Juli erhielt der Zweigverein Wolgast das folgende Schreiben:

Magistrat zu Wolgast.

J.-Nr. Wolgast, den 14. Juli 1913.

Die hiesigen Geschäftsleute haben bei uns Klagen darüber geführt, daß die von denselben schon seit langer Zeit in Auftrag gegebenen Maurerarbeiten aus Anlaß des anhaltenden Streiks nicht zur Ausführung gelangen. Da der Streik nun schon seit dem 2. Mai d. J. währt und von diesem Zeitpunkt ab die Arbeiten in diesem Betriebe gänzlich ruhen, sind die geführten Klagen durchaus begründet. Wir ersuchen Sie, sich wegen Herbeiführung einer Einigung mit den Arbeitgebern am Donnerstag, den 17. Juli 1913, 11½ Uhr vormittags, im Amtszimmer des Unterzeichneten einfinden zu wollen.

gez. Dr. Reimers.

An den Ortsverband der Maurer
und Bauarbeiter,
zu Händen des Herrn Otto Heß, hier.

Die Verhandlung auf dem Rathause in Wolgast war sehr interessant. Die Unternehmer erschienen nicht. Irgendwo saßen sie und Herr Dr. Reimers machte zwischen den getrennten Lagern den Vermittler. Herr Bürgermeister Dr. Reimers fand es für gut, wohl in rechter Würdigung der eigenartigen Situation, in Wort und Gebärde den Reserveleutnant zu mimen. „Habe Sie eingeladen. Nicht nur Geschäftsleute, auch Magistrat hat dringende Arbeiten. Arbeitgeber wollen Schiedsspruch geben: 2, 1, 1 gleich 4 ₰. Nehmen Sie dieses an. Wenn nicht, läßt Magistrat unorganisierte Maurer schicken und Arbeit fertigstellen. Parteiisch ist Magistrat nicht." Das war sehr deutlich gesprochen. Kapitalstarke Unternehmer werden durch eine Kompanie Soldaten „geschützt", kapitalschwache Unternehmer sollen auf Kosten der Allgemeinheit durch Vermittlung des Bauherrenverbandes und des Magistrats „Arbeitswillige" gestellt erhalten. Die Vertreter des Bauarbeiterverbandes erklärten sich bereit, dem Magistrat für die beabsichtigten Regiearbeiten genügend Arbeitskräfte zu angemessenen Löhnen zu stellen. Sie verlangten, daß unter der Leitung eines Unparteiischen ordnungsmäßig zwischen Unternehmern und Arbeitern verhandelt werden möge. Als Grundlage für diese Verhandlungen forderten die Arbeiter eine Zulage von 3, 3, 2 gleich 8 ₰ für Maurer und 4, 2, 2 gleich 8 ₰ für Hilfsarbeiter. Herr Dr. Reimers wollte nun die Verhandlungen anders aufziehen; er bezweifelte aber, ob er noch am selben Tage die Unternehmer zusammenbekommen würde. Eine Stunde später jedoch waren die Arbeiter im Besitze folgenden Schreibens:

Magistrat zu Wolgast.

J.-Nr. Wolgast, den 17. Juli 1913.

Sofort!

Die hiesigen Arbeitgeber lehnen eine Verhandlung auf der heute angebotenen Grundlage (3, 3, 2 und 4, 2, 2) ab, sind aber bereit, die Sätze des Provinzial-Schiedsspruchs (2, 1, 1) zu zahlen. Dr. Reimers.

An den Ortsverband der Maurer
und Bauarbeiter,
zu Händen des Maurers Herrn Otto Heß, hier.

So sehen Verhandlungen in kleinen Orten aus. Es bleibt nun abzuwarten, ob städtische Mittel zur Beschaffung „Arbeitswilliger" ausgegeben werden. Die Unternehmer können sich keine besorgen. Herr A. Schmidt ließ die Leute wochenlang auf den verdienten Lohn warten. C. Schmidt war in der Beziehung zwar pünktlich, ist aber sonst nicht geneigt, für seine Kollegen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Jakob Peters mußte erst durch die Behörden veranlaßt werden, die Invalidenmarken zu kleben. Die Krankenkassenbücher haben die Arbeiter heute noch nicht, oder sie sind nicht abgestempelt, so daß man nicht genau weiß, ob die in Abzug gebrachten Beiträge ordnungsmäßig bezahlt worden sind. Herr J. Peters nahm bei einem Herrn W. B. und dessen Schwager in Trassenheide Baulichkeiten zwecks Aufnahme in die Pommersche Feuerversicherung in Augenschein. Er ließ sich hierfür ℳ 14 bezahlen. Als nach einigen Wochen keine Police kam und keine Beiträge eingefordert wurden, wandte sich W. B. an den Landrat, der ihm den Rat gab, sich nochmals an Peters zu wenden. W. B. hat heute noch keine Police. Wo mögen die ℳ 14 geblieben sein? Herr Hans Peters aus Jagdkrug markiert den „nationalen Staatsretter". Im Interesse seines Geldbeutels macht er den Bauherren glauben, daß er nur unorganisierte Leute in Arbeit hat.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

*

Augsburg. Die Kanalmaurer von Augsburg hatten bisher einen Stundenlohn von 53 bis 55 ₰. Dieser Lohn war den Unternehmern zu hoch. Sie hatten bei den Vertragsverhandlungen die Münchener Lohnsätze von 58 ₰. Das Angebot der Unternehmer wurde von unseren Kollegen abgelehnt. Sie erklärten sich bereit, den bisherigen Lohn als Vertragslohn anzuerkennen. Die Unternehmer blieben aber auf ihrem Angebot stehen und sagten, daß die bisherigen Löhne Akkordlöhne seien und da sei das sogenannte Akkordfünferl dabei. Zum Teil trifft das zu. Nun faßten die Tiefbauunternehmer die Sache ganz schlau an und ließen sich Kanalmaurer von München kommen. Diese mußten einen Vertrag unterschreiben, daß der Stundenlohn 52 ₰ beträgt und 10 ₰ werden Zuschlag bezahlt als Auslösung. Die Münchener, statt sich im Bureau zu erkundigen, was es denn eigentlich mit dem Unterschreiben für eine Bewandtnis habe, unterschrieben schnell. Die Folge war, daß unsere Kollegen, um nicht ganz ausgeschaltet zu werden, das Angebot der Unternehmer annehmen mußten. Durch den Leichtsinn der Münchener Kanalmaurer wurde erzielt, daß jetzt in Augsburg der Lohn nicht höher ist als in München, obwohl er schon um 6 ₰ höher war. Das kommt aber nur daher, weil ein Kanalmaurer aus München sich den Teufel um die Organisation in Augsburg schert, diese besteht für ihn nicht. — Kürzlich kamen von München einige Maurer, die wollten im Vorort Pfersen Pubarbeiten in Akkord übernehmen zu Preisen einschließlich Bedienung, wie es in Augsburg ohne Bedienung üblich ist. Der Pakt scheiterte nur daran, daß die Leute gleich ℳ 100 Vorschuß verlangten. Das machte den Unternehmer stutzig. Leider war es nicht möglich, die Namen dieser Kollegen festzustellen. Wir glauben ja nicht, daß es Organisierte waren, sonst sind sie keinen Schuß Pulver wert; denn organisierte Arbeiter tun so etwas nicht. Beide Fälle zeigen, daß bei einem Teil unserer Münchener Kollegen ein Geist herrscht, wie er in einer Zentralorganisation nicht sein soll. Wir ersuchen sie, wenn sie in Augsburg Arbeit annehmen wollen, sich erst, wie es sich gezieмt, im Verbandsbureau zu erkundigen.

Duisburg. (Erster Halbjahresbericht 1913.) Das erste Halbjahr war für uns ein sehr arbeitsreiches. Galt es doch, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich neu zu regeln und die wirtschaftliche Besserstellung für unsere Kollegen zu erreichen. Die Tarifbewegung für das Hoch- und Betonbaugewerbe sind nun nach langen Verhandlungen für unsern Zweigverein erledigt. Wenn auch gesagt werden muß, daß einige Lohngebiete nicht das erreichten, was nach Ansicht der Kollegen unbedingt hätte erreicht werden müssen, so kann doch im allgemeinen zugestanden werden, daß wir auch für die Mitglieder unseres Zweigvereins ohne Kampf bedeutende wirtschaftliche Vorteile durch den neuen Abschluß erzielt haben. Die näheren Einzelheiten des Erfolges brauchen an dieser Stelle nicht mehr erwähnt zu werden, da diese zur Genüge den Kollegen und auch der Oeffentlichkeit bekannt sind. Die Tarifbewegung im Stuck- und Putzgewerbe ist noch nicht abgeschlossen, jedoch ist anzunehmen, daß es auch hier bald zu einer Verständigung und zum Abschluß eines neuen Vertrages kommen wird. Wie fast überall, ist auch in unserm Zweigvereinsgebiet eine Besserung der Baukonjunktur nicht eingetreten. Wenn auch anzunehmen ist, daß die im Frühjahr bestehenden Tarifdifferenzen mit dazu beigetragen haben, daß eine Belebung und Verbesserung der Arbeitsgelegenheit in unserm Gewerbe sich nicht durchsetzen konnte, so war doch anzunehmen, daß nach Erledigung der Tarifstreitigkeiten eine bessere Bautätigkeit einsetzen würde. Dies ist leider nicht eingetroffen. Momentan zeigt die Baulust eine mehr sinkende als aufsteigende Richtung. Hauptsächlich ist dies wohl auf die Schwierigkeiten des Geldmarktes zurückzuführen. Wie erheblich bei uns die Bautätigkeit innerhalb der Monate Januar bis einschließlich Mai gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahre 1912 nachgelassen hat, beweisen nachstehende Zahlen. (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1912.) Im genannten Zeitraum wurden Bauerlaubnisse erteilt: Oeffentliche Gebäude 1 (6), Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude 122 (262), gewerbliche Anlagen 103 (141), An- und Umbauten 189 (294). Das ergibt insgesamt 415 Bauerlaubnisse gegen 703 in denselben Monaten des Vorjahres. Also in diesem Jahre insgesamt 288 Bauerlaubnisse weniger. Aus diesen Zahlen ergibt sich, wie sehr die Bautätigkeit gegenüber dem Vorjahre nachgelassen hat. Die gleiche sinkende Tendenz weist auch die Bautätigkeit in der Großstadt Hamborn sowie in den Städten Moers und Homberg auf. Eine günstige Bautätigkeit war bisher nur in Rintfort (Kreis Moers) zu verzeichnen; jedoch macht sich in den letzten Wochen auch in diesem Gebiet ein Nachlassen der Konjunktur bemerkbar. Besondere Anzeichen auf Besserung sind zurzeit leider nicht vorhanden. Daß bei einer derartig flauen Arbeitsgelegenheit eine erhebliche Vorwärtsentwicklung der Organisation nicht möglich war, ist verständlich. Wenn wir trotzdem noch Fortschritte machten, so ist dies lediglich der unermüdlichen Agitation und der straffen Organisation unserer Kollegen zu verdanken. Die Mitgliederzahl betrug 1539 gegen 1828 im Vorjahre; das sind 41 mehr. In der Berichtszeit wurden 809 Kollegen dem Verbande neu zugeführt. Beitragsmarken wurden 29 209 gegen 28 265 im Vorjahre an die Mitglieder verausgabt; das sind 934 mehr. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug ℳ 19 435,70 gegen ℳ 18 943,80, demnach mehr ℳ 491,90. Der Bestand der Lokalkasse des Zweigvereins stieg bis zum Schlusse des zweiten Quartals von ℳ 12 408,28 auf ℳ 14 319,58. Das ist eine Zunahme von ℳ 2321,62. Diese Zahlen beweisen, was bei etwas gutem Willen der Mitglieder auch unter ungünstigen Arbeitsverhältnissen geleistet werden kann. In der Generalversammlung am 20. Juli wurde der Geschäftsbericht vom Zweigvereinsrevisionskollegen noch weiter mündlich ergänzt und vorgetragen. Der Leitung wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Als Delegierter zum Bauarbeiterschutzkongreß wurde der Kollege Behrend, Duisburg, gewählt. Nach Erledigung einiger Ortsunterstützungsanträge wurde die von 61 Delegierten und Vorstandsmitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

Mannheim-Ludwigshafen. (Halbjahresbericht.) Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes hervorzuheben: Zur Erledigung kamen 15 Lohnbewegungen, 43 Unterhandlungen mit den Arbeitgebern, 6 Arbeitseinstellungen, 5 Maßregelungen von Kollegen, 8 Schiedsgerichts- und Schlichtungskommissionssitzungen. In 25 Fällen wurden Kollegen vor dem Gewerbegericht vertreten. Achtmal wurden Baustellen kontrolliert, auf denen die polizeilichen Vorschriften über Arbeiterschutz nicht eingehalten wurden. Es fanden eine Maurerversammlung, zwei Zweigvereinsversammlungen, 39 Vorstandssitzungen in den Zahlstellen und Sektionen, 31 Beisitzerversammlungen, vier Baudelegiertenversammlungen, 12 Vorstands- und Kommissionssitzungen, 23 Zahlstellenrevisionen und sechs Konferenzen statt. An den Lohnbewegungen waren in sechs Fällen Maurer und Hilfsarbeiter, in drei Fällen Stukkateure, Gipser und Hilfsarbeiter, in vier Fällen Tiefbauarbeiter, in einem Fall die Plattenleger beteiligt. In allen Fällen wurden Verträge abgeschlossen, die für die einzelnen Berufsgruppen Lohnerhöhungen von 4 bis 10 ₰ pro Stunde vorsehen. Außerdem wurden Verbesserungen der Preisverzeichnisse für

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster g. gutt KG essen ✦ köln

ipser, Kanalmaurer und Fliesenleger bei Akkordarbeiten reinbart. Ueber das Akkord-Preisverzeichnis für Hochbau-aurer ist bis jetzt keine Einigung erzielt, da das Angebot r Unternehmer zu gering ist. Die Mitgliederzahl erhöhte h auf 4254, die sich auf 58 Zahlstellen verteilen. An die uptkasse wurden ℳ 20 650,97 abgesandt. Die Einnahmen r Lokalkasse betrugen ℳ 46 749,77, die Ausgaben 17 938,51; der Kassenbestand beträgt ℳ 28 811,26. Die gendorganisation hat in einigen Zahlstellen gute Fort-ritte gemacht, in andern geht es nicht in dem Maße vor-ärts, wie es nottwendig ist. Auch hier muß nachgeholt wer-n, was versäumt wurde. Nach einem Referat über die rbeitslosenunterstützung wurde ein Antrag angenommen, ch dem in allen Zahlstellen Versammlungen stattfinden llen und über die Einführung der Arbeitslosenunter-ützung geheim abgestimmt werden soll. Weiter wurde be-lossen: 1. Der Kinderschutzkommission ℳ 50 zu über-eisen. 2. Vier Kollegen auf Kosten des Zweigvereins nach r Baufachausstellung zu entsenden. 3. Für die Jugend-ganisation und die älteren Mitglieder getrennte Ausflüge unternehmen, wozu als Ziel Bad Dürkheim und Um-gend in Vorschlag gebracht wurde. Noch nie hat ein Jahr iel Arbeit und Fortschritt gebracht wie das erste Halb-hr 1913.

Striegau. In der Mitgliederversammlung am 15. Juli richtete der Kassierer, daß nach der Abrechnung 190 Mau-r und 14 Hilfsarbeiter im Zweigverein organisiert sind. ie Lokalkasseneinnahmen betrugen im zweiten Quartal 1596,09, denen Ausgaben im Betrage von ℳ 201,17 genüberstehen, so daß ein Kassenbestand von ℳ 1394,92 erblieb, von dem ℳ 1200 festangelegt sind. Der Jugend-teilung wurden ℳ 35 überwiesen. Die jungen Kollegen anen für den 3. August einen gemeinsamen Besuch des ologischen Gartens und eines Museums. Es wurde ndenlang darüber debattiert, daß der Hauptvorstand ver-ngt, es soll für die Jugend etwas getan werden, daß er er keine großen Mittel dazu hergeben will. Dabei sei doch e Sache so, daß wir etwas tun müßten, wenn wir die ugend nicht wieder verlieren wollen. Die Unternehmer ebr. Pfaute halten die tarifliche Arbeitszeit nicht ein. Sie hlen auch den tariflichen Lohn für Ueberstunden nicht. er Vorsitzende teilte mit, daß er sich an den Bezirks-sschuß gewendet habe, damit Maßregeln gegen die Akkord-beit ergriffen werden könnten. Leider habe er vom Be-ksausschuß keine Antwort erhalten. Die Versammlung rach ihren Unwillen darüber aus. Unsere Kollegen wur-n darauf aufmerksam gemacht, daß Mißstände an Bauten r Striegauer und nicht der Breslauer Bauarbeiterschutz-mmission zu melden seien.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

Der Kollege Artur Sacher von **Oederan** teilt uns mit, ß er gezwungen sei, den dortigen Kollegen durch den „Grundstein" bekanntzugeben, daß er sein Amt als Zweig-reinsvorsitzender niederlege. Als Grund gibt er an, daß e dortigen Kollegen sich um das Vereinsleben nicht küm-ern, keine Versammlungen besuchen usw. So sollte am . Juli eine Versammlung stattfinden, zu der leider nur e beiden Vorsitzenden und ein Mitglied erschienen waren. icht einmal der Kassierer, der über die Abrechnung be-chten sollte, war anwesend. Wir sind zwar im allgemeinen r Meinung, daß öffentliche Klagen über schlechten Ver-mmlungsbesuch noch nicht viel gebessert haben. Wir geben ch die Zuschrift nur deshalb bekannt, die Oederaner ollegen wissen, sie müssen eine neuen Vorsitzenden wählen. hr mangelndes Interesse am Vereinsleben rührt jedenfalls aber, daß sie meistens nicht im Wohnort arbeiten. Viel-icht hebt es sich, wenn sie sich einem benachbarten Zweig-erein als Zahlstelle anschließen.

Aus unsern Jugendabteilungen.

München. (Jugendabteilung im 2. Quar-al 1913.) Gemäß dem Beschluß des Verbandstages zu ena wurde am 6. April eine Jugendabteilung errichtet. ie Gründung erfolgte durch eine Versammlung, in der die gendlichen Kollegen und einzelne Vertrauensmänner der rganisation vertreten waren. In dieser Versammlung elt Kollege Wagner einen Vortrag über: „Nutzen und Auf-abe der Jugendabteilung", und der Erfolg war, daß der rundstein für die Jugendabteilung gelegt werden konnte. s traten sofort 15 junge Kollegen bei; am Schluß des uartals waren 120 Mitglieder in der Abteilung. So be-riedigend die Zahl ist, die Mitgliedschaft könnte noch größer ein, wenn nicht die große Arbeitslosigkeit im Zweigverein ähmend auf die ganze Agitation wirken würde. Um aber as Programm, das der Verbandstag für das Statut der ugendabteilung ausarbeitete, einzuhalten, bedurfte es iniger Arbeit, die aber auch mit Erfolg gekrönt war. In merkennenswerter Weise stellten sich eine Anzahl älterer ollegen als Jugendleiter zur Verfügung, so daß kein Sonn- oder Feiertag vergeht, an dem nicht für die jungen ollegen ein Ausflug oder eine Führung durch ein Museum eranstaltet wird. Und daran ist glücklicherweise gerade München so reich. Die erste Aufgabe war, das Vertrauen er jungen Kollegen zu gewinnen, ihnen zu zeigen, daß ie Leitung nur bestrebt ist, ihnen zum Teil die bisherige ngebundene Freiheit zu nehmen, ihnen dafür aber etwas esseres, Schöneres zu geben. Die Jugendleitung stellt lle Monate unter Mithilfe des Jugendausschusses das onatsprogramm zusammen, das hauptsächlich nach den ünschen und Anregungen der jungen Kollegen zu-ammengestellt ist. Dieses Programm bekommt jeder ollege durch seinen Einkassierer, der wieder ein Kollege on der Jugendabteilung ist, zugestellt, so daß er am nfang des Monats schon immer weiß, was für Ver-nstaltungen den Monat hindurch stattfinden. — Im onat April fand eine Führung durch das Deutsche useum statt, anfangs Mai eine Besichtigung des Neu-aues vom Deutschen Museum, über die der „Grundstein" erells berichtete; ferner ein Besuch der Gemäldesamm-ung in der „Schackgalerie"; im Monat Juni ein Besuch es Arbeitermuseums. Da zurzeit eine Ausstellung zur ekämpfung der Geschlechtskrankheiten in München statt-indet, wurde auch dieser am 20. Juli ein Besuch abge-attet. Freilich meinte bei der Ausstellung vor dem Ein-gang ein Herr aus dem Publikum, dem Aeußeren nach ein deutscher Philister mit der Gesinnung und Erziehung eines Schulmeisters „Flachsmann": er würde solche Buben über-haupt nicht in die Ausstellung gehen lassen, dies sei nichts für solche Jungens. Der Herr wurde aber von den Jungen selber belehrt, daß sie nicht gewillt sind, unwissend vor den Gefahren des täglichen Lebens dahinzuleben. Die Leitung der Ausstellung dachte aber nicht so kleinlich wie jener Herr, und unsere jungen Kollegen kamen auch hier wieder auf ihre Rechnung. Bei günstiger Witterung finden jedesmal entweder Tagesausflüge statt, oder Nachmittagsausflüge mit Spiel im Freien. Bei den Tagestouren, die monatlich zweimal angesetzt werden, ist Sorge getroffen, daß auch der ärmste Kollege mitkommen kann, wenn er nur gut auf den Füßen ist. In dankenswerter Weise ist die Zweig-vereinsleitung der Jugendabteilung mit einem kleinen Zuschuß entgegengekommen und beim Ausflug, wenn Rast gemacht wird und es zum Schnabulieren geht, sieht man erst, was so ein Zuschuß ausmacht. Denn unsere jungen Kameraden sind mit einem gesunden Appetit gesegnet. Auch die oft traurigen häuslichen Verhältnisse, hervor-gerufen durch die Arbeitslosigkeit des Vaters, der in der Regel auch Bauarbeiter ist, und die würzige Waldluft er-zeugen einen Riesenhunger. Das magere Beutelchen, das meist nichts oder nicht viel enthält, kann einen solchen Sturm nicht aushalten, und so erscheint als Retter in der Not der Jugendleiter mit dem Zuschuß. So geht es bei jeder Tagestour. Und jeder Ausflug ist Gewinn für Körper und Gemüt und stärkt die Kameradschaft. Bei den Nachmittagstouren ist der Fußball der unzertrennliche Be-gleiter. Ohne den wäre es gar nicht Feiertag. Und mit diesem setzt es heiße Kämpfe ab, bei denen dann und wann das unverfälschte Bauarbeiterdeutsch zum Durchbruch kommt. Aber schon kommt als warnender Geist der Jugendleiter, der diese sprachliche Entgleisung rügt und dafür ein anderes Wort vorschlägt. Zu schnell kommt die Abendstunde, die dem Spiel ein Ende macht. Bei schlechter Witterung ist stets Zusammenkunft in unserm Vereins-lokal. Der große Warteraum genügt vorerst den An-forderungen. Auch hier wurden die Wünsche der jungen Kollegen erfüllt. Alles spielt. Eine Partie spielt Schach, die andere ist auf dem Rennplatz, wieder ein Teil spielt Dichterquartett und anderes mehr. Nicht vergessen wird bei all diesen Veranstaltungen der ernste Teil. Die jungen Kollegen werden durch Vorträge eingeführt in die Be-strebungen der Gewerkschaftsbewegung. Die innere Ein-richtung der Jugendabteilung, die Beitragseinklassierung usw. wird ebenfalls von den jungen Kollegen selbst aus-geübt. In jedem Bezirk waltet ein Jugendlicher seines Amtes. Jeder Kollege ist im Besitz einer Kontrollkarte, die ihm auf den Bauten als Ausweis dem Baudelegierten gegenüber dient, daß er Mitglied der Jugendabteilung ist. Voll Stolz zieht er am Montag bei der Kontrolle seine Karte aus der Tasche. Freilich gibt es auch viele Lehr-linge, die gern Mitglied der Jugendabteilung würden, aber der Unternehmer wittert bei den Jungen schon den „Um-sturz" und setzt in den Lehrvertrag, daß während der Lehr-zeit die Jugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organi-sation verboten ist, eventuell würde er bei Nichtbeachtung den Lehrvertrag lösen. Und das fürchtet mancher von den jungen Kollegen; deshalb kommen sie nicht zu uns. Vielleicht können wir bei dem nächsten Quartalsbericht mitteilen, daß sich der Mitgliederstand verdoppelte. Auf-gabe der Leitung und der Kollegen auf den Bauten muß es sein, daß nicht nur die Zahl in der Jugendabteilung zunimmt, sondern daß auch der Zweck der Jugendbewegung erreicht wird. Dies kann jeder Kollege auf dem Bau, wenn er in den jungen Kollegen, sei es der Lehrling, der Wasserbub oder der jugendliche Hilfsarbeiter, seinen Nach-folger sieht, der eintritt in die Fußstapfen der Organisation, die der ältere Kollege mit großer Mühe und vielen Opfern geebnet hat. Dazu gehört, daß die älteren Kollegen nicht mehr dem Spruch folgen: „Dies haben wir auch nicht gehabt, deshalb brauchen es auch die Jungen nicht." Eben weil wir uns selbst überlassen waren und schutz- und hilflos aufwuchsen, wollen wir nicht Gleiches mit Gleichem ver-gelten, sondern alles nachholen, was uns fehlt, was aber auch die heutige Jugend noch braucht. Handeln wir danach, so erfüllt sich auch das schöne Wort von Mia Holm:

Bis ins tiefste soll bewegen
dich das Wogen unsrer Zeit!
Wachse, Jugend, wachs' entgegen
siegesfrohem Männerstreit.

Ungetreue Kassierer.

Am 24. Juli wurde der Hilfsarbeiter Josef Nellé vom Schöffengericht **Straßburg i. Els.** wegen Unterschlagung zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Nellé kassierte 1912 für unsern Verband. Am 12. April ging er mit dem einkassierten Gelde ins Wirtshaus und verbrauchte es für sich. Trotz wiederholter Mahnung war Nellé nicht zu be-wegen, die noch in seinen Händen befindlichen ℳ 37,75 ratenweise an den Verband zurückzuzahlen. Nun bekommt er Zeit, über das Verwerfliche seiner Handlungsweise nach-zudenken. — Am 23. Juli wurde vor dem Landgericht **Nürnberg** gegen den ehemaligen Hilfskassierer Riffel-macher verhandelt, der unserer Organisation ℳ 392,21 unterschlagen hatte. Er erhielt dafür sechs Wochen Ge-fängnis. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt. Das Urteil ist nur deshalb so milde ausgefallen, weil das Gericht von der irrtümlichen Meinung ausging, Riffel-macher habe das Geld infolge langer Arbeitslosigkeit zu seinem Lebensunterhalt verwendet. Das ist nicht richtig, konnte aber nicht klargestellt werden, weil nur ein Ver-wandter von Riffelmacher als Zeuge benommen wurde. In einer eventuellen Berufungsverhandlung wird es aber klar-gestellt werden.

Berichtigungen.

In dem Artikel in Nummer 30, „Wie die Kirche Ar-beiter brotlos macht", muß es in den Zeilen 50 bis 52 heißen: „Es waren insgesamt mit Polier nur 31 Mann beschäftigt, wovon allerdings 15 Mitglieder unseres Ver-bandes waren und 9 (statt 2) Christlichorganisierte." — Zu dem Unfallbericht von **Barmen** in Nummer 30 ist zu berichtigen, daß der Unfall an dem Schlachthofneubau in Elberfeld passierte.

Fliesenleger.

Oeffentliche Warnung! Seit einiger Zeit treibt ein gewisser Louis Buch in **Hagen i. W.** und Umgegend sein Unwesen. Nicht nur, daß er bei einer größeren Arbeit in Werl i. W. seine Kollegen betrog, indem er zirka ℳ 400 des gemeinsam verdienten Geldes abhob und für sich ver-brauchte, versucht er auch jetzt noch die organisierten Kol-legen in andern Orten zu verdächtigen. Teilweise mit Er-folg. Buch, der jetzt von Hagen verschwunden ist und überall mit einer beispiellosen Frechheit auftritt, wird ohne Zweifel versuchen, sein arbeiterschädigendes Verhalten fortzusetzen. Er spielt allerwärts den Meister, um seine Organisations-losigkeit zu verdecken. Wir bitten, dem Louis Buch überall, wo er auftaucht, scharf auf die Finger zu sehen und, damit die betrogenen Kollegen zu ihrem Gelde kommen, der Organisationsleitung von seinem Aufenthalt Mitteilung zu machen.

*

Hannover. Das Zwischenmeistersystem greift hier ständig um sich. Die Sektion besteht durchschnittlich aus 55 Kollegen unseres Verbandes und 6 bis 7 christlich Organisierten. Zu dieser Zahl kommen allein 21 Zwischenmeister. An den letzten Verhandlungen waren auch sieben Zwischenmeister beteiligt. Bei der Verhand-lung 1910 waren diese nicht, wie diesmal, gegen uns, sondern es waren die Kollegen, die die Verhandlung im Interesse der Sektion der Fliesenleger führten. Diesmal war die Sache umgekehrt, indem uns diese Kollegen (heutige Zwischenmeister) als Unternehmer die Verhand-lungen erschwerten. Die Zwischenmeister haben auch einen Tarif mit den Fliesengeschäften erhalten, und zwar neben dem Tarifvertrag mit den Legern einen Aufschlag von 40 ₰ pro Quadratmeter für Wandplatten, Fußboden-platten 15 bis 35 ₰, an Stundenlohn 10 ₰ mehr. Dann kommen noch eine Menge Aufschläge für andere Positionen und auch Materialien. Die Zwischenmeister hatten also bei den Verhandlungen ein Interesse daran, daß die Zulagen bei dem neuen Tarifabschluß möglichst gering ausfielen. Es gibt Zwischenmeister, die 6 bis 7 und andere, die 15 bis 20 Leger beschäftigen. Dadurch erzielen diese so nebenbei ein ganz gutes Einkommen. Sie arbeiten mit den übrigen Legern zusammen. In den meisten Fällen suchen sie sich auch noch die besten Arbeiten aus. Ist die Arbeit knapp, dann müssen die Leger aussetzen und sie selbst arbeiten. Nebenbei bemerkt sind diese Zwischenmeister zum Teil auch noch Mitglieder unserer Organisation. Es dürfte wohl kaum Kollegen geben, die dieses Verhältnis als gesund an-sehen. Die Sektion der Fliesenleger hat sich seit Jahren mit dieser Sache beschäftigt, und ganz besonders waren auch die heutigen Zwischenmeister in hervorragender Weise mit daran beteiligt, dies für die Leger äußerst un-gesunde Verhältnis zu beseitigen. In gemeinschaftlichen Versammlungen mit den Christlichen haben sich die Fliesenleger jetzt mit dem ständig zunehmenden Zwischen-meistersystem ernstlich beschäftigt und beschlossen, dagegen mit aller Energie vorzugehen. Es haben deswegen auch schon Verhandlungen mit den Geschäften stattgefunden und es wird verlangt, daß die Leger von den Geschäften selbst eingestellt werden sollen. Zum Teil sind auch schon Zusagen von den Geschäftsinhabern in bezug auf Beseiti-gung der Zwischenmeister erfolgt. Sie selbst gaben zu, daß sie die Aufschläge, die heute so nebenbei an die Zwischen-meister gezahlt werden, selbst verdienen können. Wir er-suchen die Fliesenleger allerorts, solange der Kampf mit den Zwischenmeistern besteht, unter allen Umständen Hannover zu meiden.

In **Posen** wurde ohne Arbeitseinstellung ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Der Stundenlohn wird wäh-rend der Dauer des Vertrages um 3 ₰ erhöht, desgleichen einige Akkordpreise. Ferner wird zukünftig auswärts eine tägliche Auslösung von ℳ 1,50 gezahlt. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1916.

Gipser und Stukkateure.

Aus **Crefeld** wird uns berichtet, daß die Sperre über das Stuckgeschäft Bayer & Sohn aufgehoben ist. Der Kampf endete für unsere Kollegen mit dem Erfolge, daß die Plätterer 7 ₰ und die Stukkateure 5 ₰ Lohnerhöhung pro Stunde erhalten. Die Hilfsarbeiter erhalten den im Baugewerbe festgesetzten Stundenlohn. Das Abkommen mit der Firma erstreckt sich über den Zeitraum von drei Jahren.

Die Firma A. Brembé, Hofmöbel- und Parkettfabrik in **Mainz** führt auch Stuckarbeiten aus. Sie beschäftigt ständig zwei Stukkateure, gehört mithin zu den sogenann-ten gemischten Betrieben. Mit diesen Firmen ist in Mainz ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, den aber die Firma nicht anerkennen will. Die dort beschäftigten Stukkateure haben deshalb die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist für Stukkateure gesperrt.

*

„Die jetzigen Zustände im Gipsergewerbe Süd-deutschlands", so lautete das Thema, über das Kollege Odenthal in einer Reihe von Versammlungen im Bezirk Karlsruhe referierte. Anlaß zu diesen Versammlungen gab, daß sich in vielen Orten nach dem Tarifabschluß ein-mal eine ganz erhebliche Lauheit unter den Kollegen zeigte, zum andern aber die Unternehmer mit wenigen Aus-nahmen versuchten, sich an der Durchführung der Tarif-abschlüsse vorbeizudrücken. Es galt also in erster Linie, die Kollegen einmal wieder aufzurütteln aus ihrer Saum-seligkeit, die zum großen Teile vielleicht mit verursacht wird durch die schlechte Konjunktur. Nur wenige Orte machen eine Ausnahme, aber auch dort wird durch den Zu-strom von arbeitslosen Kollegen eine Ausnutzung der besten Geschäftstätigkeit unmöglich gemacht. In manchen Orten, wo sonst gute Verhältnisse herrschten, sind die Kollegen genötig, nach auswärts zu gehen. Das zeigte sich gleich in der ersten Versammlung in Heidelberg, einer Stadt, wo sonst immer zirka 120 Kollegen Arbeit fanden und wo man auch von früherher guten Versammlungs-besuch gewohnt war. Der Besuch war so schlecht, daß die Versammlung nicht stattfinden konnte. Besser besucht war die Versammlung am 24. Juni in Mannheim.

Etwa 90 Kollegen waren erschienen. Am folgenden Tage war in Ludwigshafen eine gut besuchte Versammlung. In beiden Orten waren die Unternehmer erst dann zur Nachzahlung der tariflich festgelegten Lohnerhöhungen zu bewegen, als in einzelnen Fällen durch das Gewerbegericht die Verpflichtung hierzu ausgesprochen wurde. Bei der Firma Viller & Dembach, die meistens Kollegen aus der Wiesbadener Gegend beschäftigt, wird die Arbeitszeit nicht innegehalten, andere Firmen suchen sich um die Zahlung der höchsten Lohnstaffel mit allen Mitteln zu drücken, und vielfach gehen Kollegen ohne Auslösung nach auswärts; kurz, es fehlt an dem guten Willen der Kollegen, den Tarifvertrag zur Anerkennung zu bringen. — Am 26. Juni fand nachmittags 4 Uhr eine Versammlung in Karlsruhe statt, die leider sehr schlecht besucht war. Hier herrschen Differenzen unter den Kollegen selbst, die zu wirklichen Mißhelligkeiten ausarten. Während die in Karlsruhe ansässigen Kollegen die tariflich festgelegte Mittagspause von anderthalb Stunden anerkennen, verlangen die Kollegen von den Dörfern, die in der Mehrzahl sind, die Herabsetzung der Pause auf eine Stunde. Dies führt zu Streitigkeiten, die das Organisationsleben sehr schädigen. Das kam auch in der Versammlung wieder zum Ausdruck, jedoch wurde das Schädigende dieses Zustandes allgemein anerkannt und soll unter allen Umständen eine endgültige Regelung geschaffen werden. Obgleich nun in Karlsruhe der Sitz der Unternehmerorganisation ist, war es bis zum Versammlungstage nicht einmal möglich, eine Sitzung der Tarifkommission zu erlangen, um die Bestimmungen zu regeln, die dem Beschluß des Schiedsgerichts gemäß örtlich festgelegt werden sollen. Besser liegen die Verhältnisse in Pforzheim. Hier, wo die Konjunktur einigermaßen günstig ist, waren zirka 60 Kollegen zur Versammlung erschienen. In der Diskussion wurde von einem Redner lebhaft die Einführung der Erwerbslosenunterstützung gefordert. Einen annehmbaren Besuch wies auch die Versammlung in Landau auf; erschienen waren zirka 20 Kollegen. Auch hier konnte der Tarif noch nicht fertiggestellt werden, da die Unternehmer trotz aller Mühe, die wir uns geben, nicht zu einer Sitzung zu haben sind. Verschiedene Unternehmer weigern sich, die Hilfsarbeiter dem Tarif entsprechend zu entlohnen. Die Firma Moosbrucker mußte hierzu erst durch eine Arbeitseinstellung gezwungen werden. Das Verhältnis der Kollegen untereinander läßt auch noch manches zu wünschen übrig. Schlecht besucht war die Versammlung in Kaiserslautern, die am Sonntag, 29. Juni, morgens 9 Uhr, stattfinden sollte. Bis 11 Uhr waren etwa 17 Kollegen erschienen. An und für sich lassen die Zustände in Kaiserslautern selbst auch noch manches zu wünschen übrig; die Einigkeit fehlt unter den Kollegen. Eine eigentümliche Praxis versuchen einzelne Unternehmer bei den auswärtigen Arbeiten. Tariflich ist hierfür eine Auslösung von ℳ 1,50 pro Tag festgelegt. Die Unternehmer rechnen das auf die Stunde um und sagen dann, das macht bei zehnstündiger Arbeitszeit 15 ₰ pro Stunde. Würden unsere Kollegen das einreißen lassen, so würden die Unternehmer im Winter, wo nur sieben oder acht Stunden gearbeitet wird, auch nur sieben- oder achtmal 15 ₰ zu zahlen brauchen. Nachmittags fand dann eine Versammlung in Pirmasens statt. Hier herrschen wirklich traurige Zustände. Die Zentralleitung der Gipsermeister, die doch unter allen Umständen in jedem Orte, wo sie Mitglieder hat, einen Vertrag haben wollte, sieht hier ruhig und untätig zu, wie die Gipsermeister den rechtsgültigen Vertrag mit Füßen treten. Folgendes Schreiben an die Bezirksleitung bekundet den Standpunkt der Gipsermeister von Pirmasens:

Pirmasens, den 20. Mai 1913.

Herrn Horter, Karlsruhe.

Die heutige Gipsermeisterversammlung läßt Ihnen folgende Erklärung zugehen:

1. Die beim Schiedsspruch in Kaiserslautern anwesenden Vertreter der hiesigen Gehilfenorganisation hatten kein Mandat, die Anträge zu stellen, welche sie dort stellten, da dies kein Versammlungsbeschluß, sondern die Willkür der betreffenden Vertreter war.

2. Wurde unserm Vertreter beim Schiedsgericht keine Gelegenheit gegeben, unsere Interessen zu verteidigen.

3. Wurden wir nicht in Kenntnis gesetzt, daß der Schiedsspruch im ganzen angenommen oder abgelehnt werden muß; wir waren dagegen der Ansicht, daß der Schiedsspruch örtlich abgelehnt werden kann, sonst hätten wir es in Kaiserslautern nicht hierzu kommen lassen.

Aus diesen Gründen lehnen wir den Vertrag ab, sind jedoch bereit, einen solchen nach unsern Verhältnissen abzuschließen.

Hochachtungsvoll

Freie Gipsermeisterinnung für das Bezirksamt Pirmasens.

Fritz Hoschar, Obermeister.

Leider können wir zurzeit nicht viel daran ändern; denn nicht nur die Konjunktur ist schlecht, auch unsere Kollegen haben infolge der Streitereien untereinander den Mut verloren. Schuld hieran trugen ja zum Teil die Mitglieder der christlichen Organisation, die sofort nach dem Friedensschluß 1910 Tarifbruch betrieben haben. Glücklicherweise sind diese Leutchen heute bedeutungslos geworden, und es ist Aussicht vorhanden, daß wir bald den Unternehmern einmal den Beweis erbringen können, daß die Arbeiter nicht mit sich Schindluder spielen lassen. Dazu bedarf es aber der Mithilfe aller Kollegen. — Am 30. Juni sollte dann eine Versammlung in Saarbrücken stattfinden; aber trotz gründlicher Agitation war auch nicht ein einziger Kollege erschienen. Eine recht gut besuchte Versammlung fand dagegen in Freiburg statt; über 60 Kollegen waren anwesend. Geklagt wurde darüber, daß die Unternehmer den „Jugendlichen" den Tariflohn nicht zahlen wollen. Ein Unternehmer gibt an, er sei nicht organisiert, er könne überhaupt zahlen, was er wolle. Im allgemeinen herrscht aber ein guter Geist unter den Kollegen, und man darf ohne Zweifel erwarten, daß sie ihrem Tarif Geltung verschaffen. Eine Versammlung in Lörrach konnte nur dadurch abgehalten werden, daß außer dem Zweigvereinsvorstand auch noch mehrere Maurer erschienen waren. Allerdings arbeiten die meisten Gipser auswärts. Letzteres trifft auch in Neustadt a. d. H. zu, wo am 3. Juli eine Versammlung ausfallen mußte, weil kein halbes Dutzend Kollegen erschienen waren. Trotzdem sind hier die Kollegen gut (?) organisiert. Die letzte Versammlung im Bezirk Karlsruhe fand dann in Frankenthal i. d. Pfalz statt, zu der sämtliche am Orte anwesenden Kollegen erschienen waren. Hier herrscht ein guter Geist unter den Kollegen, der Zusammenhalt ist sehr gut, und dies garantiert ihnen auch die Einhaltung des Vertrages.

Zieht man aus der ganzen Reihe der Versammlungen einen bestimmten Schluß, so muß man leider gestehen, daß an den Uebelständen, die sich in einzelnen Orten zeigen, zum größten Teil unsere Kollegen selbst die Schuld tragen. Es fehlt an der notwendigen Energie bei den einzelnen Kollegen, und das lähmt die Gesamtheit. Man glaubt nun einmal, alles dem Zweigvereinsvorstand überlassen zu müssen und übersieht dabei, daß nur dann ein Erfolg zu erwarten ist, wenn Hand in Hand gearbeitet wird. Vielfach hört man die Klagen: „Seit dem Anschluß an den Bauarbeiterverband wird für die Gipser nichts mehr getan." Dabei steht aber fest, daß sehr oft die Sektionsleitungen auch nicht auf dem Posten sind. Hier gilt es für jeden einzelnen Kollegen mitzuarbeiten, dann wird es uns möglich sein, die Erfolge der diesjährigen Lohnbewegung voll ausnutzen zu können. Daß diese Erfolge gar nicht so gering sind, mag folgende Zusammenstellung einmal beweisen. Wir zählten beim Beginn der Bewegung in dem Bezirk Karlsruhe rund 1099 Gipser; davon erzielten in der zentralen Bewegung 955 oder rund 90 pZt. eine Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar wurde für 221 die Arbeitszeit täglich um eine Stunde und für 764 um eine halbe Stunde verkürzt. Lohnerhöhungen wurden erzielt für 8 Kollegen pro Stunde 2 ₰, für 24 Kollegen 3 ₰, 728 Kollegen 5 ₰ und für 301 Kollegen 6 ₰, mithin insgesamt für 1061 Kollegen durchschnittlich 5,2 ₰. Dann aber wurde noch, ohne daß die Unternehmerorganisation beteiligt war, in Neustadt an der Haardt für 44 Kollegen eine Lohnerhöhung von 4 ₰, in Worms 10 ₰, in Schwetzingen 8 ₰, in Lambrecht 6 ₰ und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung und in Waldkirch 5 ₰ erreicht. Betrachtet man diese Erfolge, dann darf man ruhig sagen, daß sie ganz annehmbar sind, und von den Kollegen muß erwartet werden, daß sie nunmehr alles tun, was in ihren Kräften steht, um sich auch die Früchte der Bewegung zu sichern. C. O.

Isolierer und Steinholzleger.

Hamburg. Da die Lohnbewegung im hiesigen Steinholzgewerbe noch nicht beendet ist, so richten wir an die Berufskollegen auswärts noch einmal das dringende Ersuchen, den Zuzug von Steinholzlegern nach Hamburg, Altona und Wandsbek auch ferner streng fernzuhalten.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Augsburg. Am 25. Juli wollte ein Arbeiter in dem Augenblick aus einem Kanalschacht steigen, als ein Straßenbahnwagen die Stelle passierte. Der Schachtdeckel soll vom Wagen erfaßt und umgeworfen worden sein. Der Arbeiter erhielt Verletzungen am Kopf und ein Arm wurde ihm abgeschlagen. Der Polier Resch stand zur Bewachung des Schachtdeckels am Platze. Merkwürdig ist, daß die Stelle schon mehrere Wagen passiert hatten, ohne den Deckel zu treffen. Bei einiger Vorsicht wäre wohl das Unglück vermieden worden. Der Polier durfte einfach das Aussteigen nicht gestatten.

Brandenburg a. d. H. Am 23. Juli verunglückte hier an dem Neubau der Landesirrenanstalt der Kollege Friedrich Euen aus Klein-Kreuh. Beim Aufbau der Außenrüstung nahm er Bretter nach oben, dabei löste sich ein Riegel aus der Wand und der Kollege stürzte zirka 8 m tief ab. Er erlitt schwere Quetschungen des Magens und der übrigen Verdauungsorgane.

Breslau. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 19. Juli auf der Baustelle des Unternehmers Hauke in der Augustastraße. Dort waren die Maurer an der Hinterfront mit dem Mauern des Hauptgesimses beschäftigt. Das Gesims hat eine verhältnismäßig große Ausladung, wird aber nur aus gewöhnlichen Mauersteinen hergestellt. In Breslau ist es üblich, über die Hand zu mauern. Der Maurer Robert Wittich, der eine Ecke aufsetzte, hat sich jedenfalls einen Moment mit der Hand auf das Gesims aufgestützt. Das Gesims brach und Wittich stürzte, da ein Fanggerüst nicht angebracht war, aus einer Höhe von 15 m bis in den Hofraum und auf die dort lagernden Steine. Hierbei wurden beide Beine gebrochen; außerdem erlitt er einen Beckenbruch, mehrere Rippenbrüche und innere Verletzungen. Es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Der Fall selbst gewinnt dadurch an Bedeutung, daß es kein Spekulationsbau ist, sondern er wird von einem soliden Baugeschäft ausgeführt. Neben dem Polier ist noch ein Bauführer, in dessen Händen die Bauleitung liegt, anwesend, aber selbst hier fehlen die allernotwendigsten Schutzvorrichtungen. Da dieser Unfug auf einer ganzen Anzahl Bauten besteht, und zwar in so großem Maße, daß sich selbst ein Teil unserer Baukontrolleure daran gewöhnt hat und die Fehler gar nicht mehr bemerken, wäre es an der Zeit, derartige Bauten stillzulegen. Unsern Kollegen müssen wir aber immer wieder zurufen: Schützt Euer Leben und Eure Gesundheit; schützt Eure Familie, indem Ihr alle Mißstände der Behörde und der Bauarbeiterschutzkommission meldet!

Bunzlau. (Bauarbeiterschutzkommission.) Auf Anregung der Bauarbeiter wurde hier vor kurzer Zeit, unter Mithilfe des Gewerkschaftskartells, eine Bauarbeiterschutzkommission gegründet. Diese hat nun in der Woche vom 23. bis 28. Juni eine Bautenkontrolle vorgenommen, bei der 15 Hochbauten, 1 Tiefbau, 3 Umbauten, 2 Reparaturen und 2 Steinmetzplätze kontrolliert wurden. Es wurden insgesamt 248 Maurer und Bauhilfsarbeiter gezählt. Trotzdem alle Hochbauten über die Hand gemauert wurden, war an keinem Bau ein Schutzgerüst. Bei den Baubuden ist zu rügen, daß die Fenster in keinem Falle zum Oeffnen eingerichtet waren und daß keine Spucknäpfe aufgestellt waren. An vier Baustellen fehlte der Kasten mit Verbandzeug und an acht Bauten fehlte die schriftliche Anleitung zur ersten Hilfeleistung. Alle Baubuden werden wöchentlich nur einmal gereinigt. Gerüste und Leitern waren überall in ordnungsmäßigem Zustande. Bei den Aborten fehlte die Desinfektion und Reinigung, mit Ausnahme von fünf, die an die Kanalisation angeschlossen waren. Von einer Kontrolle durch die Baupolizei hat hier noch niemand etwas bemerkt. — Bei den Bautenkontrollen könnten und die Baudelegierten sehr gute Dienste tun — wenn die Kollegen an jedem Bau einen wählten. Aber daran fehlte es leider jetzt auf sechs Baustellen. Wenn wir weiterkommen wollen, müssen die Kollegen für die Wahl von Delegierten sorgen und auch für die Einhaltung der gesetzlichen Schutzbestimmungen eintreten.

Chemnitz. Innerhalb einer Woche ereigneten sich in Chemnitz drei größere Bauunfälle, die alle drei für eine Anzahl Bauarbeiter hätten verhängnisvoll werden können, wenn nicht besonders glückliche Umstände mitgespielt hätten. An allen drei Unfällen ist ein mangelhafter Gerüstbau schuld gewesen. Auf einem Neubau in der Humboldtstraße stürzte ein Teil des Gerüstes ein, weil es nach jeder Richtung hin den einfachsten Bedingungen des Gerüstbaues Hohn sprach. Auf dem Gerüst befanden sich während des Einsturzes neben einem größeren Quantum Baumaterial der Bauleiter und ein städtischer Baukontrolleur. Beim Absturz fiel das Baumaterial auf den Hof, wo gewöhnlich eine Anzahl Arbeiter mit Ziegelabladen und Kalkbereitung beschäftigt war. Zufälligerweise waren alle Arbeiter während des Einsturzes an der Straßenseite des Baues tätig. Der Bauleiter und der Kontrolleur stürzten nur eine Etage ab, sie konnten sich durch das Treppenhausfenster der dritten Etage vor dem weiteren Absturz retten. Ein weiterer Gerüsteinsturz geschah auf der Gravelottestraße. Hier stürzten vier Maurer von einem Putzgerüst ab, weil das geradezu verbrecherisch hergestellte Gerüst zum Teil zusammenbrach. Bei beiden Gerüsteinstürzen wird der Staatsanwalt Gelegenheit haben, eine gründliche Untersuchung anzustellen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Der dritte Unfall fand auf dem Neubau des Gaswerks III statt. In einer Baugrube waren eine Anzahl Arbeiter mit Ausschachtungsarbeiten beschäftigt, als aus einer Höhe von 10 m fünf Ziegelsteine herabfielen. Da kein Schutzgerüst angebracht war, um die unter einer Arbeitsstelle tätigen Ausschachter vor herabfallenden Gegenständen zu schützen, fielen die Steine mitten in die Arbeiter hinein. Ein Arbeiter wurde von zwei Ziegeln getroffen. Der eine schlug ihm auf die Schulter, der andere auf die Stirn oberhalb des linken Auges. Der Verletzte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben und wird längere Zeit erwerbsunfähig sein. Alle drei Unglücksfälle sind noch glücklich abgelaufen, sollten aber doch den zuständigen Stellen zu bedenken geben, daß der Schutz der Bauarbeiter in Chemnitz so mangelhaft ist, daß ernstlich an eine Aenderung der bisherigen Bautenkontrolle gegangen werden muß. Kontrolleure aus Arbeiterkreisen sind bisher von der Stadtverwaltung immer abgelehnt worden mit der Begründung, daß der städtische Aufsichtsapparat vorzüglich funktioniere. Die Häufigkeit der Bauunfälle in Chemnitz beweist aber gerade das Gegenteil.

Dresden. In der Zeit vom 2. bis 4. Juni hat die Dresdner Bauarbeiterschutzkommission eine Bautenkontrolle im Stadtgebiet und in den Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und -Neustadt vorgenommen. Das Ergebnis dieser Kontrolle ist, daß trotz der Kontrollen, die von den Aufsichtsbeamten der Bauberufsgenossenschaft, den Bauämtern und von der Wohlfahrts- und Ortspolizei ausgeführt werden, große Mißstände vorhanden sind. — In Stadtgebiet Dresden wurden 114 Bauten kontrolliert. Von diesen waren 9 Staats- und 7 städtische Bauten. An den 114 kontrollierten Bauten sind folgende Fehler und Mängel festgestellt worden: Auf 10 Bauten waren keine Unfallverhütungsvorschriften und auf 65 Bauten keine behördlichen Schutzbestimmungen ausgehängt. Außengerüste waren auf 61 Bauten aufgestellt. Von diesen waren 3 nicht genügend versteift und verschwerket. Auf 8 Gerüsten fehlte unter der Gerüstlage, auf der gearbeitet wurde, eine vollständig abgedeckte Gerüstlage. 7 Gerüste waren ohne Geländer und Sockelbretter. Ein Getreidesilo wurde aus Eisenbeton ohne Außengerüst ausgeführt. Balken- und Trägerlagen waren auf 4 Bauten nicht genügend abgedeckt. Auf 10 Bauten waren die Oeffnungen von Türen und Fenstern nicht abgesperrt. Bei 2 Aufzügen fehlte die Fahrschacht; 3 Aufzugsöffnungen waren nicht abgesperrt. Auf 11 Bauten war bei den Einladestellen der Windeaufzüge kein Schutzdach angebracht. Auf 11 Bauten fehlte das Schutzdach an den Außengerüsten für die dort unter beschäftigten Arbeiter. Auf 7 Bauten waren an den Treppen keine Geländer und Sockelbretter angebracht. Trinkwasser fehlte auf 30 Bauten. 5 Baubuden waren nicht mit dichten Seitenwänden versehen, 3 hatten kein dichtes Dach, in 11 konnten die Fenster nicht geöffnet werden, 5 hatten keine verschließbare Tür, in 3 war kein Fußboden. Tische und Bänke fehlten in einer Baubude. In 9 Baubuden wurde Baumaterial gelagert, in 6 Baubuden war für die Beschäftigten nicht Raum genug, 7 waren im Keller untergebracht. Auf 12 Baubuden waren die Aborte in der nächsten Nähe der Baubude aufgesetzt, 14 Baubuden wurden nicht gereinigt. Räume oder Schränke zum Aufbewahren der Kleider waren nur in Waschgelegenheit nebst Handtücher und Spucknäpfe waren nur in einer Baubude vorhanden. Verbandmaterial fehlte auf 13 Bauten. Die Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen war auf 64 Bauten nicht ausgehängt. In 11 Aborte konnte man von den Fenstern der Nachbargebäude und von außen hineinsehen, 7 hatten kein dichtes Dach, 84 hatten keinen Fußboden. In 2 Aborten war nur Lattensitze. Vor 85 Aborten war keine Tür, sondern nur eine Blende. Auf 9 Bauten wurde nicht für genügende Abfuhr der Fäkalien gesorgt. Die Sitzbrillen wurden 73 Aborten nicht gereinigt. 39 Aborte wurden nicht desinfiziert. Auf 24 Bauten waren die Aborte zu klein; es kamen mehr als 25 Personen auf einen Abortsitz. In 34 Bauten waren keine Pissoiranlagen. In 47 Bau-

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln
gerd gutt kg. otto hahn straße 21 postfach 4107 49 4400 münster (west)

waren keine Urineimer aufgestellt. 9 Aborte waren im Parterre und 3 im Keller des Baues untergebracht. — In den **Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und -Neustadt** wurden insgesamt 57 Bauten kontrolliert. Von diesen Bauten waren ein Staatsbau und drei Gemeindebauten. Die Unfallverhütungsvorschriften waren auf 11 Bauten nicht ausgehängt. Die behördlichen Schutzbestimmungen fehlten auf 49 Bauten. Außengerüste waren auf 32 Bauten aufgestellt. Von diesen Gerüsten waren 2 nicht genügend versteift und verschwertet. Auf 10 Gerüsten fehlte unter der Gerüstlage, auf der gearbeitet wurde, eine vollständig abgedeckte Gerüstlage. An 8 Gerüsten fehlten die Geländer und Sockelbretter. Auf einem Bau waren die Balken- und Trägerlagen nicht gut abgedeckt. Auf einem Bau wurden die Dachdeckerarbeiten ohne Fanggerüst und ohne jede Schutzeinrichtung ausgeführt. Auf 3 Bauten war bei den Einladestellen der Winden und Aufzüge kein Schutzdach angebracht. An 11 Außengerüsten fehlte das Schutzdach für die darunter beschäftigten Arbeiter. Auf 8 Bauten war kein Trinkwasser. Baubuden fehlten auf 2 Bauten; eine war ohne Fenster. Der Bauunternehmer hatte in diesem Falle eine Remise als Baubude einrichten lassen. In 10 Bauten konnten die Fenster nicht geöffnet werden, in einer war die Tür nicht zum Verschließen, in 7 war kein Fußboden. Tische und Bänke fehlten in 2 Baubuden. Schränke oder Räume zum Aufbewahren der Kleider und Spuknäpfe waren auf allen Bauten trotz der am 1. Juli 1913 in Kraft gesetzten Polizeiverordnung unbekannt. In 6 Baubuden wurde Baumaterial gelagert, eine war zu klein und 5 waren im Keller untergebracht. Auf 7 Bauten waren die Aborte weniger als 6 m von der Baubude entfernt. 9 Baubuden wurden nicht gereinigt. Auf 12 Bauten war kein Verbandmaterial; auf 51 Bauten war keine Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen ausgehängt. In 4 Aborte konnte man von außen hineinsehen; auf einem Abort war kein dichtes Dach; der Fußboden fehlte in 35 Aborten. In 9 Aborten waren keine Sitzbrillen, sondern nur Lattensitze. An 29 Aborten war keine Tür, sondern nur eine Blende. In 42 Aborten wurden die Sitzbrillen und der Fußboden nicht gereinigt, 33 Aborte wurden nicht desinfiziert. Auf 7 Bauten waren die Aborte zu klein, es kommen mehr als 20 Personen auf einen Aborsitz. Auf 46 Bauten waren keine Pissoiranlagen vorhanden. In 32 Bauten waren keine Urineimer aufgestellt. 2 Aborte waren im Keller und 2 im Parterre des Baues untergebracht. In drei Fällen wurden die Kontrolleure von den Polieren mit der Begründung vom Bau gewiesen, daß der Arbeitgeberverband ihnen die strenge Anweisung gegeben habe, jeden Kontrolleur von der Bauarbeiterschutzkommission vom Bau zu weisen. — Alle diese festgestellten Mißstände können nur mit der Hilfe der organisierten Bauarbeiterschaft beseitigt werden. Es sind eine ganze Anzahl von Mißständen festgestellt worden, die durch die Mitarbeit der Kollegen hätten sehr leicht vermieden werden können; zum Beispiel die Reinlichkeit in den Baubuden und in den Aborten könnte eine bedeutend bessere sein, wenn jeder Kollege selbst für Reinlichkeit sorgen würde. Die organisierte Arbeiterschaft hat es in der Hand, nicht allein die bestehenden Bauarbeiterschutzbestimmungen durchzuführen, sondern sie kann sich noch weit besseren Schutz erringen.

— Am Umbau der Zigarettenfabrik Josetti in der Blasewitzer Straße war am 21. Juli der Schlosser Fabak in einem Fahrstuhlschacht beschäftigt. Er wurde durch die im Nebenraum durch brennende Kokskörbe erzeugten und durch den Fahrstuhlschacht abziehenden Gase betäubt, so daß er nach dem Johannstädter Krankenhaus geschafft werden mußte.

Frankenberg i. S. Auf dem Neubau des Restaurants „Zum Stadtpark", ausgeführt von der Firma Nestler & Co., war am 23. Juli der Maurer Paul Konrad im Begriff, einen Sparren in die Höhe zu ziehen. Er stand dabei auf der Mauer und hat wahrscheinlich einen Fehltritt getan, wodurch er etwa 4 m hoch abstürzte. Anfangs schien es, als wenn er ohne Schaden davongekommen wäre, es stellte sich aber am andern Tage heraus, daß der Verunglückte innere Verletzung erlitten hat.

Fürstenwalde. Drei Bauunfälle, an den Bauten des Unternehmers Gube, in neun Tagen hatten wir hier zu verzeichnen. Am 9. Juli fiel der Maurer Wilhelm Karpinski beim Ausmauern des Tempels von der Rüstung und erlitt etliche Rippenbrüche. — Am 14. Juli erlitt der Bauarbeiter Otto Sydow auf dem gleichen Bau einen Unfall dadurch, daß ein ungeübter Hilfsarbeiter seine Traglast fallen ließ. Sydow wurde von der Leiter gerissen und trug mehrere Rippenbrüche davon. Das ist eine direkte Folge der mangelhaften Einrichtungen. An diesem Bau ist die Abdeckung immer noch sehr mangelhaft, trotzdem schon einmal einem, mit Staakarbeiten beschäftigten Zimmerer von oben ein Ziegel auf den Rücken fiel. — Am 19. Juli brach auf dem Bau der Konsumbäckerei die Rüstung zusammen. Zwei Gesellen, ein Lehrling und zwei Arbeiter stürzten mit ab; glücklicherweise kamen sie mit leichten Verletzungen davon. Sollte die Aufsichtsbehörde nicht einmal Veranlassung finden, die Bauten dieses Unternehmers einer Kontrolle zu unterziehen?

Gerthe-Bolthausen. Am 23. Juli, nachmittags gegen 6 Uhr, ereignete sich an den vom Unternehmer Föllendorf ausgeführten Koloniebauten ein schwerer Unfall. Auf dem Balkon der ersten Etage an der Hinterfront löste sich beim Abnehmen einer Tracht Steine die Betonmasse. Ein Polier, der Maurer Klopsch und ein Hilfsarbeiter stürzten in die Tiefe, dabei die Balkondecke im Erdgeschoß durchschlagend. Der Polier und der Hilfsarbeiter wurden schwer verletzt; sie mußten sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Der Maurer Klopsch kam mit leichteren Verletzungen davon. Die Betondecke war, wie uns berichtet wird, am elften Tage nach ihrer Herstellung ausgeschalt worden. Sie mußte trotz der feuchten Witterung schon abgebunden haben, wenn man nicht, wie das bei Koloniebauten ja nichts Seltenes ist, am Zement gespart hätte.

Hannover. Beim Umbau des Postscheckamts verunglückte am 31. Juli der Maurer August Fienemann dadurch, daß aus der über ihm befindlichen Balkenlage ein Wechsel, der keine Verzapfung hatte, herabstürzte und ihn schwer am rechten Fuß verletzte, so daß er mit dem Krankenwagen seiner Wohnung zugeführt werden mußte. Abgesehen von dem Unfall, wird an dem Bau auch über eine Treiberei geklagt, die wohl ihresgleichen sucht. Die Arbeiten sind in Submission vergeben. Wenn wir recht unterrichtet sind, so hat der ausführende Maurermeister Möllering einen Preis für die Ausführung abgegeben, der weit hinter den Forderungen anderer Unternehmer zurückbleibt. So kommt es, daß Unternehmer und Polier im Antreiben außerordentliches leisten. Obwohl in Hannover auf diesem Gebiete allgemein viel geleistet wird, gebührt diesen beiden im Antreiben doch die Krone.

Kalkberge. Nachstehende niedliche Submissionsblüte ist kürzlich hier gewachsen. Bei Vergebung der Maurerarbeiten zum Amtsgerichtsneubau forderte eine Berliner Firma ℳ 33 000, Maurermeister Krubenz-Kalkberge ℳ 35 000, Maurermeister Preuße-Kalkberge ℳ 42 000, Fritz Schäfer-Kalkberge ℳ 45 000 und Maurermeister Hämmerling ℳ 57 000. Der Unterschied zwischen der höchsten und niedrigsten Forderung beträgt also ℳ 24 000.

Leipzig. Auf dem Neubau Neumarkt 12 wurde ein Bauarbeiter von einem Stück herabfallenden Mauerwerk getroffen und am rechten Unterschenkel schwer gequetscht. Der Verunglückte wurde zunächst nach der Sanitätswache und später nach seiner Wohnung gebracht.

Mülheim a. d. Ruhr. Am 18. Juli stürzte der Hilfsarbeiter Pitlex von Breevoort am Neubau Leber in Speldorf, Augustastraße, so unglücklich von einer zweistöckigen Leiter herab, daß er nach kurzer Zeit starb. — Am 25. Juli starb der Kranführer Adams, beschäftigt bei Volkenborn am Rathausbau, 10 m hoch herab. Er erlitt einen Schädelbruch, an dem er im Krankenhaus gestorben ist.

Rheine. Hier ereignete sich am 17. Juli an einem Neubau des Unternehmers B. Eilting ein sehr bedauerlicher Unfall. Der Lehrling Heinrich Elseber und der Hilfsarbeiter Joh. Kremer stürzten zirka 8 m tief ab. Beide mußten schwer verletzt dem Krankenhause zugeführt werden. Der Unfall ist auf das mangelhafte Gerüst zurückzuführen, das, wie uns mitgeteilt wurde, vom Unternehmer selbst hergestellt wurde. Von behördlicher Kontrolle ist hier bei uns keine Rede, da können dann die Unternehmer mit einem Dutzend Brettern und einigen Stangen etwas zusammenschustern, das sie nachher Gerüst nennen. Unsere Kollegen müssen darum die Sache selbst in die Hand nehmen und für besseren Schutz sorgen.

Saarbrücken. Die am 3. Juli von der hiesigen Bauarbeiterschutzkommission vorgenommene Bautenkontrolle hat ergeben, daß es in der Großstadt Saarbrücken noch genau so schlecht mit dem Bauarbeiterschutz bestellt ist, wie früher in den drei Saarkleinstädten und jetzt noch im übrigen Saarrevier. Insgesamt wurden 43 Bauten kontrolliert; davon waren sechs Staats- und zehn Kommunalbauten. Beschäftigt waren zusammen 950 Bauarbeiter. Es fehlten an 17 Bauten die Unfallverhütungsvorschriften und an 14 Bauten die behördlichen Schutzbestimmungen. An einer großen Anzahl Bauten war nicht genügendes Rüstmaterial. Sechs Außengerüste waren vorhanden und an 34 Gerüsten wurde über die Hand gemauert. An 15 Gerüsten waren keine Sockelbretter, 14 Gerüste waren nicht genügend versteift und an drei Bauten waren die Träger nicht abgedeckt; nur an einem Bau blieb das Gerüst für die Klempner und Dachdecker stehen, während die Dachdecker an zwei Bauten ohne Fanggerüst arbeiteten. Die Materialbeförderung geschah an zehn Bauten durch Maschinen, dabei hatten neun Bauten über der Ladestelle kein Schutzdach. Bei acht Bauten fehlten für die mit dem Materialtransport beschäftigten Arbeiter die Podeste zum Absehen. An fünf Bauten waren die Leitern sehr schlecht. Ohne Trinkwasser waren vier Bauten und die Baubuden fehlten an neun Bauten. Acht Baubuden waren ohne dichtes Dach, vier hatten keine Fenster, bei acht konnten die Fenster nicht geöffnet werden, sechs hatten keine verschließbare Tür, sieben hatten keinen festen Fußboden, in acht lagerte Material, fünf waren zu klein für die Zahl der beschäftigten Arbeiter und sieben Baubuden standen dicht neben dem Abort. Verbandkasten fehlten an 14 Bauten. Die Anleitung zur ersten Hilfeleistung fehlte fast überall. Aborte fehlten sieben, in acht konnte man von außen hineinsehen, acht hatten kein dichtes Dach, 18 nur Lattensitze und keiner wurde desinfiziert. Durch die verschiedenen Beschwerden der Bauarbeiterschutzkommission wurden die Behörden veranlaßt, mehr auf die Befolgung der Schutzvorschriften zu achten. Es wirkt aber befremdend, wenn die mit Kontrolle beauftragten „nachgeordneten Stellen" sich jedesmal bei dem Unternehmer quasi entschuldigen, daß sie ihn belästigen. In letzter Zeit ist es sogar vorgekommen, daß der Beamte sich zum Unternehmer erst recht abfällig über den Kollegen, der die Anzeige erstattet hatte, äußerte. Das war echt saarabisch.

Schweinfurt. Am 17. Juli stürzte der Zementeur Peter Kühlein am Neubau der Eisenbetongesellschaft München so unglücklich von der Leiter, daß er am 18. Juli im städtischen Krankenhaus starb.

Wiesbaden. Am 14. Juli verunglückte bei den Erdarbeiten am Museumsbau ein Hilfsarbeiter dadurch, daß eine Erdwand, die nicht abgeseift war, abrutschte und ihn unter sich begrub. Der Verunglückte erlitt Verletzungen am Bein. Nachdem ihm auf der Sanitätswache ein Notverband angelegt war, wurde er ins Krankenhaus geschafft. Hätte man die Wand vorschriftsmäßig abgeseift, dann wäre der Unfall nicht passiert.

Ueber die untergehende Kunst des Mauerns schreibt der „Hann. Courier": „Wie auf vielen Gebieten, so haben die Fortschritte der Technik auch auf dem Gebiete des Bauwesens zur Folge gehabt, daß eine früher hochgeschätzte Handfertigkeit, die gewissermaßen geradezu als eine Kunst galt, untergegangen ist. Dies ist die Kunst des Mauerns. Während es früher, als man mit dem Material mauerte, das an Ort und Stelle von der Heimaterde gewogen wurde, eine Kunst war, zu mauern, macht das Gleichmaß der Ziele das Mauern heute so bequem, daß fast jeder Handlanger mauern kann. Früher mußte sich jeder Handwerker aus dem vorhandenen Material die besten Stücke auswählen, die für die Tür, das Fenster oder die Treppe, die gerade gemauert werden sollte, am besten paßten. Heute wird einfach ein glatter Stein auf den andern gelegt, und aus der Kunst ist schablonenhaftes Handwerk geworden. Früher konnte zum Beispiel, wie in den Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz ausgeführt wird, das ganze Erzgebirge den Backstein kaum. Der heimische Felsboden lieferte einen prächtigen Bruchstein, hart und zäh wie der Erzgebirgler selber. Behauen läßt er sich nicht viel, dazu ist er zu spröde. Aber wer mit geübtem Auge Stücke heraussucht, die das Pulver aus dem Bruche sprengt, der kann mit diesen köstliche Baugliedern schaffen. Es wäre gewiß noch Zeit, die entschwindende Bruchsteintechnik festzuhalten, sind doch ihre Zeugen in Hausaufgängen und Hausfluren so köstlich und frisch, daß man fast der Versuchung nicht widerstehen kann, von ihnen die Anregung zu nehmen und auf anderes Material zu übertragen. Gelegenheit, die alte Kunst des Mauerns wieder ausleben zu lassen, ist noch reichlich vorhanden. Zum Beispiel gerade im Erzgebirge wachsen die Arbeiterkolonien heute massenhaft aus der Erde. Die Bautätigkeit im ganzen Erzgebirge ist gegenüber dem Flachlande auffallend groß. Da wäre es eine schöne Pflicht der Architekten, gerade jener, die kleine Häuser bauen, wieder der alten Bruchsteintechnik Ansehen zu verschaffen. Teurer ist sie keineswegs, sie erfordert allerdings, daß sich der Architekt selbst mit ihr beschäftigt, um dem Maurer wenigstens die erste Anleitung zu geben. Es könnte hier etwas festgehalten werden, was einen Kulturwert in sich birgt, der viel größer ist, als er auf den ersten Blick scheint: ein Handwerk, das den Handwerker auch mit dem Kopfe beschäftigt." — Die Klage über die untergehende Kunst des Mauerns ist in ihrer Allgemeinheit nicht richtig. Gewiß hat die kapitalistische Arbeitsteilung zur Folge gehabt, daß der Maurer heute vielerorts nicht mehr so viel lernt wie früher. Das liegt an der Herausbildung der Spezialgruppen im Baugewerbe. Wenn früher der Maurer den Bau von Anfang bis zu Ende mit fertig machte, so finden es die heutigen Bauunternehmer rentabler, sich für jede besondere Tätigkeit, für das Mauern, Putzen, Steinhauen, Fliesenlegen usw. besonders ausgebildete Arbeiter zu halten. Aber deswegen werden doch auch heute noch ebenso kunstvolle Maurerarbeiten ausgeführt wie früher, freilich nicht in sehr großem Umfange und nicht an den Ramschbauten und Mietskasernen der Großstädte. Die Behauptung des „Hann. Courier" stimmt übrigens auch schlecht mit der Tatsache überein, daß die Innungen vieler Orte nachdrücklich die Verlängerung der Lehrzeit im Maurergewerbe von drei auf vier Jahre anstreben. Das wäre doch wohl nicht nötig, wenn heute „fast jeder Handlanger" mauern könnte.

Polizei und Gerichte.

Vergehen gegen §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. Im Herbst des Jahres 1912 wurde von unserm Zweigverein Bielefeld die Arbeiten des Fliesenlegerunternehmers Hümke gesperrt. Da Hümke auch in Minden eine Arbeit auszuführen hatte, wurde die dortige Zweigvereinsleitung ersucht, auch dort die Arbeitseinstellung zu veranlassen. Der Kollege Fr. Schwier ging zu dem Zweck zunächst allein nach der betreffenden Arbeitsstelle. Als er keinen Erfolg hatte, bat er den Kollegen Schiller von Bielefeld, doch einmal nach Minden zu kommen. Beide gingen zusammen zu den arbeitswilligen Fliesenlegern, um sie zur Arbeitseinstellung zu veranlassen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr Schwier, daß die Fliesenleger in Akkord arbeiteten. Da in Minden seit langer Zeit ein Beschluß besteht, nach dem Akkordarbeit verboten ist, glaubte er die Fliesenleger darauf aufmerksam machen zu müssen. Als diese sich weigerten, die Akkordarbeit aufzugeben, sagte Schwier, es würde ihnen so viel in den Weg gelegt werden, daß sie die Arbeit niederlegen müßten. In diesen Worten wurde eine Drohung erblickt und auf die erfolgte Anzeige hin hatte sich am 18. Februar 1913 das Schöffengericht in Minden mit der Sache zu befassen. Dies kam zur Freisprechung, gegen die der Amtsanwalt Berufung einlegte. Die Berufungsklage wurde am 29. März 1913 vor der ersten Strafkammer des Landgerichts in Bielefeld verhandelt. Diese verurteilte den Kollegen Schwier zu einem Tage Gefängnis wegen Vergehens gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. Nach dem Urteil der Strafkammer wollte er die Hümkeschen Arbeiter zwingen, „dem Mindener Tarifvertrag, wonach die organisierten Arbeiter nur gegen Stundenlohn das Fliesenlegen besorgen dürfen, sich zu fügen". — Die Strafkammer setzte dabei voraus, „daß jener Tarifvertrag, eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sich als eine Verabredung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen darstellt". Da die Voraussetzungen falsch sind, legte Kollege Schwier Revision beim Oberlandesgericht in Hamm ein. Die Revision wurde jedoch zurückgewiesen. Wenn auch das Oberlandesgericht die Verurteilung aus den vorgenannten Gründen nicht als richtig anerkannte, ließ es doch die Strafe von einem Tag Gefängnis bestehen. Nach seinen Urteilsgründen „wird ein Tarifvertrag von der Organisation der Arbeitnehmer mit einzelnen Arbeitgebern oder deren Organisation abgeschlossen und ist selbst kein Arbeitsvertrag, sondern setzt nur die Bedingungen fest, unter denen künftig Arbeitsverträge geschlossen werden sollen. Bei dem Tarifvertrage kann der einzelne Arbeiter nicht Vertragspartei sein; er kann also an ihm nicht teilnehmen und ihn nicht Folge leisten. Erst bei den an den Tarifvertrag sich anschließenden Arbeitsverträgen wird der einzelne Arbeiter Vertragspartei. Das Ziel günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen also die Arbeitnehmer nicht schon durch den mit den Arbeitgebern zu diesem Zweck geschlossenen Tarifvertrag allein, sondern durch eine zugleich von den Arbeitnehmern untereinander getroffenen Verabredung, nur unter den Bedingungen des Tarifvertrages künftig Arbeit zu übernehmen, Arbeitsverträge zu schließen, und die Durchführung dieser Abrede." — Das Oberlandesgericht kam nun zu dem Schluß, daß der Kollege Schwier durch eine Drohung die arbeitswilligen Fliesenleger zwingen wollte, an einer untereinander getroffenen Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Ein derartiger Zwang verstößt aber gegen den § 152 der Gewerbeordnung und ist daher strafbar. Die angesetzte Strafe mußte also beibehalten bleiben. — Das Urteil ist verhältnismäßig milde ausge-

fallen. Wir sehen dies als einen Beweis dafür an, daß auch die Richter fühlten, wie sehr Gesetz und wirkliches Leben miteinander kollidierten. Nachdem sie einmal ausgesprochen hatten, daß eine Drohung vorlag, mußten sie nach dem Buchstaben des Gesetzes auch zur Verurteilung kommen. Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß die vom Staatsanwalt geladenen und angeblich bedrohten arbeitswilligen Zeugen sich sämtlich nicht bedroht fühlten. Sogar der Hauptzeuge Kochmeyer von Herford, zu dem Schwier die Aeußerung direkt getan hat, hatte sie nicht als Drohung aufgefaßt. Wir haben also hier den leider nicht mehr seltenen Fall, daß das Gericht verurteilte wegen einer Drohung, durch die sich niemand bedroht fühlte. Gerechtigkeit muß sein, wenn auch die Welt untergeht!

Zentralkrankenkasse.

In der Woche vom 20. bis 26. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin III ℳ 600, Hamburg 400, Jahnick 400, Niedenstein 400, Doberan 350, Dotzheim 350, Wandlitz 350, Berlin II 300, Bernau 300, Geesthacht 300, Herbsleben 300, Nienstedten 300, Würzburg 300, Bielefeld 200, Harburg 200, Neumünster 200, Nietleben 200, Oberschöneweide 200, Siedelsbrunn 200, Torgelow 200, Werder a. H. 185, Joachimsthal 180, Güstrow 150, Hainstadt 120, Altenstadt 100, Bergedorf 100, Eckartshausen 100, Hagen i. W. 100,30, Lindow i. M. 100, Lübben 100, Salmünster 100, Warnemünde 100, Viereck 50. Summa ℳ 7535,30.

Zuschüsse erhielten: Altona ℳ 300, Friedrichsfelde 200, Groß-Zimmern 200, Pankow 200, Hagen i. W. 150, Heubach 150, Langendiebach 100, Marborn 100, Neuzelle 100, Schweinitz 100, Netra 50. Summa ℳ 1650.

Altona, den 26. Juli 1913.

Fr. Kläschen, Hauptkassierer.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung.)

Klassenjustiz von Erich Kuttner. Preis ℳ 1. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Das Wort Klassenjustiz ist neuen Ursprungs. Erst seit dem Erstarken der modernen Arbeiterbewegung besteht es. Und doch ist die Klassenjustiz selbst so alt wie die Klassen. Mit dem Entstehen neuer Klassen ging auch eine Wandlung in den Rechtsbegriffen vor sich. Die herrschenden Klassen waren stets bestrebt, dem Gesetz durch Willkür nachzuhelfen. Das gilt wohl am meisten für die jetzige Zeit. Wenn ein nationalliberaler Abgeordneter offen die Justiz als Damm gegen die Sozialdemokratie benutzen will oder, wenn bürgerliche Preßorgane die Richter offen auffordern, angeklagte Arbeiter in ihrer Verteidigung zu beschränken, so sehen sie dabei die Willfährigkeit der Richter voraus. Es kann unter solchen Umständen nicht ausbleiben, daß Recht und Urteil miteinander in Widerspruch geraten und daß verurteilte Arbeiter vom Gericht den Eindruck mitnehmen: Wir sind nicht von Richtern verurteilt worden, sondern den politisch und wirtschaftlich mächtigeren Gegnern unterlegen! — In dem vorliegenden Werk erbringt der Verfasser die Beweise für das Vorhandensein einer Klassenjustiz durch die Gegenüberstellung einer Reihe von Gerichtsurteilen. Wenn auch die herrschenden Klassen durch übermäßige Lobhudeleien des Richterstandes die Oeffentlichkeit täuschen wollen, so kann dies doch bei so reichhaltigem gegenteiligen Beweismaterial niemals gelingen. „Recht und Gerechtigkeit, so verwandt beide auch klingen, sind zwei Begriffe, die sich im heutigen Staate durchaus nicht miteinander decken." Diesen Worten des Verfassers wird jeder Kundige zustimmen. Wir empfehlen unsern Kollegen dieses Buch zur Anschaffung und machen hier noch besonders auf die in dieser Nummer beginnenden Artikel über dieses Thema aufmerksam.

Der Neue-Welt-Kalender für 1914 ist kürzlich im Verlag von Auer & Co. in Hamburg erschienen. Er enthält außer dem Kalendarium wichtige Adressen, ein Verzeichnis der Messen und Märkte, Rückblicke auf die wichtigsten Begebenheiten im verflossenen Jahre, statistische und andere Notizen sowie viele sonstige Abhandlungen, Erzählungen, Gedichte und Bilder. Der Preis für den Kalender beträgt wieder 40 ₰. Leider ist das Papier des Kalenders nicht besser als früher und die Bilder sind zum größten Teil herzlich schlecht. Es ist unseres Erachtens an der Zeit, daß der Kalender endlich eine Ausstattung erhält, wie sie der Größe und Bedeutung der sozialdemokratischen Partei entspricht. Das dürfte sich bei einer Massenauflage wohl ohne Preiserhöhung erreichen lassen.

Wie setze ich meine Kommas und die andern Satzzeichen? Unter diesem Titel hat A. Dehnhardt in der Rheinisch-Westfälischen Verlagsbuchhandlung in Essen a. d. Ruhr ein kleines Lehr- und Lernbüchlein herausgegeben, das bereits in 20. Auflage erschienen ist. Es ist jedem zu empfehlen, der sich über die Anwendung der Satzzeichen nicht klar ist, und kann auch Sprachlehrern als brauchbares Hilfsmittel dienen. Wir empfehlen aber unsern Kollegen, die sich das Büchlein kaufen sollten (Preis 50 ₰), nicht etwa die scheußlich klingenden Relativpronomen „welcher", „welche", „welches", „welchen" anzuwenden, die der Verfasser unbedenklich braucht, sondern dafür „der", „die", „das", „denen" zu sagen. Also nicht: Hier ist der Soldat, welcher sich durch Tapferkeit ausgezeichnet hat, sondern: der sich durch Tapferkeit ausgezeichnet hat. Nicht: Ehret die Mutter, welche ihre Kinder gut erzogen hat, sondern: die ihre Kinder gut erzogen hat. Nicht: Dieses Geschenk erhält das Mädchen, welches seiner Herrschaft treu gedient hat, sondern: das seiner Herrschaft treu gedient hat. Nicht: Wir schreiben unsern Freunden, mit welchen wir so lange zusammen gearbeitet haben, sondern: mit denen wir so lange zusammen gearbeitet haben. Wenn Herr Dehnhardt eine gute Stillehre, etwa Wustmanns „Sprachdummheiten" oder Engels „Stilkunst" gelesen hätte, würde er vermutlich diese Schreckensworte selbst nicht angewendet haben.

Eigenhäuser, kleine Wohnhäuser lautet der Titel eines kleinen Werkchens, das von den Architekten R. Gebhardt und Karl Eberhardt herausgegeben und im Heimkulturverlag (Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H.) in Wiesbaden erschienen ist. Das Werkchen enthält auf 76 Tafeln 70 bürgerliche Hausbeispiele in etwa 200 Ansichten und Grundrissen mit Angabe der Baukosten. Es will allen Baulustigen behilflich sein, eine ihren Bedürfnissen angepaßte Einteilung der Räume vorzunehmen und will auch Architekten, Bautechnikern und Unternehmern in der Praxis behilflich sein. Der Preis für das Werkchen beträgt ℳ 3, gebunden ℳ 4,50 und 30 ₰ Porto. Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur erhalten es für einen Jahresbeitrag von ℳ 10 mit drei ähnlichen Buchwerken und der Zeitschrift „Heimkultur" kostenlos.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

Wasserwagen. Der Kollege Paul Richter in Höfel bei Düsseldorf teilt uns mit, daß auch er Wasserwagen unter Garantie liefert. Richter war früher in Altenburg.

Karl Skarupke. Die Fragen kann der gelehrteste Richter nicht alle mit Sicherheit beantworten, und nun sollen wir es können? Ob der Kauf vor 23 Jahren rechtskräftig war, darüber entscheidet doch im Streitfalle das Gericht. Ein Grundstück, das man nicht rechtmäßig besitzt, kann man auch nicht rechtmäßig verkaufen. Herangezogen kannst Du erst werden, wenn Du im Todesfall die Erbschaft ohne Vorbehalt antrittst. Im übrigen tust Du gut, mit allen Schriftstücken zu einem Rechtsanwalt zu gehen.

Drech. Wann und wo soll die Versammlung am 3. August stattfinden?

Anzeigen

☞ **Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.**

Sterbetafel.

Aschaffenburg. (Zahlstelle Grünmorsbach.) Am 3. Juli starb unser Kollege **Georg Staab** im Alter von 40 Jahren an Lungenentzündung.

Berlin. Am 23. Juli starb unser Mitglied **Karl Raeke** im Alter von 56 Jahren an Lungenschwindsucht.

Bielefeld. Am 19. Juli wurde unser Kollege **Heinrich Niemeier** abends auf dem Wege nach seiner Wohnung tot aufgefunden. — Am 20. Juli starb unser Kollege **Johann Lüthke** im Alter von 53 Jahren.

Breslau. Am 18. Juli starb unser Kollege **Heinrich Schruttke** im Alter von 36 Jahren.

Chemnitz. Am 20. Juli starb der Kollege **Bernhard Uphues** im Alter von 52 Jahren an Magenkrebs. — Am 22. Juli starb der Kollege **Paul Schmidt** im Alter von 43 Jahren an Asthma.

Cöln. Am 16. Juli schied unser Kollege **Peter Hilger** im Alter von 63 Jahren freiwillig aus dem Leben. — Am 17. Juli schied unser Kollege **Peter Herff** im Alter von 46 Jahren freiwillig aus dem Leben. — Am 18. Juli starb unser Kollege **Ad. Glass** im Alter von 45 Jahren an Lungenleiden. — Am 21. Juli starb unser Kollege **Josef Küpper** infolge eines Messerstichs.

Forst. Am 17. Juli starb nach langem Krankenlager unser Kollege **Carl Trunschke** im Alter von 38 Jahren an der Proletarierkrankheit. — Am 17. Juli starb unser Kollege **Paul Richter** an Blutvergiftung.

Hagen i. W. Am 12. Juli starb nach langem Leiden unser Kollege **Ludwig Köster** im Alter von 57 Jahren.

Klingenthal. Am 18. Juli starb ein Mitbegründer unseres Zweigvereins, Kollege **Anton Pschera,** im Alter von 28 Jahren an Lungentuberkulose.

Leipzig. Am 22. Juli starb unser langjähriger Kollege **Hermann Reichardt** im Alter von 58 Jahren an Lungenleiden.

Mainz. (Filiale Hochheim a. M.) Am 20. Juli schied unser Kollege **Adam Stichel** im Alter von 36 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Metz. Am 24. Juli starb unser Kollege **Simon Bohr** im Alter von 39 Jahren an Lungenleiden.

Mülheim a. d. R. Am 18. Juli starb unser Kollege **Pitter van Breevoort** durch Unfall.

München. (Westend-Bavariaring.) Am 19. Juli starb unser Kollege und langjähriger Hilfskassierer **Otto Hirsch** im Alter von 37 Jahren an Lungenleiden. — (Untergiesing.) Am 20. Juli starb unser Kollege **Max Koller** im Alter von 50 Jahren an Lungenleiden.

Niederhone. Am 17. Juli starb unser Kollege **Carl Bachmann** im Alter von 60 Jahren an Lungenentzündung.

Nürnberg-Fürth. Am 20. Juli starb der Kollege **Franz Birner** im Alter von 57 Jahren an Herzlähmung. — Am 21. Juli starb unerwartet unser treuer Kollege **Franz Reiter** im Alter von 42 Jahren an Herzschlag.

Posen. Am 23. Juli starb unser langjähriger Kollege **Gustav Bähr** im Alter von 45 Jahren an Lungenkrebs. Bähr war Mitgründer unseres Zweigvereins.

Rastenburg. Am 16. Juli starb unser Kollege **Franz Kossack** im Alter von 33 Jahren an Lungenschwindsucht.

Rethem a. d. Aller. Am 24. Juli starb der Kollege **Heinrich Walter** im Alter von 57 Jahren an Rippenfellentzündung.

Riesa. Am 10. Juli starb der Kollege **Hermann Braune** im Alter von 56 Jahren an Lungenentzündung.

Schweinfurt. Am 18. Juli starb unser Kollege **Peter Kühlein** aus München infolge eines Unfalles.

Solingen. Am 17. Juli starb unser Kollege **Julius Thiel** im Alter von 45 Jahren an Vergiftung.

Zielenzig. Am 19. Juli starb der Kollege **Robert Hausmann,** 56 Jahre alt, an Magenkrebs.

Ehre ihrem Andenken!

Plauen i. Vogtl. [ℳ 1,50]

Zum ersten Geschäftsführer für unsern Zweigverein ist Kollege **O. Röber** aus Halle gewählt. Allen Bewerbern besten Dank. **Der Zweigvereinsvorstand.**

Ignaz Jaworski, teile Deinem **Bruder Anton** in **Bochum,** Wittener Straße 109, Deine Adresse mit. [90 ₰]

Harry Jäger, Maurer (Verb.-Nr. O 351 551), geboren am 9. März zu **Hamburg,** wird gesucht. Seine Adresse wolle man dem **Zweigvereinsvorstand** in **Bochum** mitteilen. [ℳ 1,20]

Wilhelm Twiek, wo bist Du? Sende Deine Adresse an **Peter Koppert,** Rüstringen i. Oldenb., Grenzstr. 53. [90 ₰]

Richard Zoch, Maurer, wird in einer dringenden Angelegenheit als Zeuge gesucht und gebeten, seine Adresse sofort an **Richard Schwarzer, Brunsbüttelkoog,** Fährstr. 35, 1. Et., gelangen zu lassen. [ℳ 1,50] **Der Zweigvereinsvorstand.**

Adressenveränderungen.

V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Verkehrslokal, H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird ausgezahlt bei.)

Alldorf i. Mittelfranken. V Joh. Kraher, Neubauge'se 49; K und Rz Lorenz Leikert, Kiliansgasse 134.

Garmisch. V Georg Widl, Gasthof „Zugspitze"; K Gottlieb Kraml, Klammstr. 16a.

Hagen i. W. V Emil Raue, Bismarckstr. 22.

Schwerin a. d. W. V Richard Fenger, Pfarrstr. 27.

Striegau. K und Rz Heinrich Seidel, Liegnitzer Straße 19.

Waldenburg. V Karl Franz, Friedländer Straße 28, 1. Et.; K Fritz Scholz, Friedländer Straße 28, 1. Et.

Wiesbaden. V Otto Haese, Wellritzstr. 49.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Oranienburg. K Wilhelm Köhrich, Schützenstraße. Köhrich nimmt Beiträge entgegen.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Versammlungen der Zweigvereine.

Sonnabend, den 2. August.

Elmshorn. Abends 8 Uhr in der Herberge.

Garmisch. Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Zugspitze".

Sonntag, den 3. August.

Gransee. Nachm. 3 Uhr im Fränschen Lokale. T. O.: Wahl der Delegierten zum Bauarbeiterschutzkongreß. Abrechnung vom zweiten Quartal.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei Großmann, Mühlenstraße. T.-O.: Abrechnung vom zweiten Quartal 1913 und vom Vergnügen.

Rastenburg. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal. T. O.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Verschiedenes.

Salzwedel. Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Buchholz. T. O.: Wahl der Delegierten zum Bauarbeiterschutzkongreß.

Donnerstag, den 7. August.

Glogau. Abends 8½ Uhr im „Ratskeller".

Sonntag, den 10. August.

Bamberg. Vorm. 10 Uhr bei Knieke, Restaurant „Viktoria". Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Berlin. (Stolzenhagener Brucke.) Vorm. 10 Uhr an der Stolzenhagener Brücke i. (Fliesenleger.

Breslau. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer . Mitgliedsbuch legitimiert.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Montag, den 4. August.

Halberstadt. Abends 8 Uhr Generalversammlung bei R. Hollmann, Bahnhofstraße 63. T. O.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Kassenangelegenheiten und Mitteilungen.

Dienstag, den 5. August.

Neukölln. Abends 8½ Uhr bei Bolz, Kirchhofstr. 41. T. O.: Kassenbericht vom zweiten Quartal. Wie regeln wir unsere örtlichen Einrichtungen bei Umwandlung der Kasse? Verschiedenes.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paeplow), verantwortlicher Redakteur: A. Ellinger, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 4102 49 4400 münster roxel